



14. Sitzung

Mittwoch, 27. Oktober 2004

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Bettina Bliebenich und Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten 633 A

Abwicklung und Ergänzung der
Tagesordnung 633 A, 634 C

Zur Geschäftsordnung:

Christian Maaß GAL 633 C

Klaus-Peter Hesse CDU 633 D

Dr. Andrea Hilgers SPD 634 A

Beschluss 634 B

Aktuelle Stunde 634 B

Fraktion der CDU:

Äpfel und Airbus, Neuenfelde und Hamburg – gemeinsam in die Zukunft

Bernd Reinert CDU 634 C

Michael Neumann SPD 635 B

Christian Maaß GAL 636 A

Gunnar Uldall, Senator 637 A

Barbara Ahrons CDU 638 A

Ingo Egloff SPD 638 D

Jens Kerstan GAL 639 B

Ole von Beust, Erster Bürgermeister 640 B

Christa Goetsch GAL 642 B

Fraktion der GAL:

Frauenhausschließung: Senat lässt Gewaltopfer im Stich

Doris Mandel SPD 642 C

Marita Meyer-Kainer CDU 643 C

Dr. Verena Lappe GAL 644 A, 649 D

Birgit Schnieber-Jastram,
Zweite Bürgermeisterin 645 A

Petra Brinkmann SPD 646 C, 649 B

Karen Koop CDU 647 C

Nebahat Güçlü GAL 648 B

Senatsantrag:

Einführungsgesetz zum Hamburger Kinderbetreuungsgesetz – Regelungen für den Übergang ab dem 1. Januar 2005

– Drs 18/768 – 650 B

Dr. Andrea Hilgers SPD 650 C

Marcus Weinberg CDU 652 A, 660 D

Christiane Blömeke GAL 654 D, 660 A, 661 B

Birgit Schnieber-Jastram,
Zweite Bürgermeisterin 656 B, 656 D, 657 B

Rüdiger Schulz SPD 659 A

Beschluss 661 C

Fraktion der SPD:

Misshandelten Frauen und Kindern eine Zuflucht bieten – kein Abbau von Frauenhausplätzen in Hamburg

und

Antrag der Fraktion der GAL:

Keine Genehmigung für die Strom- preiserhöhungen der HEW

– Drs 18/1031 – 662 A

Christian Maaß GAL 662 A

Dr. Andreas Mattner CDU	663 C	Bericht des Eingabenausschusses:	
Dr. Monika Schaal SPD	664 D	Eingaben	
Jens Kerstan GAL	666 A	– Drs 18/914 –	679 C
Beschluss	666 C	Bericht des Eingabenausschusses:	
Große Anfrage der Fraktion der CDU:		Eingaben	
Energiepolitik in Hamburg		– Drs 18/915 –	679 C
– Drs 18/796 –	666 C	Bericht des Eingabenausschusses:	
Dr. Andreas Mattner CDU	666 C	Eingaben	
Dr. Monika Schaal SPD	668 C	– Drs 18/916 –	679 C
Jens Kerstan GAL	670 A	Bericht des Eingabenausschusses:	
Jörg Dräger, Senator	671 B	Eingaben	
Ingo Egloff SPD	672 B	– Drs 18/917 –	679 C
Rüdiger Kruse CDU	673 B	Antje Möller GAL	680 A
Christian Maaß GAL	674 D	Beschlüsse	679 C
Besprechung erfolgt	675 C	Sammelübersicht	680 C
Beschluss	675 C	Beschlüsse	680 C
Große Anfrage der Fraktion der SPD:		Senatsantrag:	
Mattscheibe oder digitales Fernsehen für alle? Hamburg muss die Einführung des digitalen Antennen-Fernsehens optimal organisieren		Wohngeld, Zweckzuweisungen an die Bezirke	
– Drs 18/865 –	675 D	– Drs 18/993 –	680 D
Uwe Grund SPD	675 D	Beschlüsse	680 D
Dietrich Rusche CDU	677 B	Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Farid Müller GAL	677 D	Volkspetition "Kopflloses Sparen gefährdet Innere Sicherheit!"	
Besprechung erfolgt	679 A	– Drs 18/1063 –	681 A
Beschluss	679 A	Beschlüsse	681 A
Bericht des Wissenschaftsausschusses:		Bericht des Stadtentwicklungsausschusses:	
Aktuelle Lage des UKE, Qualitätssicherung, bauliche Entwicklung		Gesetz über den Bebauungsplan Hamburg-Altstadt 32/HafenCity 1	
– Drs 18/1025 –	679 A	– Drs 18/989 –	681 A
Beschluss	679 B	dazu	
Antrag der Fraktion der CDU:		Antrag der Fraktion der SPD:	
Aufbau einer IT-Projekt-Datenbank zur zentralen Erfassung von IT-Projekten in der Bundesrepublik Deutschland		Gesetz über den Bebauungsplan Hamburg-Altstadt 32/HafenCity 1 Alternative Trasse für den Anschluss an den ÖPNV	
– Drs 18/947 –	679 B	– Drs 18/1057 –	681 B
Beschlüsse	679 B	Beschlüsse	681 B
Bericht des Eingabenausschusses:			
Eingaben			
– Drs 18/913 –	679 B		

Bericht des Haushaltsausschusses:

**Rahmenplanung nach dem
Hochschulbauförderungsgesetz**

– Drs 18/1005 – 681 C

Beschlüsse 681 C

Bericht des Haushaltsausschusses:

**Hochbau- und Einrichtungsinvesti-
tionen für Schulen und sonstige
Bildungseinrichtungen**

– Drs 18/1048 – 681 D

Beschlüsse 681 D

Bericht des Verfassungsausschusses:

Prüfung von Wahleinsprüchen

– Drs 18/1013 – 682 A

Beschluss 682 A

Antrag der Fraktion der GAL:

**Neue Arbeitsmarktpolitik: Besser
betreuen, motivieren, qualifizieren!**

– Drs 18/1033 – 682 A

Beschlüsse 682 B

A Beginn: 15.02 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

(Circa 20 SPD- und GAL-Abgeordnete tragen orangefarbene T-Shirts mit der Aufschrift "Rettet das erste Hamburger Frauenhaus")

Ich habe zunächst darauf hinzuweisen, dass demonstrative Darstellungen in diesen Räumen nicht geduldet sind. Ich unterbreche die Sitzung und berufe auf Wunsch einer Fraktion den Ältestenrat ein.

Unterbrechung: 15.02 Uhr

Wiederbeginn: 15.16 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich weise darauf hin, dass demonstrative Handlungen in diesem Hause und damit auch im Plenarsaal untersagt sind. Dazu gehört auch das Tragen dieser einheitlichen T-Shirts. Ich habe Sie daher aufzufordern, dieselben abzulegen. Sollten Sie dieses nicht tun, weise ich Sie darauf hin, dass Sie nach Paragraph 48 Absatz 1 der Geschäftsordnung von der heutigen Sitzung auszuschließen sein werden.

Meine Damen und Herren, dann wollen wir in der Sitzung fortfahren. Ich darf den Abgeordneten Maaß bitten...

(Ein auf den Abgeordnetentisch von *Christa Goetsch und Christian Maaß, beide GAL*, gelegtes, zusammengefaltetes T-Shirt mit dem Aufdruck „Rettet das erste Hamburger Frauenhaus“ wird von einer Zeitungsphotografin abgelichtet.)

Dieses Foto ist unzulässig, ich erteile der Abgeordneten Goetsch und dem Abgeordneten Maaß einen Ordnungsruf.

Zu Beginn kann ich die freudige Mitteilung machen, dass zwischen der letzten Sitzung und jetzt unser Kollege Lemke Vater geworden ist.

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Lemke, im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen herzlich zur Geburt Ihres Sohnes Valerian und spreche Ihnen unsere Glückwünsche aus.

(Abgeordneter *Sarrazin GAL* trägt ein orangefarbenes T-Shirt ohne Aufschrift.)

Jetzt erteile ich dem Abgeordneten Sarrazin einen Ordnungsruf und er weiß auch, warum.

Der Abgeordnete Sarrazin findet dieses T-Shirt nicht demonstrativ, sondern kleidsam. Darüber kann man streiten.

Meine Damen und Herren! Im Rahmen der letzten Sitzung hatte die Bürgerschaftskanzlei Sie gebeten mitzuteilen, in welcher Form Sie den Haushaltsplan 2005/2006 nach dessen Beschluss zur Verfügung gestellt haben möchten. Dazu war jedem Mitglied der Bürgerschaft ein Fragebogen vorgelegt worden. 53 Abgeordnete haben diese Fragebogen noch nicht ausgefüllt zurückgegeben. Die Abgeordneten finden heute ein Erinnerungsschreiben auf ihren Plätzen, dem erneut ein Fragebogen beiliegt.

Bitte füllen Sie diesen aus und geben Sie ihn nach Möglichkeit im Laufe der Sitzung an die Kanzlei.

Vor sich auf den Tischen finden Sie einen GAL-Antrag, Drucksache 18/1064: Gesetz zur Beseitigung von rechtswidrigen Drohgebärden der Freien und Hansestadt Hamburg gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern von Neuenfelde. Mir ist mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der GAL-Fraktion vor Eintritt in die Tagesordnung gemäß Paragraph 44 in Verbindung mit Paragraph 26 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt wird. Ist das der Fall? – Der Abgeordnete Maaß wünscht es und hat es für maximal zwei Minuten.

Christian Maaß GAL (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Den Fraktionen liegt seit vergangenen Donnerstag ein Antrag der GAL vor, den Sie gerade genannt haben. Ich möchte Sie bitten, diesen Antrag nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen und möchte das kurz begründen.

In dem Antrag fordern wir die Aufhebung der als Lex Airbus bekannten Gesetze. Dieser Schritt ist gerade in der derzeitigen Situation notwendig, denn es geht darum, sich von einer Strategie der Abrissbirne gegenüber Neuenfelde auch wirklich glaubhaft und glaubwürdig zu verabschieden. Wir begrüßen es zwar, dass der Bürgermeister jetzt endlich, zumindest verbal, zur Abrüstung bereit ist und das Gespräch mit den Neuenfeldern aufnimmt, aber wenn man sich über Jahre

(*Barbara Ahrons CDU*: Sie haben uns das doch eingebrockt!)

in Neuenfelde aufführt wie ein Elefant im Porzellanladen und man weiterhin mit den Airbus-Gesetzen eine über diesen Einzelfall der jetzigen Landebahnverlängerung hinausgehende gesetzgeberische Drohgebärde aufgebaut hat und diese aufrechterhalten möchte, dann bedarf es aus unserer Sicht mehr als nur Worte, wenn man Vertrauen gewinnen will und das muss heute geschehen, indem dieser Antrag abgestimmt wird. Denn es ist unglaublich, einerseits so zu tun, als ob man Neuenfelde dauerhaft sichern will, und auf der anderen Seite das Damoklesschwert der Airbus-Gesetze über dem Ort weiter hängen lassen möchte, das Damoklesschwert von Gesetzen, die pauschal jede weitere Werkserweiterung in Finkenwerder als gemeinnützig bewerten und überhaupt kein Wort über die Interessen von Neuenfelde verlieren. Es müssen Taten her. Wenn es der CDU wirklich ernst ist mit dem dauerhaften Erhalt von Neuenfelde, dann müssen Sie in aller Konsequenz auch diese Gesetze heute aufheben und diese Taten können Sie heute folgen lassen, indem Sie unseren Antrag auf die Tagesordnung nehmen und ihm zustimmen.

(Beifall bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Hesse.

Klaus-Peter Hesse CDU (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist die zweite politische und populistische Agitation der GAL am heutigen Tage und ich möchte Ihnen deutlich machen, warum.

(Beifall bei der CDU)

- A Wenn eine Frage strittig und in Prüfung befindlich ist, spricht aus meiner Sicht einiges dafür, dass man diese Klärung und Prüfung erst einmal abwartet. So haben Sie sich, lieber Kollege Maaß, im Mai dieses Jahres zur Geschäftsordnung eingelassen und genau diese Äußerung trifft Sie heute selbst.

Ihre Begründung hat uns nicht überzeugt, dass eine Abstimmung Ihres Antrags zeitlich so notwendig ist. Wir lassen es als CDU auch nicht zu, dass Sie der Stadt im Husarenritt Schaden zufügen und heute über zwei für die Stadt und die Arbeitsplätze in dieser Stadt wichtigen Gesetze abstimmen lassen wollen, denn jede und wirklich jede Entscheidung in dieser Sache zum jetzigen Zeitpunkt ist kontraproduktiv.

(Beifall bei der CDU)

Nutzen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Aktuelle Stunde, zu der wir als CDU dieses für die Stadt wichtige Thema angemeldet haben. Sie als GAL haben immer noch die Möglichkeit, diesen Antrag fristgerecht auf die Tagesordnung zu bringen. Die CDU jedenfalls – das sage ich Ihnen hier ganz eindeutig – wird populistischen Agitationen in keiner Weise folgen und auch diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Hilgers.

- B **Dr. Andrea Hilgers** SPD (zur Geschäftsordnung): Es geht hier um einen Antrag auf Ergänzung der Tagesordnung. Das Thema Airbus steht in dieser Stadt nicht erst seit Donnerstag auf der Tagesordnung. Insofern hätten Sie, unter Beachtung der zweiwöchigen Anmeldefrist, ausreichend Zeit gehabt, einen Antrag zu dem Thema auf diese Sitzung zu bringen. Das haben Sie nicht geschafft. Der Kollege von der CDU hat schon auf die Aktuelle Stunde hingewiesen. Diese ist ausreichend, um Ihre Position heute hier deutlich zu machen. Die Begründung für diesen Antrag und dafür, dass er heute unbedingt debattiert werden muss, ist nicht ausreichend. Insofern werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich darüber abstimmen.

Wer möchte, dass der Antrag der GAL-Fraktion, Drucksache 18/1064, nachträglich in die Tagesordnung für die heutige Sitzung aufgenommen wird? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dies ist mit sehr großer Mehrheit abgelehnt.

Dann wird der Antrag in die Tagesordnung für die nächste Sitzung aufgenommen.

Wir kommen nun zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der CDU-Fraktion

Äpfel und Airbus, Neuenfelde und Hamburg – gemeinsam in die Zukunft

C Ich habe Ihnen noch etwas mitzuteilen. Abweichend von den Empfehlungen des Ältestenrates haben die Fraktionen vereinbart, dass auch Tagesordnungspunkt 2 vertagt werden soll. Außerdem wurde die Tagesordnung einvernehmlich um eine Drucksache ergänzt. Es handelt sich um eine Vorlage des Präsidenten der Bürgerschaft, Drucksache 18/1063: Volkspetition "Kopfloses Sparen gefährdet Innere Sicherheit!" Diese wurde als Tagesordnungspunkt 20 a nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen. Der Antrag aus der Drucksache 18/1028, das betrifft den Tagesordnungspunkt 47, wurde von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

Ich setze jetzt dort fort, wo ich eben schon begonnen habe. Das von der CDU angemeldete erste Thema hatte ich genannt. Von der SPD wurde benannt

Misshandelten Frauen und Kindern eine Zuflucht bieten – kein Abbau von Frauenhausplätzen in Hamburg

und von der GAL-Fraktion

Frauenhausschließung: Senat lässt Gewaltopfer im Stich

Im Ältestenrat bestand Einvernehmen, dass das zweite und dritte Thema gemeinsam aufgerufen werden sollen. Damit kommen wir nunmehr zu dem ersten Thema. Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Reinert hat es.

Bernd Reinert CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Themenformulierung, die wir angemeldet haben, "Äpfel und Airbus, Neuenfelde und Hamburg – gemeinsam in die Zukunft" ist durchaus etwas plakativ, aber mindestens ebenso treffend. Es geht darum, das Gegeneinander aufzubrechen und durch ein Miteinander gemeinsam zu gestalten.

(Beifall bei der CDU)

Es geht darum, das Dorf Neuenfelde genauso wie den Obstbau zu sichern und weiterzuentwickeln und ebenso die Startbahn des Airbus-Werks zu verlängern, um das Auslieferungszentrum nach Hamburg zu holen und Hamburg als einen der drei bedeutendsten Luftfahrtindustriestandorte der Welt zu sichern und weiterzuentwickeln.

(Beifall bei Uwe Grund SPD)

Ich komme selbst aus einem ländlichen Teil Hamburgs, der in vielerlei Hinsicht dem Alten Land vergleichbar ist. Ich weiß, dass die Flächenansprüche der Gesamtstadt die Dörfer in der Stadt belasten. Aber, meine Damen und Herren, man muss auch sagen, dass keines dieser Dörfer in der Stadt für sich allein lebt. Jedes lebt durch die Stadt und mit der Stadt und das gilt auch für Neuenfelde.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Sicher, niemand möchte überhaupt eine Startbahn in seiner Nachbarschaft und die Verlängerung der Startbahn belastet Neuenfelde. Doch sie bedeutet eben nicht die Zerstörung Neuenfeldes, wie von interessierter Seite behauptet wird. Neuenfelde wird kein zweites Altenwerder. Es bekommt Bestands- und Zukunftsgarantien. Niemandem wird die wirtschaftliche Existenzgrundlage genommen, der Bestand an Obstbauflächen wird erhalten und Bebauungspläne werden die Fortentwicklung des Ortes ermöglichen.

Dennoch hat die Stadt in der gegenwärtigen Situation ein Glaubwürdigkeitsproblem.

C

D

A (Christian Maaß GAL: Sie auch!)

– Herr Maaß, das Problem der Glaubwürdigkeit haben von allen hier im Saal am ehesten Sie, die Sie sich jetzt verabschieden.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Nach den Erfahrungen steht der Vorwurf der Salami-taktik im Raum und es bedarf mehr als einer Absichtserklärung, die rechtlich nicht verbindlich ist, um diesen Vorwurf auszuräumen. Deswegen begrüße ich im Namen der CDU-Fraktion das Angebot des Senats, am Ende der verlängerten Startbahn eine Grunddienstbarkeit eintragen zu lassen, dass die dort belegenen Grundstücke nicht ohne Einverständnis der Grundeigentümer für eine erneute Startbahnverlängerung genutzt werden dürfen. Diese Festlegung gibt Neuenfelde ein Vetorecht gegen weitere Flächenansprüche. Wenn man das Bild von der Salami-taktik noch einmal aufgreifen will, dann muss man konstatieren, dass die Stadt die restliche Salami in die Hände Neuenfeldes legt und kein anderes Fleckchen in dieser Stadt ist rechtlich so unanfechtbar vor Veränderungen geschützt.

(Beifall bei der CDU)

Zudem muss man die Frage stellen: Ist Neuenfelde wirklich einheitlich und geschlossen gegen die Startbahnverlängerung?

(Michael Neumann SPD: Nein!)

Leben und wohnen dort nicht auch Menschen, deren wirtschaftliche Existenz vom Flugzeugbau und seinen Entwicklungschancen abhängt?

B

(Beifall bei der CDU)

Und sollte die Kirchengemeinde sich nicht auch um die Sorgen und Nöte dieser Menschen kümmern, statt sich einerseits auf eine rein juristische Argumentation zurückzuziehen

(Michael Fuchs CDU: Sehr wohl!)

und andererseits per Gemeindebrief die Bibel zu instrumentalisieren?

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ich komme zum letzten Satz, Herr Präsident. Ich appelliere im Namen der CDU-Fraktion und vieler Hamburger an die Menschen in Neuenfelde, die Entwicklung ihres Dorfes zu sichern und die Entwicklung Hamburgs nicht zu blockieren, damit wir gemeinsam in die Zukunft gehen können.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Neumann.

Michael Neumann SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Bürgermeister Voscherau hat 1997 die Entscheidung getroffen, dass Hamburg sich um die Produktion des A380 bewirbt. Das war, ist und das bleibt eine richtige und eine gute Entscheidung für unsere Stadt.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Bürgermeister Runde hat gemeinsam mit Thomas Mirow und auch mit der Unterstützung der GAL dafür gesorgt,

dass Hamburg dann im Jahre 2000 den Zuschlag erhalten hat. Auch das war und ist eine gute Entscheidung.

C

Die Argumentationen sozialdemokratischer Senate haben auch vor Gericht überzeugt. Jedes Anhängerverfahren wurde zugunsten von Airbus und damit zugunsten von Hamburg entschieden. Auch nach dem Regierungswechsel stehen wir Sozialdemokraten nach wie vor und in der Zukunft zu Airbus und zu der Entscheidung, den A380 in Passagier- und Frachtversion in Hamburg zu bauen und auszuliefern.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Wir standen auch dazu, als Herr von Beust in seiner Koalition aus CDU, Schill-Partei und FDP keine eigene Mehrheit hatte. Wir haben als Opposition dem damaligen Rechtssenat die Mehrheit für Airbus und den A380 gerettet. Wir haben damals nicht den einfachen Weg gewählt, uns herauszuhalten. Wir wählen auch heute nicht den einfachen Weg. Wir wollen gemeinsam mit der Mehrheit der Menschen unserer Stadt, dass Airbus die Produktion des A380 hier ansiedelt und dass Airbus sich hier in Hamburg weiter entwickeln kann. Wir wollen gemeinsam, dass dieses Flugzeug auch von Hamburg aus geliefert werden kann.

Es kommt nun darauf an, das Signal der Einigkeit dieses Hauses in unsere Stadt, besonders aber nach Neuenfelde und auch nach Toulouse zu senden. Nach Toulouse, weil es bei aller Freundschaft und Gemeinsamkeit zwischen unseren Ländern und Städten klar ist, dass Toulouse nur darauf wartet, die Hamburger Produktionsanteile zu übernehmen. Aber auch nach Neuenfelde, weil wir nach langer Zeit endlich wieder mit den Menschen sprechen müssen, statt nur über sie zu sprechen. Daher ist es richtig, dass heute Abend endlich das geforderte Gespräch stattfinden wird, bei dem es keine Sieger und Besiegte geben darf.

D

Wir müssen einen gemeinsamen Weg erarbeiten über die berechtigten Interessen Hamburgs und seines Umlandes, müssen aber auch die Interessen des Dorfes Neuenfelde und seiner Einwohner unter einen Hut bekommen können, denn es geht auch um die Angst der Menschen in Neuenfelde, die befürchten, ihre Heimat zu verlieren. Diesen Menschen gegenüber müssen wir endlich ehrlich sein. Fehler müssen eingestanden und neues Vertrauen muss aufgebaut werden. Hierzu sind wir Hamburger Sozialdemokraten und auch ich ganz persönlich bereit.

(Beifall bei der SPD)

Es ließe sich noch vieles über das Vorgehen des Krisenmanagements der Senate und seiner Unterhändler in den letzten Jahren und auch Wochen sagen. Das hilft aber nicht weiter, sondern einzig und allein der Blick nach vorn.

Ich habe dem Senat, der CDU, im Juni bei der Haushaltsberatung bei dem Thema Airbus Zusammenarbeit angeboten und ganz konkret noch einmal am 10. August. Diese Angebote sind leider bisher noch nicht aufgegriffen worden. Obwohl uns in diesem Hause viel trennt – wir werden später über die Schließung des Frauenhauses und über das rechtswidrige Kita-Einführungsgesetz debattieren – biete ich heute für meine Fraktion, für meine Partei erneut die Zusammenarbeit für den A380 in Hamburg an.

- A Wir begrüßen in diesem Zusammenhang, dass der Senat gestern eine Bestandsgarantie für Neuenfelde vorgestellt hat. Das tun wir, obwohl wir in den vergangenen Monaten sehr, sehr schlechte Erfahrungen mit der Verlässlichkeit des Bürgermeisters gemacht haben. Die Glaubwürdigkeitskrise, in der wir jetzt und der Senat jetzt steckt, macht das Gespräch in Neuenfelde sicher nicht einfacher.

Wir haben aber trotzdem die Chance, dauerhaft zu den drei großen Weltstandorten der Luftfahrtindustrie zu gehören, und wir Sozialdemokraten wissen, dass nur eine ökonomisch erfolgreiche Stadt auch eine soziale Stadt sein kann. Das war immer das sozialdemokratische Erfolgsrezept für Hamburg. Lassen Sie uns also gemeinsam alles dafür tun, um in dieser wichtigen Zukunftsfrage eine gute Lösung zu finden. Eine Lösung ohne Sieger und Besiegte, eine Lösung für Airbus, aber auch eine Lösung für Neuenfelde. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Maaß.

Christian Maaß GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte eingangs eine kurze Bemerkung zur Medienberichterstattung der letzten Tage machen. Egal, wie man zur Frage der Verlängerung der Start- und Landebahn steht, kann es nicht angehen, dass einzelne Medien Privatpersonen an den Pranger stellen, die nichts weiter tun, als ihre Rechte wahrzunehmen, die ihnen nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zustehen und die sie von den Gerichten bescheinigt bekommen haben.

(Beifall bei der GAL)

Hier werden Grenzen des Anstandes überschritten und das geht nicht. Aber nicht nur in diesem Punkt trägt die öffentliche Debatte der vergangenen Wochen und Tage mittlerweile aus meiner Sicht irrationale, bisweilen hysterische Züge.

(Bernd Reinert CDU: Aus Ihrer Sicht stimmt das!)

Ich möchte daher diese Debatte dafür nutzen, um für eine Rückkehr zur Sachlichkeit und zum Pragmatismus zu werben. Ich möchte für einen Strategiewechsel des Senats werben, denn die derzeitige Strategie – man muss das wohl vielleicht eher ein Dogma nennen – führt zu nichts weiter, als zu Unfrieden in der Stadt und in Neuenfelde. Sie ist auch ökonomisch nicht vernünftig.

Die zentrale Frage darf doch nicht mehr sein: Mit welchen Mitteln und um welchem Preis bekommen wir diese Landebahnverlängerung unbedingt hin? Die zentrale Frage muss doch lauten: Wie bekommen wir die noch ausstehenden 100 Arbeitsplätze aus dem Arbeitspaket des A380 nach Hamburg und wie kann Hamburg die Zukunft von Airbus und von Neuenfelde sichern? Das ist die zentrale Frage und nicht das Dogma, wie diese Landebahnverlängerung unbedingt durchgesetzt werden kann.

(Beifall bei der GAL)

Bei der Beantwortung dieser Frage ist eine Vorfestlegung auf die Landebahnverlängerung als einzige Antwort schädlich, denn die fehlenden 100 Arbeitsplätze und die Zukunftssicherung für Airbus können auch ohne diese Maßnahmen erreicht werden.

(Olaf Ohlsen CDU: Sie haben nichts begriffen, Herr Maaß!)

Das kann auf zwei Wegen funktionieren. Zum einen, wenn der Senat gegenüber Airbus Härte zeigt und auf die Einlösung des Versprechens von Airbus pocht, das Airbus vor Gericht abgegeben hat und auf dessen Grundlage Hamburg 750 Millionen Euro investiert hat, nämlich das Versprechen, dass der Bau des Auslieferungszentrums nicht an einer weiteren Landebahnverlängerung hängt. Die Zukunftssicherung für Airbus und für Neuenfelde kann zum anderen selbst dann gelingen, wenn Airbus seinen angekündigten Wortbruch wahr macht und tatsächlich das Auslieferungszentrum nicht nach Hamburg holen sollte. Dann kann Hamburg und auch die rotgrüne Bundesregierung auf eine Umschichtung von 100 Arbeitsplätzen aus anderen Bereichen nach Hamburg innerhalb des Konzerns bestehen. Solche Kompensationsgeschäfte sind bei Airbus auch überhaupt nicht neu. Sie sind auch für Hamburg überhaupt nichts Neues.

Außerdem steht Airbus bei Hamburg im Wort, nämlich die versprochenen 2000 Arbeitsplätze auch tatsächlich zu liefern, gerade weil Hamburg trotz der angespannten Haushaltssituation 750 Millionen Euro investiert hat.

(Beifall bei der GAL)

Es ist auch nicht der Fall, dass der Senat gemeinsam mit der Bundesregierung ohne jegliches Druckmittel dastehen würde. Es ist kein Geheimnis, dass gerade aktuell die Frage ansteht, ob Airbus für die Entwicklung des A380 finanzielle Garantien in nicht unerheblicher Höhe erhält. Ich kann Ihnen sagen, dass wir mit der Bundesebene in einem intensiven Kontakt stehen und dass dort sehr genau beobachtet wird, wie sich Airbus derzeit hier in Hamburg verhält.

Daher mein Appell an den Senat: Lösen Sie sich von dem Dogma, dass es um jeden Preis in der Welt eine Landebahnverlängerung geben muss. Das würde auch ökonomisch Sinn machen, denn eine Landebahnverlängerung zu den gigantischen Preisen, die der Senat derzeit den Obstbauern anbietet, würde auch den Haushalt in einer Art und Weise belasten, die eigentlich für den Steuerzahler nicht mehr zu rechtfertigen ist. 100 Millionen Euro soll das insgesamt eventuell kosten, 1 Million Euro pro Arbeitsplatz. Das sind die am höchsten subventionierten Arbeitsplätze, die es in Deutschland wahrscheinlich gibt.

Ich sage ganz klar: Mit 100 Millionen Euro kann man industriepolitisch vermutlich bessere Dinge tun, als ein paar Obstbauern zu Millionären zu machen, die eigentlich nichts weiter wollen, als Obstbauern bleiben.

(Beifall bei der GAL)

Im Übrigen hat Herr Senator Uldall das bis vor kurzem ebenfalls so gesehen. Er hat vor kurzem noch gesagt: Nein, es wird keine erhöhten Angebote für den Kauf der Grundstücke geben. Das kann man dem Steuerzahler nicht zumuten. Recht hat der Senator Uldall. Nur hat er sich leider seinem Staatsrat gegenüber nicht durchsetzen können. Was jetzt gemacht wird, ist das genaue Gegenteil, Herr Uldall.

(Beifall bei der GAL)

Die Debatte um die Landebahnverlängerung hat mittlerweile eine Eigendynamik gewonnen, in der es aus meiner Sicht nicht mehr so sehr um Argumente geht, sondern hauptsächlich um Prestige und Gesichtswahrung von

- A Politikern. Dabei muss es doch Hamburg um die Frage gehen, wie mit den vorhandenen Mitteln das Maximum an Arbeitsplätzen für Hamburg herausgeholt werden kann. Es darf Hamburg nicht allein um Prestige, um die Auslieferung oder darum gehen, wie die Herren von Beust und Uldall, Bonz oder Voscherau ihr Gesicht wahren können. Das Einzige, was uns dieser erforderliche Strategiewechsel wirklich kostet, ist, dass Sie, Herr von Beust, über Ihren eigenen Schatten springen. Dazu fordere ich Sie auf.

(Beifall bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Uldall.

Senator Gunnar Uldall: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im vergangenen Jahr sind jede Woche in Deutschland zusätzlich 1000 Menschen arbeitslos geworden. Das heißt, 1000 Familien verloren im vergangenen Jahr in jeder Woche ihre bisherige Grundlage für den Lebensunterhalt. Eine solche Entwicklung und diese Schicksale insgesamt können keinen, der in der Politik Verantwortung trägt, unberührt lassen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

In Hamburg haben wir das Glück, dass in der Luftfahrtindustrie kein Abbau von Arbeitsplätzen erfolgt, sondern dass sogar neue Arbeitsplätze entstehen. Das gilt vor allem für das Airbus-Werk, aber das gilt auch für die rund 300 kleinen und mittelständischen Dienstleistungs- und Zuliefererbetriebe. Über diese Entwicklung freuen wir uns und wir wollen daher alles daran setzen, damit dieses Wachstum der Arbeitsplätze auch in Zukunft so weitergeht.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Aber wir haben auch Verständnis für die Einwohner in Neuenfelde, die die gewachsenen Dorfstrukturen gefährdet und durch die Expansion des Flugzeugwerkes ihre Lebensqualität eingeengt sehen. Diese Sorge kann ich vollkommen nachvollziehen.

Wir haben daher zwischen den Beeinträchtigungen der Bürgerinnen und Bürger in Neuenfelde einerseits und der Notwendigkeit, neue Arbeitsplätze zu fördern andererseits abzuwägen. Es ist richtig, wenn gesagt wird, dass Airbus etwas von der Stadt will. Richtig, Airbus will investieren und braucht dafür Fläche. Aber richtig ist auch, dass wir, die Stadt Hamburg, auch etwas von Airbus wollen, nämlich Arbeitsplätze. Daher müssen wir uns zusammenraufen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Ich bitte jeden, sich auch einmal in die Situation des Managements von Airbus in Toulouse zu versetzen. Die Erweiterung, die Planungen für den Ausbau oder neue Straßen, die dort gebaut wurden, sind bei Bürgern und bei Bürgermeister in den Gemeinden auf ein ganz anderes Echo gestoßen, als das hier bei uns in Deutschland der Fall ist. Es ist dort viel leichter gewesen, die Infrastruktur für die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Toulouse herzustellen. Wenn einer von Ihnen dort in der Verantwortung stehen würde, der würde natürlich nach Hamburg schauen und sagen: Warum sollen wir in Hamburg komplizierte Wege gehen, wenn wir es in Toulouse so viel einfacher haben. Das ist die Realität des Arbeits-

marktes im Jahre 2004 und die dürfen wir aus unseren Betrachtungen nicht ausschalten.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

In diesem nicht leichten Abwägungsprozess haben sich der Senat und die Mehrheit des Parlaments für die Arbeitsplätze entschieden. Aber wir haben auch entschieden, für die Einwohner und das Dorf insgesamt alles zu tun, um die Nachteile dieser Werkserweiterung für sie so klein wie möglich zu halten. Daher können wir sagen: Keiner der betroffenen Obstbauern wird in seiner betrieblichen Existenz gefährdet sein und ich füge hinzu, im Gegenteil. Wir haben außerdem eine Vielzahl von kleinen Forderungen, die immer wieder an uns herangetragen wurden, wie zum Beispiel wasserrechtliche Regulierungen, aufgenommen und werden sie erfüllen.

Eine besondere Sorge bedrückt die Menschen in Neuenfelde. Eine weitere Verlängerung der Start- und Landebahn, so meinen viele, könnte das Dorf völlig zerstören. Ich kann hier sagen und festhalten: Der Senat hat nie geplant und plant nicht, eine weitere Verlängerung der Start- und Landebahn über die jetzt anstehenden 589 Meter hinaus vorzunehmen. Um dieses zu verdeutlichen, hat der Senat gestern eine Beschlussfassung über die Existenzsicherung des Ortes Neuenfelde vorgelegt, die ich in ihrem Kern mit Genehmigung des Präsidenten hier vorlesen möchte. –

„Der Senat tritt für einen weiteren Ausbau über die heute bestehenden Planungen hinaus nicht ein. Handlungsgrundlage für den Senat ist, dass Neuenfelde in seinem Bestand gesichert bleibt und über die bestehenden Planungen hinaus keine weiteren Obstanbauflächen in Anspruch genommen werden sollen. Der Senat wird bei der Aufstellung von Bebauungsplänen darauf hinwirken, dass der Ort erhalten bleibt und sich weiterentwickeln kann. Leer stehende Häuser der Stadt in Neuenfelde sollen im Rahmen des rechtlich möglichen wieder vermietet werden. Mit der jetzigen geplanten Verlängerung der Start- und Landebahn erfüllt der Senat den begründeten Bedarf des Unternehmens. Die Stadt wird eine weitere Verlängerung der Start- und Landebahn nicht unterstützen.“

(Lydia Fischer CDU: Bravo! – Beifall bei der CDU)

Das war die gestrige Beschlussfassung des Senats. In der vorliegenden Drucksache, die bereits an Sie verteilt worden ist, wird die Bürgerschaft aufgefordert, diesen Beschluss des Senats zu bestätigen. Ich freue mich, dass Airbus heute gleichermaßen eine Erklärung abgegeben hat, die auch von der Geschäftsführung auf der Mitarbeiterversammlung noch einmal vorgetragen wurde.

Wie ich bereits sagte, haben wir einen schwierigen Abwägungsprozess vorzunehmen. Aber ich bin sicher, dass keiner, der politische Verantwortung trägt, anders als jetzt der Senat entschieden hätte.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In einem demokratischen Rechtsstaat hat die Gesellschaft Verantwortung für jeden Einzelnen, aber jeder Einzelne hat auch Verantwortung für die Gesellschaft. Ich bitte die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, den Beschluss des Senats zu bestätigen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Dr. Andrea Hilgers SPD: Aber nicht heute!)

C

D

- A **Präsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt die Abgeordnete Ahrons.

Barbara Ahrons CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Maaß, ich möchte ein bisschen auf Ihre Ausführungen zurückkommen. Es geht hier um die Standortsicherung der Luftfahrtindustrie in Hamburg und im Prinzip um nichts anderes. Die Auftragsbücher von Airbus sind voll. Gerade hat Airbus wieder einen Großauftrag aus der Türkei erhalten und im vergangenen Jahr ist Airbus als europäischer Flugzeugbauer sprichwörtlich an der nordamerikanischen Konkurrenz Boeing vorbeigeflogen.

(Beifall bei *Christian Maaß* GAL)

Erstmals in seiner Geschichte hat Airbus mehr Maschinen als Boeing in einem Jahr ausgeliefert. Das müssen wir hier unterstützen. Da bleibt uns gar nichts anderes übrig und dafür müssen wir die notwendigen Voraussetzungen schaffen.

Aufgrund dieser hervorragenden Auftragslage, bedingt durch die technologische Spitzenstellung von Airbus, wird sich in nächster Zeit auch an dieser Marktführerschaft nichts ändern. Von dem neuen Modell A380 sind bereits vor dem Erstflug 120 Maschinen verkauft worden. Das sind bereits halb so viele, wie für das Erreichen der Gewinnzone abgesetzt werden müssen. Die Folge dieses Booms sind die seit vier Jahren kontinuierlich steigenden Beschäftigungszahlen bei Airbus in Finkenwerder,

(*Christian Maaß* GAL: Das kann ich alles unterschreiben!)

- B obwohl die Luftfahrtindustrie durch das Geschehen am 11. September 2001 schwer getroffen wurde. Airbus hat vom Juni 2000, seit dem Zeitpunkt der Standortentscheidung, bis 2004 die Zahl der Beschäftigten von gut 7500 auf gut 10 250 gesteigert. Das ist eine Steigerung von rund 38 Prozent. Davon sind 1700 Mitarbeiter für den Bereich des A380 tätig.

Bei Opel und Karstadt kämpfen die Beschäftigten in diesen Wochen gegen den Abbau von tausenden von Arbeitsplätzen. Und hier wird eine Zukunftsindustrie mit Füßen getreten.

(Beifall bei der CDU)

Schon bald können von diesem Schicksal auch die Airbus-Beschäftigten betroffen sein, wenn es uns nicht gelingt, den Luftfahrtindustriestandort Hamburg zu sichern. Die Zahl der Auszubildenden bei Airbus hat sich sogar verdoppelt, von 288 in 2000 auf 565 in 2004. Das ist genau das, was wir brauchen und was wir wollen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Das sind nur die Zahlen der Airbus-Produktionen in Finkenwerder. Hinzukommen noch die 8500 Beschäftigten der anderen norddeutschen Airbus-Werke und es kommen noch die 8000 Beschäftigten bei den rund 300 norddeutschen Luftfahrtzulieferer dazu.

(*Christian Maaß* GAL: Das ist doch alles unstrittig!)

Die Zulieferer sind mittelständische Firmen von 5 bis 500 Mitarbeitern aus allen Bereichen. Auch diese Firmen werden gezwungen sein, sich immer mehr nach den Standorten der Großindustrie zu richten, sodass auch einige dieser Firmen ihre Arbeitsplätze einschließlich der Unternehmen dann mit verlagern würden. Wir reden also

hier von insgesamt 27 000 Arbeitsplätzen, die gemeinsam mit ihren Angehörigen mit großer Spannung die Frage verfolgen, ob die verbliebenen Grundeigentümer in Neuenfelde ihre Grundstücke verkaufen und damit den Weg für den Ausbau freimachen.

Nur mit diesem Ausbau wird es eine langfristige Sicherung des Luftfahrtstandortes Hamburg geben und damit auch eine Sicherung dieser Arbeitsplätze. Bei tausenden von Airbus-Mitarbeitern steht die Existenzgrundlage auf dem Spiel, während bei der Handvoll Grundeigentümer, die noch den Verkauf verweigern, nicht einmal die eigene Existenz ihrer landwirtschaftlichen Betriebe auf dem Spiel steht,

(*Jens Kerstan* GAL: Das ist wirklich unerhört! – Beifall bei der CDU)

denn die betroffenen Flächen machen nur einen geringen Teil der jeweiligen Hofflächen aus. Zudem würden die großzügigen Kaufpreisangebote der Stadt jedweden einen wirtschaftlichen Nachteil mehr als kompensieren, im Einzelfall bis zu 2,5 Millionen Euro. Hier wedelt doch wohl der Schwanz mit dem Hund.

(*Michael Neumann* SPD: Das hilft unglaublich, was Sie da machen!)

Man muss auch das einmal aussprechen, Herr Neumann, und das liegt mir auf der Seele, und zwar genauso wie Herrn Maaß seine Ausführungen auf der Seele lagen.

(Beifall bei Wolfhard Ploog CDU – *Christian Maaß* GAL: Das ist Verschwendung von Steuergeldern!)

Die CDU-Fraktion ist sich sehr wohl bewusst, dass die Neuenfelder Bürger durch den Ausbau der Airbus-Produktion großen Belastungen ausgesetzt sind und wir unterstützen daher mit allem Nachdruck das Ziel des Senats, das Dorf Neuenfelde dauerhaft in seinem Bestand zu sichern.

(Beifall bei der CDU)

Aber wir appellieren auch an die Neuenfelder. In ihren Händen liegt die Zukunft von 27 000 Arbeitsplätzen, die Zukunft des Luftfahrtstandortes Hamburg und ebenso die Zukunft des Industriestandortes Deutschland.

(*Jens Kerstan* GAL: Das ist Quatsch!)

Für den Industriestandort Deutschland – ich bin gleich fertig, Herr Präsident – ...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, darauf kommt es nicht an. Sie haben jetzt einen Schlusssatz und dann sind Sie fertig.

Barbara Ahrons (fortfahrend): ... werden sich Investoren nur interessieren, wenn sie sich gut aufgehoben fühlen, gern gesehen werden und verlässliche Aufbau- und Erweiterungsmöglichkeiten haben. Dann schaffen sie auch bei uns Arbeitsplätze, und nur dann.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Egloff.

Ingo Egloff SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, wie oft wir über dieses

C

D

- A Thema in diesem Hause schon diskutiert haben und eigentlich sind alle Argumente ausgetauscht. Daher wunderte mich, dass vonseiten des Kollegen Maaß immer wieder die gleichen Argumente kommen.

(Wolfgang Drews CDU: Maßlos!)

Herr Maaß, es geht nicht um 100 Arbeitsplätze in dem Auslieferungszentrum, sondern es geht darum, ob es gelingt, für den Standort Hamburg zu erreichen, dass in der Zukunftsentwicklung weitere Mitglieder der A380-Familie beteiligt oder abgehängt werden. Um diese Frage geht es.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Daher gehen auch alle Rechnungen, die Sie hier aufmachen – von wegen 100 Millionen, 1 Million pro Arbeitsplatz – nicht auf.

(Christian Maaß GAL: Der Bürgermeister sagt das!)

Um nicht frauenfeindlich zu sein, sage ich, alle Milchjungen dieser Welt haben sich in dieser Rechnung vereinigt. Das ist doch Kappes, was Sie an dieser Stelle dazu gesagt haben.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz. – Beifall bei der SPD und der CDU)

Es geht bei dieser Frage der Landebahnverlängerung um nicht mehr oder weniger, ob es uns gelingt, in der Liga von Seattle und Toulouse weiter mitzuspielen oder ob wir ein Standort zweiter Kategorie werden. Darum geht es. Man kann jeden Tag beobachten, wie der französische Wirtschaftsminister dafür sorgt, dass nationale Interessen berücksichtigt werden. Wer weiß, wie die Franzosen Industriepolitik betreiben, der weiß auch, was passiert, wenn hier an diesem Standort diese Entscheidung nicht so getroffen wird, wie es sich die Mehrheit des Hauses wünscht. Das ist dann keine Zukunft für den Luftfahrtstandort Hamburg, sondern das ist dann die Zukunft für den Luftfahrtstandort Toulouse. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Airbus-Thema, über das wir heute debattieren, ist wirklich ein Lehrbeispiel für das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik. In Zeiten zunehmender Globalisierung ist das mit Sicherheit kein Verhältnis, das einfacher geworden ist.

Herr Uldall, ich gebe Ihnen vollkommen Recht, dass wir hier über ein Projekt sprechen, das ein Geschäft zwischen der Stadt und einem privatwirtschaftlichen Unternehmen beinhaltet. Um bei der Wahrheit zu bleiben, Frau Ahrons, es geht dabei um ein Projekt, das bereits abgeschlossen ist, die Passagierversion des A380, wo beide Seiten Verpflichtungen eingegangen sind und auch dabei sind, diese Verpflichtungen zu erfüllen, und es geht um ein zukünftiges Projekt, die Frachtversion.

Im Zuge des Baus des A380 hat sich Airbus verpflichtet, für die Passagierversion alle Investitionen zu tätigen, inklusive der Auslieferung der Passagierversion von Hamburg. Ohne diese Zusicherung von Airbus wäre der erste Planfeststellungsbeschluss nicht vollziehbar gewor-

den und das Mühlenberger Loch wäre nicht zugeschüttet worden. Vor Gericht, meine Damen und Herren, hat Airbus noch einmal bekräftigt, dass unabhängig davon, ob eine weitere Landebahnverlängerung kommt oder nicht, alle Investitionen bezüglich der Passagierversion getätigt werden, das heißt, auch inklusive des Auslieferungszentrums.

(Beifall bei der GAL)

Meine Damen und Herren! Es gibt keinen einzigen fachlichen und sachlichen Grund, der jetzt eine andere Situation geschaffen hätte, dass Airbus sagen könnte, wir können dieses Auslieferungszentrum für die Passagierversion hier nicht bauen. Der einzige Grund, warum jetzt diese 100 Arbeitsplätze in Gefahr sind, ist, dass Airbus beschlossen hat, eine demokratisch gewählte Regierung in Hamburg zu erpressen. Es gibt keinen anderen Grund dafür.

(Beifall bei der GAL)

Und dass ein Unternehmen, das überhaupt nur dadurch markt- und wettbewerbsfähig geworden ist, dass sich der Staat an dem Unternehmen in seiner Geschichte beteiligt hat und das Milliarden an Subventionen im Forschungsbereich bekommen hat und die Stadt Hamburg diesem Unternehmen unter anderem auch Flächen zur Verfügung gestellt hat. Wenn ein solches Unternehmen ohne jeden Grund eine demokratisch gewählte Regierung unter Druck setzt, weil sich diese Regierung, wie es in einem demokratischen Rechtsstaat notwendig ist, an Beschlüsse halten muss, die Gerichte fällen, dann ist eine Grenze überschritten und eine demokratische Regierung kann eine solche Erpressung nicht akzeptieren.

(Beifall bei der GAL)

Was, meine Damen und Herren, hat dieser Senat angesichts dieser wirklich unerhörten Erpressung getan?

(Heiko Hecht CDU: Alles!)

Hat er Airbus darauf hingewiesen, dass Airbus im Moment gerade im Bundestag weitere Gelder beantragt hat, um das nächste Flugzeug subventioniert zu bekommen? Diese Erpressung müsste auch darauf Auswirkungen haben. Nein, dieser Senat hat sich rechtlich in einem Vertrag gegenüber dem privaten Investor verpflichtet, diese Grundstücke an Airbus zu liefern. Selbstwissend, dass, wenn das Oberverwaltungsgericht das Verwaltungsgerichtsurteil bestätigt, der Senat keine rechtliche Handhabe dazu hätte, das zu tun. In dem Fall, der jetzt eingetreten ist, ist Hamburg sogar in bestimmten Punkten schadensersatzpflichtig gegenüber Airbus.

Meine Damen und Herren! So handelt kein Senat, der dem Gemeinwohl verpflichtet ist. So handelt ein Senat, der seine Aufgabe darin sieht, ein einfacher Erfüllungsgehilfe der Interessen eines privaten Unternehmens zu sein.

(Beifall bei der GAL – Bernd Reinert CDU: Das ist ja noch unter Ihrem üblichen Niveau!)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie vor diesem Hintergrund, nachdem Sie vor Gericht mit einer fragwürdigen Strategie jämmerlich gescheitert sind, gegenüber Bürgern dieser Stadt, die nichts anderes tun als mit höchsttrichterlicher Zustimmung ihre Grundrechte wahrzunehmen, eine Hexenjagd veranstalten und der Bürgermeister Versprechungen macht, schöne Worte verteilt und Garantien

- A ausgibt, dann ist das unglaublich, weil Sie immer noch ein falsches Spiel gegenüber den Neuenfeldern spielen.

(Beifall bei der GAL – *Ingo Egloff SPD*: Wer sind denn die Neuenfelder?)

Denn was sind diese Zusagen, was sind diese Grunddienstbarkeiten wert? Sie sind gar nichts wert, solange es die Lex Airbus gibt, denn auch diese eingetragenen Dienstbarkeiten können mit Hilfe dieses Gesetzes enteignet werden. Ist dieser Senat jetzt bereit, diese Drohgebärde zurückzunehmen? Wir haben es gerade vorhin in der Geschäftsordnungsdebatte gesehen.

(*Andreas Ernst CDU*: Sie widersprechen sich!)

Nein, dieser Senat möchte diese Gesetze, wo er einseitig gegen die Interessen der Neuenfelder vorgehen will, nicht zurücknehmen. Meine Damen und Herren, Herr von Beust, ist das wirklich glaubwürdig?

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie sehen dieses rote Licht.

Jens Kerstan (fortfahrend): Ja, ich komme zum Schluss. Meine Damen und Herren!

(*Olaf Ohlsen CDU*: Das wird auch langsam Zeit!)

Meine Damen und Herren! Dieser Senat sollte jetzt gemeinsam mit Neuenfelde und Airbus Zukunftsstrategien finden, die sowohl den Luftfahrtstandort als auch Neuenfelde sichern. Dazu ist noch Zeit und dazu fordere ich Sie auf. – Vielen Dank.

B

(Beifall bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt der Erste Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Ole von Beust: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Unabhängig von der unterschiedlichen Bewertung und Analyse der Situation, die wir haben, sind wir uns bestimmt einig darin, dass wir in diesen Tagen oder Wochen ein hohes Maß an Verantwortung brauchen und an den Tag legen müssen, um dem Standort Hamburg in der Luftfahrtindustrie eine gute Zukunft mit mehr Arbeitsplätzen zu garantieren. Das wollen wir hoffentlich alle, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ich möchte in diesem Zusammenhang ausdrücklich Ihnen, Herr Neumann, und der sozialdemokratischen Fraktion und auch vielen Kolleginnen und Kollegen von Ihnen danken, die in diesen Tagen zu ihrer alten Zusicherung gestanden haben, auf die Sie auch hingewiesen haben, in dieser wichtigen Frage – nebenbei gilt das dankenswerterweise auch für die Frage der Fahrrinnenanpassung der Elbe – für die industrielle und gewerbliche Zukunft von Arbeitsplätzen in Hamburg über Parteigrenzen hinweg für die Interessen Hamburgs einzustehen. Dafür danke ich Ihnen außerordentlich

(Beifall bei der CDU)

und werde das heute Abend auch gerne mit nach Neuenfelde nehmen.

(Beifall bei *Karl-Heinz Warnholz CDU*)

Was mir offen gestanden nicht einleuchtet, ist, wenn man von einer gemeinsamen Verantwortung spricht, dass bei allem Respekt die Kolleginnen und Kollegen der Grünen anscheinend vergessen haben, auch – vor zugegeben langer Zeit – in Hamburg mitregiert zu haben.

(*Karl-Heinz Warnholz CDU*: Hört, hört! – *Christian Maaß GAL*: Ach, jetzt kommt wieder diese Geschichte!)

Sie haben in diesen Zeiten mit den Sozialdemokraten – und ich sage ausdrücklich zu Recht – und mit unserer damaligen Unterstützung genau die Grundlagen für das gesetzt, was wir heute gemeinsam versuchen durchzusetzen. Sie waren daran beteiligt, Sie waren darin verantwortlich.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Statt stolz zu sein auf diese Verantwortung und statt zu sagen, jawohl, wir bekennen uns dazu, dass wir gemeinsam die Grundlage dafür gelegt haben, dass in den vergangenen vier Jahren mehr als 3000 neue Arbeitsplätze bei Airbus geschaffen worden sind, sehen wir auch diese Verantwortung und den Stolz als Grundlage dafür, dazu zu stehen und auch in Zukunft diese Position mitzutragen. Jetzt wollen Sie sich aus dieser Verantwortung stellen und das finde ich nicht patriotisch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Andreas Dressel SPD*)

Ich möchte dies, weil das zur Geschichte gehört, auch näher begründen. Sie haben beide gesagt, verehrte Kollegen von der GAL, es ginge eigentlich gar nicht um die Frage der Startbahnverlängerung, sondern wie man die Gelder einsetzen könne, um Arbeitsplätze zu sichern. Ich darf aus einer Presseerklärung der Wirtschaftsbehörde vom 28. September 1999 zitieren, also als Sie freudig mitregierten, die abgestimmt war – das habe ich mir noch einmal bestätigen lassen –, auch abgestimmt war mit der Umweltbehörde und den Koalitionspartnern. In dieser Erklärung heißt es:

"Die Freie und Hansestadt Hamburg hat in Beantwortung des Airbusschreibens erklärt, im Rahmen und nach Maßgabe der dafür vorgesehenen rechtlichen Regelungen ..."

(Beifall bei der GAL – *Christian Maaß GAL*: Genau da haben wir es!)

– Entschuldigen Sie, Sie wollen doch gerade die rechtlichen Regelungen auch noch zurücknehmen.

"... nach Maßgabe der rechtlichen Regelungen alle Schritte zu unternehmen, um zum Zeitpunkt der Vollproduktion ab 2006 eine Start- und Landebahn zur Verfügung zu stellen, wie sie auch heute von Toulouse zur Verfügung gestellt wird."

Genau darum geht es und genau das haben Sie damals mitgetragen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ich verstehe nicht, warum Sie so zappelig werden, wenn ich sage, "in der Beachtung der dafür vorgesehenen rechtlichen Regelungen". Selbstverständlich handelt jeder Senat rechtmäßig und bemüht sich darum, rechtmäßig zu handeln. Das ist doch völlig klar, dass man sich als Regierung im Rahmen der Gesetze verhält. Das ist eine

C

D

- A Selbstverständlichkeit, meine Damen und Herren. Sie wollen sich aus der Verantwortung stehlen.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Andreas Dressel SPD*)

Das ist nebenbei kein Einzelfall. Das gilt auch für die Hafenexistenz, der wichtigen Frage der Elbvertiefung. Auch da versuchen Sie auf Bundesebene, sich aus der Verantwortung zu stehlen.

Meine Damen und Herren! Ich kann nur leider konstatieren, dass aus der früher einmal vorhandenen ansatzweisen wirtschaftlichen Kompetenz der Grünen leider in Hamburg sehr wenig nachgeblieben ist. Aber das nur am Rande bemerkt.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Andreas Dressel SPD*)

Worum geht es – und wir sind da in enger Abstimmung mit der Bundesregierung, auch wenn Sie das mehrfach bestritten haben –? Es geht darum, für Hamburg, für die Region, aber auch für Deutschland, ein industrielles Projekt voranzubringen, was Deutschland in einem der wenigen Felder, in dem Deutschland noch Industriearbeitsplätze auf- statt abbauen kann, uns die Chance zu geben, uns in diesem Referenzbereich deutscher Industrie europä-, ja weltweit zu profilieren. Das ist der Punkt, um den es geht, meine Damen und Herren.

Ein Punkt, der noch umso bedeutender ist, war, als wir in den letzten Jahren eine drastische Erosion der Arbeitsplätze hatten im Bereich Industrie und Gewerbe. Gucken Sie sich als Beispiel Opel an. Wenn wir uns zu Recht in Deutschland als Exportweltmeister bezeichnen, müssen wir auch sehen, dass 40 Prozent der Güter, die wir exportieren, schon gar nicht mehr von deutschen Firmen in Deutschland hergestellt werden, das heißt, die Wertschöpfung findet schon irgendwo anders statt.

(*Farid Müller GAL*: Das wissen wir doch!)

– Wenn Sie das wissen, frage ich mich, warum Sie dieses Projekt nicht mit unterstützen, sondern indirekt verhindern wollen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Es geht darum, in einem Bereich, wo aufgrund der vertraglichen Vereinbarungen die Industrie zumindest nicht in Billiglohnländer abwandern kann, dieses Referenzprojekt zu ermöglichen. Das war schon in der Vergangenheit erfolgreich. Herr Uldall hat die Arbeitsplätze genannt, die kleinen und mittleren Firmen genannt.

(*Christian Maaß GAL*: Er fährt das Projekt gerade gegen die Wand!)

Sie können auch nach Toulouse gucken, meine Damen und Herren, eine Stadt, die eine wirtschaftlich unglaublich hervorragende Entwicklung nimmt und auch im Bereich der Forschung und Wissenschaft eng zusammenhängend mit der Luftfahrt eine enorme Entwicklung nimmt. Toulouse hatte vor etwa acht Jahren noch 70 000 Studierende, jetzt rund 110 000 Studierende, weil die boomende Luftfahrtindustrie intelligente, gute, motivierte junge Leute in die Region holt. Auch das wollen wir für Hamburg erreichen, auch darum geht es bei der Entscheidung.

Und es gibt da ein Projekt, das für die Region wichtig ist, das nicht nur für Hamburg, sondern auch für Nord-Niedersachsen und Schleswig-Holstein wichtig ist. Dazu

brauchen wir diese von Ihnen zugesagte Verlängerung der Start- und Landebahn, um hier nicht auf einem absterbenden Ast – Herr Egloff hat das richtig ausgeführt – praktisch zum Austrocknen gebracht zu werden. Dabei geht es nicht nur um die 100 Arbeitsplätze für das Auslieferungszentrum, sondern natürlich wird ein Unternehmen dort investieren, wo es den gesicherten Eindruck hat, dass das modernste und beste Produkt auch eine vollständige Chance der Auslieferung an diesem Standort hat. Dort wird doch investiert. Darum dürfen wir uns nicht selber zugunsten von Toulouse das Wasser abgraben, sondern müssen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Neuenfeldes alles tun, um hier einen Konsens in dieser Entscheidung zu erreichen.

Herr Neumann, Sie haben gefragt, warum ich erst heute Abend dort hingehe. Ich kann Ihnen versichern und bin auch gerne bereit, Ihnen die Termine nachzuweisen, dass ich diverse Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern, auch organisierten Bürgern in Neuenfelde geführt habe, in Neuenfelde selber, auch hier im Hamburger Rathaus, wir aber aus gutem Grunde diese Gespräche nicht an die große Glocke gehängt haben, sondern in Ruhe, ohne eskalierende Publizität darüber geredet haben. Das ist, glaube ich, auch der richtige Weg.

Wenn ich da heute hingehe, tue ich das, um deutlich zu machen, dass wir zu dem stehen, was Herr Uldall als Senatsbeschluss dargestellt hat, nämlich dass es nicht darum geht, die Zukunft Neuenfeldes kaputtzumachen, sondern darum, wie es heute auf der Demonstration der Airbus-Belegschaft hieß, deutlich zu machen, Obstbau Neuenfelde und Flugzeugbau, alle drei Dinge gehören zusammen und sind wunderbar miteinander vereinbar.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir in diesem Zusammenhang zugesagt haben, neben der Rechtsverbindlichkeit, Klärung von Airbus, die Grunddienstbarkeiten einzutragen, was Sie uns nun vorgeworfen haben, so ist das eine Forderung des Anwaltes gewesen, der mehrere Eigentümer vertritt, der am letzten Donnerstag in der Sitzung, als darüber gesprochen wurde, das als Forderung der Neuenfelder genannt hat. Da haben wir gesagt, wunderbar, wir machen das, da wir die Bestandssicherung geben wollen. Und das ist nun auch wieder falsch? – Nein, wir sind dort weiterhin in guten Gesprächen und ich habe die große Hoffnung, dass es möglich ist, die wenigen Eigentümer, um die es noch geht, zu überzeugen, dass sie ihrem Ortsteil, ihrem Stadtteil und Hamburg und letztlich auch sich selber einen großen Gefallen tun, wenn es die Möglichkeit gibt, hier noch handelseinig zu werden und gleichzeitig die Garantien, die für Neuenfelde gegeben worden sind, auch so dingfest zu machen, dass nicht der Eindruck einer Salami-taktik vorherrscht. Ich will die nicht, wir wollen die nicht. Wenn dieser Eindruck entstanden ist, tut es mir Leid, es ist niemals unsere Absicht gewesen.

Erlauben Sie mir eine letzte Bemerkung, unabhängig von Neuenfelde. Man kann natürlich in einem solchen Verfahren, auch wenn es jetzt in die Schlussgerade geht, wobei es da keinen gesetzten Schlusspunkt gibt, aber es geht in die Schlussgerade, eines lernen – und das gilt für uns alle, denn mitverantwortlich sind wir bei diesem Projekt und auch bei anderen –, dass man zukünftig bei solchen Großprojekten vermutlich zu Beginn dieser Projekte sehen muss, über ein Moderationsverfahren zu erwirken, wie man die Betroffenen mehr ins Gespräch mit einbeziehen kann.

A (Christa Goetsch GAL: Ein bisschen Spaß!)

Wir versuchen das gerade bei der Fahrrinnenanpassung der Elbe, wo es vom Senat und auch den dort betroffenen Gebietskörperschaften, aber auch Anliegern, einen Moderator gibt, auf den wir uns beide geeinigt haben, der hier versucht, Interessen auszugleichen und gemeinsame Interessen zu erarbeiten und voranzukommen. Ich gebe zu – man ist hinterher immer klüger –, ein solches Moderationsverfahren, zum richtigen Zeitpunkt – aber auch, mit Verlaub, Frau Goetsch, zu dem Zeitpunkt, als Sie schon mit beschlossen haben und das gilt für uns alle –, ist im Zweifel klüger als der sich eskalierende Konflikt, auch wenn wir es nicht wollen, in der Schlussphase. Es eskaliert auch durch Berichterstattung und so weiter. Ich denke, für weitere Großvorhaben sollte man das zumindest auch als wichtige und vielleicht auch bittere Lektion mit gelernt haben. Jetzt geht es in die Entscheidungsgerade. Ich bin überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger in Neuenfelde, auch die Grundeigentümer, es sich bestimmt nicht einfach machen, sich ihrer Verantwortung bewusst sind und bei einer verantwortungsvollen Überprüfung ihrer Position sehen werden, dass sie viel tun können: Für sich selber, für Neuenfelde, für Hamburg, für die Region, aber auch für den Industriestandort Deutschland und das sollten wir gemeinsam wollen.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Goetsch.

B **Christa Goetsch GAL:** Frau Präsidentin, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, ich danke Ihnen für diese Vorlage. Es ist nämlich nicht so, Herr Reinert, dass wir uns von dem Projekt Airbus verabschieden.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das haben Sie schon längst getan!)

Nein, wir haben es unter Rotgrün auf den Weg gebracht, wir haben uns an die Beschlüsse gehalten, wir haben unter Rotgrün einen rechtmäßigen Planfeststellungsbeschluss gefasst und das ist der Punkt, der Ihnen nicht gelungen ist. Das ist das Problem.

(Beifall bei der GAL)

Bis zu dem Zeitpunkt, wo Sie vor Gericht – das war eben leider kein handwerkliches Meisterstück – nicht standhalten konnten, war ganz klar, solange kein Bedarf vorhanden und das Ganze nicht gerichtsfest ist, ist eben keine Landebahnverlängerung nötig.

(Zuruf von Rolf Harlinghausen CDU)

Das ist die Kritik, nicht mehr und nicht weniger. Es ist vor allem die Kritik an dem Verfahren. Herr Bürgermeister von Beust, Sie haben eben zugegeben, dass die Moderation, die Beteiligung nicht funktioniert hat. Unsere Kritik ist, dass Sie erst Druck aufgebaut und dann verhandelt haben. Das ist das Problem, das wir sehen. Unseres Erachtens kann eine Politik nur tragfähig sein, wenn man nicht erst Druck aufbaut und dann Scherben kittet, sondern wenn dieses Moderationsverfahren läuft, die Verhandlungen laufen, und man nicht erst mit einem Enteignungsgesetz kommt und die Scherben produziert. Die Gerichtsfestigkeit ist eben nicht nachgewiesen worden

und jetzt, glaube ich, Herr Bürgermeister, sind Sie zappelig, wir Grünen sind nicht zappelig. – Danke.

(Beifall bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine Wortmeldungen mehr zum ersten Thema dieser Aktuellen Stunde, sodass wir zu dem zweiten, dem von der SPD-Fraktion angemeldeten Thema kommen

Misshandelten Frauen und Kindern eine Zuflucht bieten – kein Abbau von Frauenhausplätzen in Hamburg

und dem Thema der GAL

Frauenhausschließung: Senat lässt Gewaltopfer im Stich

Frau Mandel, Sie bekommen das Wort.

Doris Mandel SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Missachtung von Frauenrechten und die Weigerung, Opfern von häuslicher Gewalt Schutz zu gewähren, ist ein Kennzeichen dieses Senats.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Frau Schnieber-Jastram exekutiert ungerührt auf dem Rücken der Schwächsten in dieser Stadt, das sind die misshandelten Frauen und Kinder, die Sparpläne des Senats. Die Anzahl der Gewaltdelikte in Hamburg hat von 2002 auf 2003 um über skandalöse 23 Prozent zugenommen. Und welche Konsequenzen ziehen Sie daraus? Sie schließen ein Frauenhaus. Sie, Frau Senatorin, haben bisher sehr kaltherzig bewiesen, dass Sie völlig beratungsresistent sind. Sie sind nicht bereit, auf Argumente zu hören, wenn sie nicht in Ihre heile Welt passen. Soll sich doch – und das sieht man auch an der Anwesenheit der CDU-Fraktion – bitte schön der Weiße Ring um die geschlagenen Opfer kümmern. Was gehen uns die geschlagenen Frauen und Kinder an. Sollen sie doch sehen, wie sie damit klarkommen.

Dieser Senat hat zwar Geld für eine völlig überteuerte U-Bahn, aber für Bruchstücke dieses Geldes für die Opfer von Gewalt in unserer Stadt – und das sind eben sehr viele Frauen und Kinder – reicht es nicht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die Behauptungen der Sozialsenatorin für eine Schließung des ersten Frauenhauses sind in der Sachverständigenanhörung des Sozialausschusses alle widerlegt worden, und zwar von allen Sachverständigen, ob sie nun von der CDU oder von den übrigen Fraktionen benannt worden sind, unisono als völlig unzulänglich, völlig absurd widerlegt worden. Das zentrale Ergebnis war, dass keineswegs weniger Frauenhausplätze gebraucht werden.

Die Hilfeverweigerung bei Frauen und Kindern mit unsichertem Aufenthaltsstatus ist nicht zu rechtfertigen. Meine Damen und Herren von der CDU, was bedeutet eigentlich noch das C in Ihrem Namen? Diese menschenverachtende Anweisung Ihrer Sozialsenatorin,

(Wolfhard Ploog CDU: Was ist daran menschenverachtend?)

– menschenverachtend, genau –,

(Beifall bei der SPD)

C

D

- A den Opfern von häuslicher Gewalt nicht helfen zu wollen, wenn sie keinen deutschen Pass haben,

(*Wolfgang Ploog CDU*: Das müssen Sie mal erklären! Wer hat das gesagt?)

kommt einem Skandal gleich. Sie teilen Frauen und Kinder in Opfer erster und zweiter Klasse ein.

(Beifall bei der SPD und bei *Manuel Sarrazin GAL*)

Die Opfer von häuslicher Gewalt werden durch das Gewaltschutzgesetz gestärkt, um ihre Rechte wahrzunehmen. Die Polizei leistet da sehr gute Arbeit. Die Frauen verlangen zum Teil die Wegweisung der Täter aus der Wohnung und sie beantragen bei den Familiengerichten auch die alleinige Überlassung der bisherigen gemeinsamen Wohnung. Aber das ist auch durch das Gesetz der Bundesregierung so gewollt und das ist auch gut so. Die Polizei, die in der Beziehung sehr pragmatisch vorgeht und denkt, ist auch diejenige, Frau Schnieper-Jastram, die die Frauen und die Gewaltopfer und die geschundenen Kinder in die Frauenhäuser bringt. Aber das interessiert Sie nicht. Gewaltopfer sind in dieser Stadt, insbesondere bei der CDU-Fraktion, von überhaupt keinem Interesse mehr. Das Ergebnis dieser Anhörung war,

(*Wolfgang Ploog CDU*: Sie sind nicht einlassungsfähig, was Sie da von sich geben!)

dass den Frauen und Kindern auf jeden Fall auch weiterhin die Frauenhäuser zu ihrem Schutz zur Verfügung stehen müssen. Manche Frauen und Kinder sind an Leib und Leben bedroht. Die werden sogar von der Polizei in die Frauenhäuser geschickt und die Polizei weiß wirklich am besten, dass sie die Opfer nicht rund um die Uhr beschützen kann.

B

Die Interventionsstelle ist eine ganz wichtige Ergänzung zu den Frauenhäusern. Wir haben deshalb auch über zwei Jahre dafür gekämpft, dass Sie, Frau Senatorin Schnieper-Jastram, endlich diese Interventionsstelle einrichten. Allerdings war es nicht unsere Absicht, dass Sie das durch Kürzungsmittel bei den Frauenhäusern vornehmen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Aber die Anhörung hat auch noch ergeben, dass selbstverständlich alle sechs Frauenhäuser nach wie vor gebraucht werden.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Mandel, ich muss Sie an das Ende Ihrer Redezeit erinnern.

Doris Mandel (fortfahrend): Danke schön. Sie sind angetreten, Frau Senatorin, mit dem Ausspruch: Wer unsere Hilfe braucht, wird sie auch bekommen. Bitte, denken Sie daran, Ihr Versprechen einzulösen und halten Sie die Frauenhäuser weiterhin als Notaufnahmepplätze für die Frauen bereit. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Meyer-Kainer.

Marita Meyer-Kainer CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Misshandelten Frauen und Kindern bieten wir in Hamburg weiterhin alle erdenkliche Hilfe.

C

(Beifall bei der CDU)

In insgesamt fünf Frauenhäusern stehen künftig immer noch 163 Plätze für Frauen und Kinder, die sich in einer unmittelbaren Notsituation befinden, zur Verfügung. Das sind im Verhältnis zu den Einwohnern mehr Plätze als Städte wie Dresden, Düsseldorf oder München vorhalten.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Auch eine Millionenstadt wie Köln leistet sich nur zwei Frauenhäuser. Von einer Unterversorgung ist dort nichts bekannt.

Meine Damen und Herren! Mir ist bewusst, dass Frauenhäuser unverzichtbar sind im differenzierten Netzwerk von Hilfseinrichtungen, da sie sofortige Hilfe und unmittelbaren Schutz bieten.

(*Lutz Kretschmann-Johannsen SPD*: Darum schließen Sie sie ja!)

Es gibt Fälle, in denen keine andere Form der Hilfe sinnvoll ist. Deshalb wird es in Hamburg auch weiterhin eine gute Versorgung mit Frauenhausplätzen auf einem Niveau vergleichbarer Großstädte unter Einhaltung üblicher Betreuungsstandards geben.

(Beifall bei der CDU)

Entscheidend ist jedoch aus meiner Sicht ein Netzwerk von Hilfseinrichtungen, das in der Mehrzahl der Fälle den Verbleib der Frauen in der Wohnung ermöglicht. Die Expertenanhörung hat ergeben, dass Hamburg mit der Praxis der Wegweisung nach dem Gewaltschutzgesetz und der Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt auf einem guten Wege ist.

D

(Beifall bei der CDU)

Interventionsstellen, die nach einer Wegweisung die Opfer innerhalb von zehn Tagen beraten und an weitere Hilfseinrichtungen verweisen, gibt es beispielsweise in Nordrhein-Westfalen kaum und in Niedersachsen nur in ganz geringem Maße.

(*Aydan Özoguz SPD*: Das macht es doch nicht besser!)

Meine Damen und Herren! Auch wenn rechtliche Instrumente kein Ersatz für Frauenhäuser sind, müssen wir doch davon ausgehen,

(*Michael Neumann SPD*: Wieso müssen wir das?)

dass die Aufenthaltsdauer in Frauenhäusern tendenziell sinkt, wenn beispielsweise die Vermittlung von Wohnraum beschleunigt und das Gewaltschutzgesetz konsequent angewandt wird.

(Beifall bei der CDU)

Entscheidend wird sein, dass die Frauen den Mut finden, die rechtlichen Instrumente und Hilfsangebote auch zu nutzen.

(*Doris Mandel SPD*: Sich erdolchen zu lassen! – Gegenruf von *Bernd Reinert CDU*: Das ist wirklich geschmacklos, Frau Mandel!)

- A Der Normalfall sollte es sein, dass das Opfer bleibt und der Täter geht und nicht umgekehrt.

(Beifall bei der CDU – *Katja Husen GAL*: Soll sie warten, bis der Täter wiederkommt?)

In allen Fällen, in denen dies nicht möglich ist, halten wir Fluchtmöglichkeiten für bedrohte Frauen und Kinder auch weiterhin in einem Umfang bereit, der dem Versorgungsgrad vergleichbarer Städte entspricht.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! In einer demokratischen und freiheitlichen Gesellschaft muss niemand Gewalt gegen Leib und Leben hinnehmen.

(Zurufe von der SPD und der GAL)

Dieses Verständnis bei jungen Menschen zu wecken, ist die eigentliche Herausforderung, vor der Schulen, soziale Einrichtungen und staatliche Stellen stehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Lappe.

Dr. Verena Lappe GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Meyer-Kainer, es ist natürlich auffällig, wie viele Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion bei dem ersten Thema anwesend waren und wie viele es jetzt sind. Alleine daran ist deutlich erkennbar, wie die Prioritätensetzung bei dieser Fraktion ist.

- B

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich habe heute zur Kenntnis genommen und auch in der letzten Woche in der Presseerklärung gelesen, dass Sie, Frau Meyer-Kainer, sich grundsätzlich zu Frauenhäusern bekennen. Sie stellen zumindest den Bedarf nicht in Abrede. Das ist schon einmal ein Schritt. Vielleicht können wir in Zukunft darauf aufbauen. Sie sehen auch, dass es präventiv einige Dinge zu tun gibt. Aber was Sie konsequent verweigern, ist der Blick auf die Realität und die tatsächlichen Bedarfe. Hamburgs Frauenhäuser sind nämlich seit Jahren immer zu 100 Prozent belegt. Sie haben es selbst gesehen, dort herrschen Zustände, die Sie sich nicht zumuten würden.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie bieten nicht mehr alle erforderliche Hilfe. Sie planen, sich davon in der Haushaltsdebatte im Dezember gänzlich zu verabschieden. Die Anhörung hat deutlich gemacht, dass keine der angeführten Begründungen, es könnte in den Häusern weniger Bedarfe geben, überzeugen. Es wurde deutlich, dass eine Interventionsstelle keinesfalls hilft, die Nutzung der Frauenhäuser geringer werden zu lassen. Das wird vielleicht in zehn oder 15 Jahren passieren, wenn die Gesetzgebung tatsächlich durchgreift. Das Gegenteil ist der Fall. Die neuen Maßnahmen in diesem Bereich führen dazu, dass man mehr Menschen, die von Gewalt betroffen sind, dem Hilfesystem zuführt. Das hat zwangsläufig zur Folge, dass auch die Frauenhäuser stärker frequentiert werden, als das bisher der Fall ist.

Wenn Sie mit Ihrem Vergleich von Nordrhein-Westfalen mit Hamburg und den anderen Großstädten kommen,

dann müssen Sie sich auch einmal angucken, wie viele Wegweisungen wir in Hamburg haben und wie viel Gewaltkriminalität im häuslichen Bereich ins Hellfeld gezogen worden ist. In Hamburg waren wir auf einem guten Weg. Der ist beendet worden und wird von Ihrem Senat und Ihrer Fraktion Stück für Stück weiter beendet.

- C

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Auch die Überlegung, man könne die Verweildauer in den Frauenhäusern begrenzen, ist völlig absurd, weil es in der Praxis schon Realität ist, dass die Frauen im Durchschnitt weniger als drei Monate im Frauenhaus sind. Nur 15 Prozent bleiben über diese drei Monate hinaus. Was wollen Sie damit an weniger Bedarf erreichen? Das ist absurd. Die Ausgrenzung von Duldungsinhaberinnen und Gestattungsinhaberinnen ist nicht nur eine infame Verletzung einer Europaratsempfehlung, sie bringt auch in der Masse nichts, weil es so gut wie keine Frauen betrifft. Es handelt sich um eine Handvoll Frauen. Wie wollen Sie da den Bedarf reduzieren? Sie haben das nirgendwo stichhaltig begründen können.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie verschließen sich konsequent irgendeiner Erkenntnis und irgendeiner Argumentation. Die Senatorin ist dafür verantwortlich, dass der Konsens, den es fraktions- und parteiübergreifend mit autonomen Einrichtungen, mit dem Landesfrauenrat gegeben hat, hinfällig geworden ist. Das ist für dieses Thema und für die Menschen in dieser Stadt, die davon betroffen sind, ganz, ganz schlecht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Stattdessen wird Misstrauen geschürt und die verdienten Frauenhausträger werden in Misskredit gebracht, indem man andeutet, sie würden die Statistiken falsch führen und außerdem seien es fast rechtsfreie Räume, denen man ganz schnell an den Kragen gehen müsste. So kann man nicht mit einem Träger arbeiten, der 25 Jahre verdienstvoll für die Stadt gearbeitet hat.

- D

(Beifall bei der GAL und der SPD)

In Ihrer Presseerklärung haben Sie erklärt, Sie wollten die Versorgung in Hamburg verschlechtern und auf das Mittelmaß, das andere Städte haben, herabsetzen. Die Airbus-Diskussion war ein gutes Beispiel dafür, Sie wollen überall an die Spitze. Nur bei diesem Thema geben Sie sich mit Mittelmaß zufrieden. Vielleicht kann das jemand aus Ihrer Fraktion erklären.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Dr. Lappe, Sie sehen das rote Licht, Ihre Redezeit ist beendet.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Rot sieht sie nicht, nur Grün!)

Dr. Verena Lappe (fortfahrend): Ich sehe heute nur Orange.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Frau Senatorin, Sie sind verantwortlich für die Unruhe in der Stadt und ich hoffe, dass Sie sich zumindest heute der Debatte stellen und nicht wie in der letzten Woche beim "Hamburger Journal" Reißaus nehmen vor den Fragen, die auf Sie zukommen sind. – Danke.

A (Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Senatorin Schnieber-Jastram.

Zweite Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist ein gutes Stückchen bemerkenswert, noch bevor der Sozialausschuss die Ergebnisse der Anhörung zu den Frauenhäusern vom 18. Oktober ausgewertet hat – wenn ich richtig informiert bin, dann tut er das übermorgen –, möchte sich die Opposition mit dieser Thematik beschäftigen.

(*Michael Neumann SPD:* Woher wissen Sie das denn, Sie sind doch nie da!)

– Sie haben wirklich keine Ahnung, Herr Neumann.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD:* Sie drücken sich ja!)

Beide Oppositionsparteien haben dieses Thema zur Debatte angemeldet, obwohl es wahrlich wichtigere Punkte gibt. Das haben wir zu Beginn dieser Sitzung gesehen.

(Zurufe von der GAL – *Petra Brinkmann SPD:* Buh!)

Sie haben das Thema angemeldet wohl wissend, dass sich an unserer Diskussionslinie nichts geändert hat.

(Beifall bei der CDU)

B Ich habe schon in der Anhörung den Eindruck gehabt, dass Sie das, was Ihnen nicht gefällt, nicht gerne hören wollen. Das ist heute genau das Gleiche.

(Beifall bei der CDU)

Misshandelten Frauen – darüber gibt es keinen Streit – und Kindern muss eine Zuflucht geboten werden.

(*Doris Mandel SPD:* Ja, wohin denn!)

Dieser Forderung muss man zustimmen. Daraus allerdings apodiktisch ableiten zu wollen, dass in Hamburg keine Frauenhausplätze abgebaut werden dürfen oder dass der Senat – wie es im Antrag der Grünen heißt – Gewaltopfer im Stich lässt, verkennt in der Tat die Tatsachen.

(Zuruf von *Doris Mandel SPD*)

– Frau Mandel, Ihr ewiges Gebrülle ist wirklich nervig.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Es verkennt zum einen, dass Hamburg mit seiner Versorgung auch nach der Schließung des ersten Frauenhauses nicht schlechter als vergleichbare Städte dastehen wird, und zum anderen das verbesserte Gesamtangebot für Opfer von Gewalt in Hamburg.

Es ist mehrfach vorgetragen worden, dass Hamburg nach der Absenkung von Frauenhausplätzen im Verhältnis Frauenhausplatz pro Einwohner gleichauf mit Berlin und Wien liegt und deutlich besser versorgt ist als Köln, Düsseldorf oder Dresden, um einige Beispiele zu nehmen. Für mich ist das ein deutlicher Hinweis, dass diese Platzzahl vertretbar ist.

(Beifall bei der CDU)

C Das gilt umso mehr, wenn man alle von uns ergriffenen Maßnahmen – Frau Meyer-Kainer hat sie genannt – betrachtet. Dazu gehören: die Einrichtung der Interventionsstelle,

(*Dr. Verena Lappe GAL:* Haben Sie eigentlich zugehört?)

die Beschränkung des Aufenthalts im Frauenhaus auf das unbedingt erforderliche Maß und die sichere Unterbringung der Duldungsinhaber in Einrichtungen von pflegen & wohnen.

(*Doris Mandel SPD:* Ja, wie denn?)

Während vor dem In-Kraft-Treten des Gewaltschutzgesetzes die Frauenhäuser die einzige Zufluchtsmöglichkeit für Frauen und ihre Kinder in Hamburg darstellten, hat sich seitdem die Situation zugunsten der Opfer von Gewalt und hier ganz im Besonderen für Opfer häuslicher Gewalt verändert. Das können Sie wirklich nicht bestreiten. Misshandelte Frauen und ihre Kinder sind nicht länger gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen, um dem Kreislauf der Gewalt zu entkommen. Durch die Intervention von Polizei, durch die Wegweisung der Täter können die Betroffenen in ihrer eigenen Häuslichkeit bleiben. Von diesem Angebot wurde seit Eröffnung von "pro-aktiv – Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt" im November 2003 in 855 Fällen Gebrauch gemacht. Damit ist in dieser Stadt ein Schritt in die richtige Richtung getan.

(Beifall bei der CDU – *Doris Mandel SPD:* Das hat doch damit gar nichts zu tun!)

– Das hat eine Menge damit zu tun.

D Erstmalig werden Täter ganz konkret mit ihrem Handeln konfrontiert, sie selbst haben die Folgen zu tragen und die Frauen erfahren Unterstützung, indem die Interventionsstelle mit Beratungsangeboten auf sie zugeht.

(*Petra Brinkmann SPD:* Zukünftig vielleicht!)

Das ist in der Anhörung sehr deutlich geworden. Dazu gehört natürlich auch der dauerhafte Verbleib in der Wohnung, den auch dieses Gewaltschutzgesetz ermöglicht.

(*Doris Mandel SPD:* Aber der ja nicht immer möglich ist!)

Trotz der Interventionsstelle bleiben Frauenhäuser in Hamburg notwendig, denn nicht jede Frau kann in ihrer Wohnung bleiben,

(Beifall bei *Katja Husen GAL*)

in der sie sich trotz polizeilicher Intervention unsicher fühlt oder auch unsicher ist. Das ist gar keine Frage. Auch zukünftig werden Frauen an fünf anonymen Standorten in Hamburg qualifizierte und geeignete Unterstützung erhalten.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD:* Zu wenig!)

Es stehen dann weiterhin 163 Plätze für Frauen und Kinder zur Verfügung. Aber die Frage der Verweildauer in diesen Häusern muss allerdings gestattet werden dürfen. Wir haben einen Vertrag mit der Wohnungswirtschaft, Belegungsrechte,

(*Dr. Verena Lappe GAL:* Aber nicht für Frauenhausfrauen!)

- A sodass wir viel zügiger als noch zu Ihrer Zeit Frauen wieder in eigenen Wohnungen unterbringen können.

(Beifall bei der CDU)

Tun Sie doch bitte nicht so, als sei das eine Vernichtung der Frauenhausplätze und eine Aufgabe des Frauenschutzes in dieser Stadt. Es ist eine Korrektur. Wir korrigieren und verbessern hier etwas.

(Doris Mandel SPD: Natürlich!)

Frauen und Kinder, die zu Gewaltopfern werden, haben unverändert unsere Unterstützung in verschiedensten Bereichen.

(Beifall bei der CDU)

Selbst wenn Sie das immer bestreiten – ich glaube, Sie waren es Frau Mandel, die das eigentlich zu rügende Wort "Menschenunwürdigkeit" benutzt haben –, gilt das auch für Frauen mit einem ungesicherten Aufenthaltsstatus. Sie haben wie alle anderen Anspruch auf das Gewaltschutzgesetz und werden bei Bedarf im Rahmen öffentlich-rechtlicher Unterbringung geschützt untergebracht.

(Doris Mandel SPD: Das stimmt nicht! – Dr. Verena Lappe GAL: Wen sollen die denn anrufen, bei Ihnen?)

Sie wissen es alle sehr gut, die Zeiten staatlicher Füllhörner sind vorbei.

(Zurufe)

- B – Nein, aber nicht bei mir, das ist die alte Diskussion. Die Zeiten staatlicher Füllhörner sind vorbei, aber nicht hier und nicht hier und nicht hier.

(Beifall bei der CDU)

Wir alle – das geht den Bund und die Länder gleichermaßen an – müssen sorgsam mit dem Geld der Steuerzahler umgehen,

(Michael Neumann SPD: U-Bahn-Bau!)

ohne die Hilfe für diejenigen zu vergessen, die sich selbst nicht helfen können. Nichts anderes tut dieser Senat und ich bin sehr froh, dass es uns gelungen ist, ein breites und sinnvolles Angebot für Opfer von Gewalt in Hamburg anbieten zu können.

(Beifall bei der CDU)

Gewaltopfer in Hamburg werden keineswegs im Stich gelassen. Wenn Sie anführen, dass andere Bundesländer weitere ergänzende Angebote für Opfer hätten, dann kann ich nur um eines bitten: Betrachten Sie bitte nicht nur ein Stück des Kuchens, schauen Sie sich die ganze Torte an. Tatsache ist, in anderen Bundesländern wurde auf die Neueinrichtung von Angeboten verzichtet. In Nordrhein-Westfalen beispielsweise – Frau Meyer-Kainer erwähnte das – gibt es keine Interventionsstelle, eine Stadt wie Köln kommt mit zwei Frauenhäusern aus und die Kosten dazu sind wesentlich niedriger als die in unserer Stadt.

(Nebahat Güçlü GAL: Das stimmt nicht!)

Wir alle sind es gewohnt, dass Neuerungen mit großer Skepsis und mit großem Misstrauen begegnet wird. Bei etwas gelassener Betrachtung würden Sie feststellen, dass wir in Hamburg auf dem richtigen Weg sind. In

Hamburg werden auch im Haushaltsjahr 2005 für den Opferschutz 3 802 000 Euro bereitstehen. Das ist nach meiner Auffassung ein ganz klares Zeichen für die Verantwortung, die die Stadt, die meine Behörde für Gewaltopfer übernimmt. Ich würde mich freuen, wenn Sie dies auch einmal in der öffentlichen Diskussion anerkennen und zur Versachlichung dieser Diskussion einen Beitrag leisten würden. Das würde den Frauen zuallererst und am allermeisten dienen.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Bevor ich Frau Brinkmann das Wort erteile, möchte ich mich noch für die Belehrung bedanken, ich hätte versäumt, etwas zu rügen. Ich habe die Worte von Frau Mandel nicht gerügt, ich habe im Übrigen auch Ihre Einlassung über die Qualität der Zwischenrufe von Frau Mandel nicht gerügt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das Wort bekommt Frau Brinkmann.

Petra Brinkmann SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Senatorin, Sie fragen nach dem aktuellen Anlass und sagen, es gäbe heute wichtigere Punkte als dieses Thema zu debattieren.

(Wolfhard Ploog CDU: Richtig!)

Sie haben zum 31. Oktober – das heißt, zum Wochenende – angeordnet, das Frauenhaus räumen zu lassen. Das Frauenhaus ist mit übermäßig vielen Kindern und vielen Frauen voll belegt. Keiner weiß, wohin diese Frauen gehen sollen. Da fragen Sie als verantwortliche Senatorin nach dem Wichtigkeitsgrad und dem aktuellen Anlass dieser Debatte!

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Frau Senatorin, Sie ziehen Ihre Vergleiche, wie es Ihnen passt. In den Antworten auf die Kleinen Anfragen nehmen Sie immer nur Bezug auf Hamburg und sagen, nur die Hamburger Verhältnisse und die Versorgung in Hamburg seien für Sie maßgeblich. Wenn es dann passt, mit anderen Städten und mit anderen Bundesländern zu vergleichen, dann tun Sie das, wie Sie das hier auch getan haben. Aber dann lassen Sie doch nicht die Hälfte weg, wenn Sie zum Beispiel Hamburg mit Köln vergleichen. Richtig, in Köln gibt es zwei Frauenhäuser. Aber, Nordrhein-Westfalen hat 63 Frauenhäuser und es gibt eine enge Vernetzung zwischen Stadt und Land. Es ist überhaupt kein Problem, außerhalb von Köln untergebracht werden. Das ist eine andere Situation.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Außerdem gibt es in Nordrhein-Westfalen und auch in anderen Bundesländern, in Niedersachsen, Zufluchtswohnungen und Nachberatungsläden. Auch die Wohnraumsituation, haben wir gehört, ist eine ganz andere. Also, lassen Sie das mit den Vergleichen, wenn Sie nicht korrekt vergleichen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich möchte aber auf einen weiteren Aspekt bei der Versorgung misshandelter Frauen und ihrer Kinder in Hamburg eingehen, der bisher noch gar nicht genannt wurde und erhebliche Konsequenzen sowohl menschlich als auch finanziell nach sich ziehen wird. Es soll in Hamburg nämlich nicht nur ein Frauenhaus geschlossen werden,

- A es sollen auch die Psychologinnenstellen gestrichen werden. Damit fällt die psychosoziale Betreuung weg. Die Senatorin verweist die Betroffenen auf das Regelangebot in dieser Stadt, auf die niedergelassenen Psychotherapeuten und die Beratungsstellen.

Durch die hohen Kürzungen in den letzten zwei Jahren bei den Frauenberatungsstellen mussten diese erhebliche Einschränkungen bei ihren Öffnungszeiten und bei ihren Beratungsangeboten vornehmen. Ein Termin ist also mit langen Wartezeiten verbunden. Für eine Beratung auf den niedergelassenen Psychotherapeutenbereich zu verweisen, ist entweder ahnungslos oder zynisch, Frau Senatorin.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ahnungslos, weil es sich um einen anderen Aufgabenbereich handelt, und zynisch, weil die Senatorin wissen sollte – das geht eindeutig aus der Stellungnahme der Psychotherapeutenkammer hervor –, dass es sich in den Frauenhäusern um eine psychosoziale Begleitung und Betreuung von Frauen und Kindern handelt und im niedergelassenen Bereich um eine therapeutische Aufgabe. Das sind zwei unterschiedliche Dinge und das Regelsystem kann keine psychosoziale Betreuung oder Begleitung leisten. Frauen, denen im privaten Bereich schwere Gewalt angetan wurde, sind psychisch so belastet, dass zunächst ihre gesamte psychosoziale Situation stabilisiert werden muss. Das tut sie nur in einem Frauenhaus mit einer dort arbeitenden Frau zusammen.

- B Die aktuellen Lebensfragen müssen zunächst für sie und ihre Kinder geklärt werden, bevor sie sich einer eventuellen Therapie unterziehen wird. In dieser Situation soll die Frau von Praxis zu Praxis laufen, um sich um einen Therapieplatz zu kümmern, den sie vielleicht Monate später bekommt. Das ist zynisch, Frau Senatorin.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Angefangen bei der Imagekampagne des Senats für sich selbst, bis hin zum Bahn der U-Bahn, der U 4, spielt das Geld keine Rolle. Aber wenn es um die Hilfe für geschlagene Frauen geht, dann muss gespart werden, Frau Senatorin. Das ist ein Skandal in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es ist auch eindeutig nachgewiesen, dass Kinder, die nur Zeugen bei Gewalttaten ihrer nächsten Angehörigen sind, akute und posttraumatische Belastungsstörungen haben. Sie können nicht nur unter Depressionen, Schulversagen und Schlaflosigkeit leiden, sie werden auch sehr aggressiv.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Brinkmann, auch Sie achten bitte auf das rote Licht.

Petra Brinkmann (fortfahrend): Ich komme zum letzten Satz.

Frau Senatorin, Sie haben bei der Anhörung alle diese Argumente gehört, nehmen Sie sie auf und verteidigen Sie die Notwendigkeit der Psychologinnenstellen gegenüber dem Finanzsenator. Darum bitten wir Sie inständig.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Koop.

Karen Koop CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist eine ernsthafte Debatte, die wir hier führen.

(Petra Brinkmann SPD: Ja, richtig!)

Der Tenor dieser Debatte gefällt mir insofern nicht, als dass Sie uns von vornherein vorverurteilend unterstellen, wir würden diese Maßnahmen aus ideologischen oder sonstigen Gründen unternehmen.

(Petra Brinkmann SPD: Aber so sagen Sie das doch immer!)

Sie kennen alle die Haushaltslage, sie ist keinem verborgen. Sie wissen, dass im Sozialbereich Sparmaßnahmen notwendig sind.

(Doris Mandel SPD: Aber die Hochglanzbroschüren kennen wir auch!)

– Frau Mandel, tun Sie mir einen Gefallen und kommen Sie, wenn Sie etwas sagen wollen, anschließend hier her.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Im Grunde ist es in allen Bereichen das Gleiche:

"Man spricht vergebens viel, um zu versagen; der andere hört von allem nur das Nein."

Sie sind zu keiner sachgerechten Diskussion bereit.

(Dr. Verena Lappe GAL: Sie haben alles abgelehnt! – Petra Brinkmann SPD: Sie haben alles abgewürgt!)

Sie belegen jedes Thema sofort negativ emotional. Das haben wir mit Ihrer Demonstration gemerkt. Sie wollen gar nicht diskutieren, Sie wollen nur plakativ etwas vertreten.

(Beifall bei der CDU – Wolfhard Ploog CDU: Die wollen nur Klamauf!)

Der Zweck der Frauenhäuser, das wissen wir alle, ist die kurzfristige Unterbringung. Wenn da eine gewisse Fluktuation stattfindet, dann ist es durchaus sinnvoll, wenn man das einmal auflistet und feststellt, ob es sich hier um einzelne Personen handelt, die nacheinander auftreten, oder um immer wiederkehrende Fälle. Hier geht es um die Anonymisierung, die Sie nicht mehr weiter wollen. Wir haben im Ausschuss gehört, wie man in kodierten Verfahren dennoch einen Aufschluss darüber bekommen kann, ob hier immer wieder dieselben Frauen kommen.

Wenn es eine solche Gewaltexplosion gegeben hat, muss man sich auch Gedanken über die Ursachen machen. Wir können nicht immer mehr Lazarette bauen und extern versuchen, die Frauen zu stabilisieren, damit sie in ihren Partnerschaften nachher wieder scheitern.

(Doris Mandel SPD: Und da machen Sie die Frauenhäuser zu! – Dr. Verena Lappe GAL: Dann machen Sie doch ein Konzept!)

Es ist notwendig, dass es Frauenhäuser gibt, aber sehr viel notwendiger ist es, dass man mit den Tätern arbeitet. Wir haben uns in der Gesellschaft an einen bestimmten Sockelsatz gewöhnt ...

(Zurufe)

- A – Wenn Sie etwas sagen wollen, dann melden Sie sich doch.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Wir sind hier nicht in der Schule!)

In unserer Gesellschaft wird die Gewaltanwendung längst als breiter Sockel, als gesellschaftlich relevant angesehen nach dem Motto, das ist eben so und das muss man hinnehmen. Man muss sich aber einmal an die Ursachenbeseitigung machen. Es geht um die Täter, dass wir die zufassen kriegen

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Das ist doch Quatsch!)

und dass die stärker als bisher eingebunden werden. Dazu ist das Wegweisungsgesetz eine gute Grundlage, aber es muss konsequent angewendet werden. Die prügelnden Männer müssen intensiv und konsequent als Gewaltverbrecher behandelt werden. Das sind keine Kavaliärsdelikte und jeder prügelnde Mann muss zur Therapie verpflichtet werden. Es wird immer wieder von den Rechten und dem Persönlichkeitsschutz gesprochen, aber die Gewalttäter müssen ganz klar und deutlich aus den Wohnungen heraus, hinein in die Therapie und wenn sie das nicht machen, müssen sie ins Gefängnis oder sonst wo untergebracht werden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Koop, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Steffen.

- B **Karen Koop** (fortfahrend): Nein, das mache ich jetzt nicht.

Hierbei können wir ganz neue Wege gehen. Ich habe in der Zeitung gelesen, dass es die Möglichkeit gibt – ich habe vergessen, in welchem Land –, dem Mann ein Armband anzulegen und sobald er sich der Wohnung der Frau näher, piept es. Dann wird die Polizei angerufen und sie steht vor der Haustür, bevor er kommt. Das ist die bessere Lösung.

(Beifall bei der CDU)

Man mag mit der Verringerung der Plätze nicht glücklich sein und ich bin es vielleicht auch nicht, aber es ist eine notwendige Sparmaßnahme, denn gerechterweise muss es alle Bevölkerungsgruppen treffen,

(*Petra Brinkmann SPD*: Dann machen Sie das doch überall!)

wenn wir sparen, auch die Frauen.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Güçlü.

Nebahat Güçlü GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Fakt ist, dass der derzeitige Zustand in allen Häusern, wie wir sie noch glücklicherweise in Hamburg haben, sich traurigerweise dadurch auszeichnet, dass sie zu mehr als 100 Prozent ausgelastet sind. Wir reden im Moment von Fällen, die sich traurigerweise schon ereignet haben. Wenn Sie jetzt argumentieren, die Interventionsstelle würde aus mittel- oder langfristiger Sicht dazu führen, dass die Zahlen reduziert werden, frage ich Sie, Frau Senatorin: Wohin sollen jährlich 450 Frauen mit

ihren Kindern gehen, die dann, wenn Sie Ihre geplante Streichung umsetzen, vor verschlossenen Türen stehen werden?

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

Auch Ihre Interpretation und Ihr Verständnis wundern mich ein wenig, Frau Senatorin, weil Sie unüblicherweise bei unserer Ausschusssitzung dabei waren.

Es hat sich in der Expertenanhörung ziemlich deutlich gezeigt, dass alle Experten – selbst Ihre Vertreterin der CDU aus Nordrhein-Westfalen – bestätigt haben, dass die Interventionsstelle immer nur eine ergänzende Leistung erbringen kann, und zwar ergänzend zu dem, was die Frauenhäuser leisten.

Die Vergleiche, die Sie vorhin anbrachten, wir seien in Hamburg fast überversorgt, sind traurig für eine Sozialsenatorin. Manchmal frage ich mich, ob Sie sich als Finanzsenatorin verstehen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ich bin der Überzeugung, dass die Schließung des ersten Hauses eine Fortsetzung der frauenfeindlichen Politik ist, die der Senat hier schon seit 2002 betreibt. Wir wissen, es ist schon sehr viel in der Landschaft weggebrochen, beispielsweise Beratungsstellen und sehr viele Einrichtungen mehr. Das heißt, wir haben weder eine vorgehende Beratung noch eine nachgehende Beratung. Selbst die Vertreterinnen und Vertreter, die in der Interventionsstelle arbeiten, mit denen wir natürlich kommunizieren, bestätigen, dass die Interventionsstelle in keiner Weise Frauenhausplätze ersetzen kann. Es gibt sicherlich eine kleine Schnittmenge, wobei wir auch gleichzeitig wissen, dass die Dunkelziffer im Bereich der Gewaltdelikte gegen Frauen weitaus höher ist, als das, was sich momentan traurigerweise in den Frauenhäusern wiederfindet.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Die Schließung des ersten Hauses, meine Damen und Herren, wird nur ein weiterer Schritt zur Zerschlagung der frauenspezifischen Angebote in Hamburg sein. Wir wissen, dass das nicht vertretbar ist in Anbetracht der Tatsache, dass die Gewaltdelikte gegen Frauen steigen.

Ich möchte noch einmal auf den Punkt Migrantinnen zurückkommen. Frauen mit Duldung und Aufenthaltsgestattung sollen nach Ihren Plänen, Frau Senatorin, kein Recht auf den Schutz in einem Frauenhaus mehr erhalten. Bei den Frauen mit einer Aufenthaltsgestattung handelt es sich um Frauen in einem Asylverfahren. Diese Frauen sind ganz speziell betroffen, weil sie nämlich nach der Flucht, die Sie schon erlebt haben, jetzt auch noch ein zweites Mal fliehen müssen, und zwar dieses Mal vor häuslicher Gewalt. Gerade Frauen mit Duldung und Aufenthaltsgestattung leben in einer von Perspektivlosigkeit und Mittellosigkeit gekennzeichneten Lebenssituation. Ihr rechtlich unsicherer Status macht sie potenziell eher zu Opfern von Gewalt.

Bis diese Frauen den Weg in ein Frauenhaus finden, haben sie schon massiv Gewalt und Brutalität erdulden müssen, Frau Senatorin, und ihre Kinder direkt oder indirekt auch. Der Aufenthaltsstatus einer von Gewalt betroffenen Frau darf nicht zum Ausgrenzungsmerkmal werden, wenn es um den Schutz von Leib und Seele geht.

A (Beifall bei der GAL und der SPD)

Die Begründung, die Sie uns nahe legen, Frau Senatorin, Frauen mit Duldung sollten kein Recht auf den Schutz haben, weil sie Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, ist schlichtweg falsch. Das hat sich in der Expertenanhörung im Sozialausschuss als fadenscheinig herausgestellt, denn die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz haben nichts mit der Unterbringung in einem Frauenhaus zu tun.

Die Unterbringung in einem Frauenhaus ist in keinem Sozialgesetzbuch irgendwie geregelt. Das hat im Übrigen Ihre Behörde auch als Antwort auf eine Kleine Schriftliche Anfrage, die Nummer 17/3699, selbst ausdrücklich erklärt. Insofern ist Ihre Begründung absurd.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Gut, dass Sie das noch sagen!)

Es hat sich ebenfalls in der Anhörung herausgestellt, dass diese Gruppe der Frauen in Hamburg gerade mal ein Prozent ausmacht. Das heißt, wir reden hier nicht von 44 oder 450 Plätzen im Jahr, sondern wir reden, wenn wir das aufs Jahr hochrechnen, von gerade mal zwei Plätzen. Das ist kein großer Spareffekt, Frau Senatorin.

Aber ich denke, dass bei dieser Frage etwas ganz anderes viel wesentlicher ist, nämlich, dass wir dafür sorgen müssen, dass jeder Mensch in unserer Stadt ein Anrecht auf ein gewaltfreies Leben hat.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

B Das Recht auf gewaltfreies Leben ist ein grundlegendes Menschenrecht und Menschenrechte sind nicht teilbar. Den Schutz für Leib und Seele eines Menschen am Aufenthaltsstatus festzumachen, ist ein grober vorsätzlicher Verstoß gegen die Menschenrechte.

(Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Nebahat Güçlü (fortfahrend): Ich bin gleich fertig, Frau Präsidentin.

Hamburg darf so ein Signal nicht nach außen senden. Ich denke, dass wir damit Hamburg mehr schaden.

(Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist jetzt zu Ende.

Nebahat Güçlü (fortfahrend): Gut, danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Brinkmann.

Petra Brinkmann SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Koop, Sie haben zu diesem Thema Sachlichkeit in der Diskussion eingefordert. Da sind wir völlig Ihrer Meinung, doch ich möchte Sie daran erinnern, dass es die Oppositionsparteien waren, die sich in mehreren Sitzungen des Sozialausschusses bemüht haben, dieses Thema überhaupt auf die Tagesordnung zu bekommen. Sie haben sich mit Händen und Füßen ge-

sträubt und immer wieder versucht, eine Anhörung zu verhindern. Es ist absolut falsch, dass, wie es Frau Meyer-Kainer in einer Zeitung in Hamburg veröffentlicht hat, die CDU eine Expertenanhörung eingeleitet hätte. Daher mussten Sie dankenswerterweise auf uns zurückgreifen.

(Marita Meyer-Kainer CDU: Ach nee!)

Das zum Thema Sachlichkeit. Wir haben uns immer wieder bemüht.

Der Bedarf an Frauenhausplätzen richtet sich nach den Belegungszahlen, was auch eindeutig in der Anhörung von allen Experten ausgedrückt worden ist. Wenn die Frauenhäuser immer wieder zu über 100 Prozent belegt sind, dann brauchen wir diese Plätze. Wer einer Frau unterstellt, dass sie freiwillig und immer wieder gern in ein Frauenhaus geht, der weiß nicht, wovon er spricht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Frau Meyer-Kainer, Sie waren doch dabei, als wir die Zimmer besichtigt haben: Zimmer von 18 Quadratmetern Größe, zweimal zwei Etagenbetten für vier Mütter und Kinder und eine Wickelkommode. Und Sie können sich vorstellen, dorthin immer wieder zurückzukehren zu wollen? Das finde ich sehr merkwürdig.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Und das Wegweisungsgesetz, dass die rotgrüne Bundesregierung eingeführt hat, ist gut und in Ordnung. Das greift aber nicht schon vorgestern, sondern wird hoffentlich in vier oder fünf Jahren anfangen zu greifen. Dann sind wir auch gern bereit, darüber zu diskutieren, ob wir dann noch alle Plätze brauchen.

Nur heute kann man doch nicht ein Frauenhaus schließen und sagen: Irgendwann wird das Wegweisungsgesetz schon greifen, den Tätern gegenüber wird das auch noch einmal verdeutlicht und dann hat sich die Sache. So kann man diese Frauen nicht behandeln und wir sind eben in Sorge, weil Sie mit diesen Frauen nicht verantwortl-
D wortlich umgehen.

Am Wochenende soll nun das Haus geräumt sein. Es ist voll belegt und wir wissen nicht, wo die Frauen untergebracht werden sollen. Wir haben danach gefragt, Frau Koop, denn auch wir als Opposition haben das Recht zu wissen, wo die Frauen hinkommen sollen, da auch wir Verantwortung für diese Frauen und für diese Stadt tragen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort bekommt die Abgeordnete Lappe für drei Minuten.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Jetzt kommt der Deckungsvorschlag!)

Dr. Verena Lappe GAL: Vielen Dank. Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es ganz schnell. Ich muss natürlich auf ein paar Argumente eingehen, die hier vorgetragen worden sind. Frau Koop, die Sache mit den Tätern ist toll. Stellen Sie deshalb die sozialtherapeutischen Einrichtungen ein, damit Sie sich besser um die Täter kümmern können, wenn sie wieder herauskommen? Das ist nur ein Beispiel mehr dafür, an welchen Stellen Sie sparen und wo Sie Geld ausgeben. Dazu möchte ich noch ein kleines Beispiel geben.

A (Klaus-Peter Hesse CDU: Wo soll das Geld herkommen?)

Bei den spezifischen Maßnahmen für Frauen und Mädchen haben Sie von 2001 bis 2004 20 Millionen Euro eingespart. Ich sitze in der Kreditkommission und habe verfolgt, wie Sie dort das Füllhorn für höchst fadenscheinige und fragwürdige Anträge der Standortverlagerung von Betrieben öffnen,

(Michael Neumann SPD: Handgeld!)

die von einer Stadt in die nächste oder von einem Bundesland in das nächste ziehen. Dafür ist das Geld vorhanden, aber nicht für Frauenhäuser.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Dann muss ich noch eine fachliche Bemerkung machen. Ich glaube, bei der Senatorin ist noch nicht angekommen,

(Michael Neumann SPD: Bei der ist noch einiges nicht angekommen!)

dass es ein Dunkel- und ein Hellfeld gibt und dass es darum geht, dieses Dunkelfeld bei diesem Thema auszu-leuchten und an das Licht zu bringen. Sie haben vielleicht aus der Stellungnahme des Weißen Rings gesehen, dass wir nicht die Einzigen sind, die gegen Sie aufstehen. Dazu zählen auch die Gewerkschaft der Polizei, der Weiße Ring und alle möglichen Menschen, die sich mit Gewalt- und Opferschutz beschäftigen. Nur bei Ihnen, in Ihren eigenen Reihen, scheint das nicht angekommen zu sein.

B (Beifall bei der GAL und der SPD)

Was ich persönlich bei diesem Thema als schlimm empfinde, ist die Tatsache, dass Sie zulassen, dass demnächst ein Gericht über den Fortbestand des Frauenhauses entscheiden wird. Sie sind nicht in der Lage, die Kommunikation mit den Trägern, mit der Stadt und mit den Menschen, die sich damit beschäftigen, so zu gestalten, dass es zu einer einvernehmlichen Lösung kommt. Dafür sind Sie verantwortlich.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 15, Drucksache 18/768, Entwurf eines Gesetzes, Einführungsgesetz zum Hamburger Kinderbetreuungsgesetz (EGKibeG), Regelungen für den Übergang ab dem 1. Januar 2005.

**[Senatsantrag:
Entwurf eines Gesetzes
Einführungsgesetz zum Hamburger
Kinderbetreuungsgesetz (EGKibeG)
– Regelungen für den Übergang ab dem
1. Januar 2005 – Drucksache 18/768 –]**

Das Einführungsgesetz zum Hamburger Kinderbetreuungsgesetz hat die Bürgerschaft bereits in ihrer Sitzung vom 8. September 2004 in erster Lesung beschlossen. Wer wünscht das Wort? – Frau Dr. Hilgers.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Jetzt geht die Prügelei weiter!)

Dr. Andrea Hilgers SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Heute findet ein monatelanges Schauerstück sein vorläufiges Ende. Ich möchte Sie noch einmal grundsätzlich daran erinnern, worum es geht.

Es geht um Kinder in Hamburg – ihre frühkindliche Bildung, ihre Neugier auf die Welt und ihr Wohlergehen.

Es geht um Eltern in Hamburg – ihre Sicherheit, ein Platz für ihr Kind zu bekommen, ihre Gewissheit, dass diese Betreuung qualitativ hohen Anforderungen genügt und ihre Informationen darüber, wie viel dieser Platz für ihr Kind kostet.

Es geht um Mitarbeiter und in überwiegendem Maße um Mitarbeiterinnen in den Kitas in Hamburg – ihren sicheren Arbeitsplatz ab Januar 2005, ihre Motivation und ihr Engagement zum Wohle der Kinder.

Und es geht um die Anbieter von Kinderbetreuung in Hamburg – ihre Planungssicherheit für die nötige Vorbereitung auf 2005.

Man kann das Thema auch volkswirtschaftlich betrachten und wie McKinsey unsere zentrale Ressource "Human-kapital" in den Mittelpunkt stellen. Man kann mit dem deutschen Institut für Wirtschaftsforschung darauf hinweisen, dass sich ausreichende Kinderbetreuung durch steuerzahlende Eltern refinanziert. Man kann auf die skandinavische Erfahrung verweisen, dass die Sicherheit über qualitativ hochwertige Kinderbetreuung die Geburtenrate steigert und eine hohe Frauenerwerbsquote ermöglicht. Das alles ist bekannt, erkannt und muss Konsequenzen haben.

(Beifall bei Gesine Dräger SPD)

Sie, Frau Schnieber-Jastram, vertun hier und heute die Ihnen geschenkte historische Chance, das im April beschlossene Kinderbetreuungsgesetz angemessen umzusetzen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Sie, Frau Schnieber-Jastram, zeigen Kindern, Eltern, Mitarbeiterinnen und Anbietern von Kindertagesbetreuung seit geraumer Zeit Ihre kalte Schulter, Ihr Desinteresse und Ihr Verleugnen der Brisanz dieses Themas für das Fortkommen der schönen und wachsenden Stadt Hamburg. Und das Versprechen des Ersten Bürgermeisters gegenüber der Initiative "Mehr Zeit für Kinder" hat leider nur die Haltbarkeit von frischer Vollmilch. Kaum war der Kompromiss geschlossen, sollen schon die Standards und damit die Qualität der Kinderbetreuung gesenkt werden. Dem Wort des Bürgermeisters ist nicht zu trauen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Damit Ihnen eine solche Sache, wie diese beeindruckende Initiative, demnächst nicht mehr passiert, verehrte CDU, wollen Sie dann flugs noch einmal die Bedingungen für Volksentscheide verschärfen. So ein Wille des Volkes ist ja auch lästig für Sie.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Nun zum so genannten Einführungsgesetz. Im Juni diesen Jahres, vermutlich einen Monat nachdem das ab 2005 gültige Kinderbetreuungsgesetz im Gesetzesblatt stand, haben Sie, Frau Schnieber-Jastram, in Ihrer Behörde nicht begonnen, daran zu arbeiten, um die Erfordernisse dieses Gesetzes vorzubereiten. Nein, Sie haben damit angefangen, Aufträge für ein Rechtsgutachten zu

- A vergeben, wie man dieses Gesetz austricksen, unterlaufen und abändern kann. Das war Ihre erste Tat.

(Petra Brinkmann SPD: Hört, hört!)

Das Ergebnis dieses Urfehlers ist das nun hier heute in zweiter Lesung vorliegende so genannte Einführungs-gesetz zum Kinderbetreuungsgesetz. Dieses Gesetz dient aber nicht der Einführung des KibeG, sondern verunstaltet es, führt es ad absurdum und bricht strafverschärfend mit der langen Tradition des partnerschaftlichen Umgangs zwischen öffentlichen und Freien Trägern der Jugendhilfe in Hamburg.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Dieses Gesetz ist nichts weiter als die Anleitung zum erpresserischen Druck auf die Anbieter von Kinderbetreuung in Hamburg.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Die Fakten: 70 bis 90 Millionen Euro sollen im Kita-Etat strukturell gespart werden. Das ist mindestens ein Fünftel des Gesamtetats.

(Olaf Böttger CDU: Das stimmt nicht! Beweisen Sie doch mal die Zahl!)

Die Zahl können Sie der Drucksache entnehmen. Lesen Sie mal die Drucksache Ihres eigenen Senats. Das macht Sie vielleicht auch schlauer.

(Beifall bei der SPD – Dr. Andreas Mattner CDU: Wer schreit, hat Unrecht! – Gegenruf von Petra Brinkmann SPD: Darauf kommen wir zurück!)

- B Gleichzeitig werden vom nächsten Jahr an mindestens 5000 Kinder mehr zu betreuen sein. Im Ergebnis werden die Standards massiv abgesenkt. Mehr Kinder in der Gruppe, weniger Betreuungspersonal für die Kinder und beengtere Räume, wodurch die Qualität in der Kinderbetreuung enorm leiden wird. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden vielleicht gerade noch ihrer Aufsichtspflicht nachkommen können. Bildung und Sprachförderung bleiben in weiter Ferne. Damit, Frau Senatorin, ignorieren Sie alle Notwendigkeiten, die sich beispielsweise aus PISA ergeben.

Gleichzeitig wird gesetzlich der Verhandlungsweg ausgehebelt und die Vorstellung des mächtigeren Partners per Gesetz festgeschrieben. So verhandelt man nicht, Frau Senatorin, sondern das ist Diktat. Verhandlungskultur, Sorgen der Eltern und Sorgen der Mitarbeiterinnen sind erkennbar nicht Ihre Sache.

Die Expertenanhörung im Fachausschuss am letzten Freitag mit 700 Zuhörern und die gestrige zweite sehr beeindruckende Demo gegen dieses Gesetz auf dem Rathausmarkt zeigen, welche Bedeutung die Kinderbetreuung für die Menschen in der Stadt hat. Aber was schert Sie das. Für uns wurde in der Expertenanhörung deutlich, dass Ihr Vorhaben rechtswidrig ist. Es wirft Hamburg auf die Standards zurück, die weit unter dem Bundesdurchschnitt sind und die nach Aussagen vieler Experten reine Unfallverhütungspädagogik bedeuten, sogar gefährdend für das Kindeswohl sind.

Selbst der Gutachter, den Sie zum Kronzeugen für Ihr Vorgehen machen, weist Sie auf Rechtsunsicherheiten unter Geltung dieses Gesetzes hin. Wenn Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, diesem gestrigen Vorhaben Rechtssicherheit attestieren, so irren Sie sich.

- C Sie haben nach Gutachterlage die Wahl zwischen Rechtswidrigkeit und Rechtsunsicherheit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das kann Ihnen nicht ausreichen, um diesem Gesetz heute zuzustimmen. Sie schaffen mit diesem Gesetz keine Rechtssicherheit, sondern Sie produzieren Chaos in Tüten.

(Beifall bei der SPD und bei Christiane Blömeke GAL)

Sie nehmen willentlich in Kauf, dass die Kinderbetreuung in Hamburg nichts mehr mit frühkindlicher Förderung zu tun hat, sondern nur mehr mit "satt und sauber".

Das darf gerade Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus dem Fachausschuss, nicht ausreichen. Vielleicht, Herr Weinberg, darf ich Ihre gestrige Presseerklärung aber auch so verstehen, dass Sie uns nur sagen wollten: Ich habe es versucht, aber ich kann nichts mehr ändern und wenn es ein Fehler war, dann trifft die Schuld Frau Schnieber-Jastram und Ole von Beust.

(Beifall bei der SPD und bei Christiane Blömeke GAL)

Damit, Herr Weinberg, adressieren Sie zwar die Hauptverantwortung richtig, nehmen aber Ihre Mitverantwortung für das Wohl der Kinder dieser Stadt nicht wahr. Sie können nicht abwarten, bis die Klageflut einsetzt, Betreuungsplätze verloren gehen, Eltern verzweifeln und Kinder nicht das erhalten, was sie brauchen. Wir geben Ihnen heute die Gelegenheit, zu diesem Murks namentlich Nein zu sagen. Trauen Sie sich und stoppen Sie das, solange das noch geht.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Wir stimmen ab, das ist genug Verantwortung! – Beifall bei der SPD und bei Christiane Blömeke GAL)

Verehrte GAL-Fraktion, ein Wort zu Ihnen. Wer qualitativ gute und quantitativ ausreichende Kinderbetreuung in Hamburg will und auch weiterhin will, dass Hamburg Vorreiter bleibt, muss mit uns für die Mittel streiten, muss offensiv die Mittel, die Hamburg aus der Hartz-Reform als Entlastung erhält, einfordern und muss zustimmen, dass die Grundsteuererhöhung auch in den nächsten Jahren der Kinderbetreuung zugute kommt. Das haben Sie bisher nicht getan. Hier bleibt Ihre Position etwas blass und ist nicht zwingend genug. Hier erwarte ich mehr von Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Schluss. Herr von Beust, Frau Schnieber-Jastram, ziehen Sie dieses unsägliche rechtswidrige Gesetz, das fatale Konsequenzen für die Kinderbetreuung in Hamburg hat, hier und heute zurück. Legen Sie allen – ich betone – allen Anbietern von Kinderbetreuung ein vernünftiges Angebot vor. Gehen Sie den partnerschaftlichen Weg und kommen Sie zu einer Vereinbarung, die für die nächsten Jahre trägt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion,

(Petra Brinkmann SPD: Die sind ja gar nicht da!)

wenn Ihr Senat nicht so vernünftig ist, dieses Gesetz zurückzuziehen, helfen Sie ihm. Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr. Geben Sie Ihren Namen nicht dafür her. Stimmen Sie mit uns gegen dieses Gesetz.

A (Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort erhält der Abgeordnete Weinberg.

Marcus Weinberg CDU: Verehrte Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

(*Michael Neumann SPD:* Sie haben die Chance, Geschichte zu schreiben!)

– Die Chance, Geschichte zu schreiben, werden Sie nie bekommen, Herr Neumann. Das tut mir Leid. Wir werden heute sicherlich auch Geschichte schreiben, das ist richtig.

(*Michael Neumann SPD:* Sie haben sie, nutzen Sie sie!)

Ich möchte gern auf die Einleitung von Frau Dr. Hilgers eingehen. Sie haben gesagt, dass es um die Kinder, die Eltern, die Anbieter, die Beschäftigten und die Mitarbeiter geht. Das ist richtig und dem kann ich zustimmen. Aber Sie haben einen Punkt vergessen und diesen möchte ich gern ergänzen. Es geht in dieser Frage um das finanzielle Überleben dieser Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Das ist auch der entscheidende Punkt. Ich werde gleich definieren, welche Leitziele wir bei der Kindesbetreuung haben.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD:* Da bin ich gespannt!)

B In gewissen Bereichen haben Sie allerdings heute wieder überhaupt nichts gesagt. Wenn man die Gesamtverantwortung für diese Stadt hat, dann muss man auch Gesamtverantwortlich handeln. Es geht nicht nur um die Kindertagesbetreuung 2005, sondern auch um 2006 und die Jahre danach. Wenn wir 2010 eine vernünftige, gute und verbesserte Kindertagesbetreuung haben wollen, müssen wir auch 2005 hierauf achten, damit wir nicht 2010 darüber reden müssen, möglicherweise 30, 40 oder 50 Prozent bei der Kindertagesbetreuung einzusparen, weil wir ein paar Jahre zuvor nicht in der Lage waren, die Finanzierbarkeit dieser Kindertagesbetreuung zu gewährleisten.

(Beifall bei der CDU)

Ein Letztes noch zur Einleitung. Wir haben natürlich in den vergangenen Wochen und Monaten viele Gespräche geführt. Sie wissen, dass wir mit Eltern und Beschäftigten gesprochen haben und hatten zum Schluss die Anhörung, die meines Erachtens auch neue Erkenntnisse gebracht hat, gerade auch hinsichtlich der rechtlichen Frage.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD:* Ja, eindeutige!)

Sie hatten sich sehr früh eingelassen, das Gesetz abzulehnen. Wir haben am Montag unsere Entscheidung getroffen, wobei wir die Ergebnisse der Anhörung mit einbezogen haben.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD:* Ich auch!)

Es ist nichts Neues, dass in der Politik ein Abwägungsprozess stattfindet. Gelegentlich ist dieser relativ einfach, wie beispielsweise bei Airbus, wo wir, glaube ich – wenn ich auf die große Mehrheit zeigen darf –, wenig Probleme gehabt haben. Es gibt aber auch schwierige Situationen,

C in denen ein Abwägungsprozess stattfindet, und hier ist eine solche Situation. Wenn man dann möglicherweise von Bauchschmerzen spricht, muss man auch immer sehen, was die Alternative ist: Bauchschmerzen oder ein dauerhaftes Magengeschwür. Hier sage ich ganz deutlich, das Letztere wäre für die gesamte Stadt schädlich.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD:* Ich wünsche Ihnen eigentlich gute Gesundheit!)

Ich möchte noch einmal klar die Ziele definieren, um auch später die Begründung dafür zu finden, warum wir dem Gesetz zustimmen.

Erstens: Das erste klar definierte Ziel ist der im Gesetz verankerte Ausbau der Kindertagesbetreuung in der Qualität. Das haben Sie angesprochen. Wir werden bis zu 5000 Kinder mehr in der Betreuung haben. Das sind 10 Prozent.

Zweitens: Es geht um die Qualität. Das heißt, das Ziel muss sein, dass Qualitätsstandards erhalten bleiben und bis 2008 auch auszubauen sind.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD:* Aber nicht mit dem Gesetz!)

Drittens: Es muss gewährleistet sein – und das haben Sie vergessen –, dass die Kindertagesbetreuung langfristig in dieser Stadt finanzierbar ist.

Wenn ich diese drei Leitziele zum Ansatz nehme, muss ich abwägen und zu einem Ergebnis kommen.

Erstens: Der Ausbau ist, glaube ich, von allen gewollt und von allen beschlossen worden. Viele haben "ja" und "richtig" geschrien, aber keiner hat gesagt, wie das zu finanzieren ist.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD:* Doch, ich schon!)

Wir schaffen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auf die Finanzierung komme ich gleich zu sprechen, keine Angst.

Wir schaffen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und wir schaffen die fünfte Stunde. Das sind zwei große Ziele und es war richtig, dass dieses verabschiedet wurde, und es wird richtig sein, dass diese Ziele umgesetzt werden.

Der dritte Punkt ist die Qualität und das war eine ganz interessante Diskussion. Hier im Hause wurde über das Gutscheinsystem debattiert und gestritten. Der eine oder andere oder sogar alle der SPD- sowie auch der GAL-Fraktion haben gesagt: Bloß nicht dieses Gutscheinsystem, die Kindertagesbetreuung in Hamburg wird damit zerstört.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD:* Das stimmt nicht! – Gegenruf *Bernd Reinert* CDU: Gedächtnisschwund, Frau Hilgers!)

Wir haben hier intensive Debatten darüber geführt und auch in der Öffentlichkeit wurde ganz klar gesagt: Wenn das Kita-Gutscheinsystem kommt, bricht die Kindertagesbetreuung zusammen.

Wenn Sie sich genau mit den Aussagen der Anhörung von Freitag beschäftigen, werden Sie feststellen, dass viele von denen, die damals Protest angemeldet haben, heute ganz anderer Meinung sind. Sie verteidigen nämlich mit Vehemenz dieses Kita-Gutscheinsystem gerade unter dem Gesichtspunkt, dass jetzt neue Bildungsstandards geschaffen wurden.

A (Beifall bei der CDU)

Es waren nicht gerade CDU-nahe Personen, die das bei der Anhörung auch deutlich gemacht haben. Bildungsangebote wurden erweitert, Sprachförderung wird betrieben, was auch noch durch flankierende Maßnahmen ergänzt wird.

Die Frage, die man sich allerdings stellen muss, ist die, wie unter dem Gesichtspunkt des Zieles der Finanzierbarkeit und des Ausbaus der Quantität gewährleistet werden kann, dass alle Beteiligten und nicht nur einseitig der Staat und die Politik sich einbringen, dass diese Bildungsstandards gehalten werden. Ich will nicht wieder das Beispiel mit 12 oder 13 Kindern in der Krippe bringen, aber es muss meines Erachtens auch möglich sein, dass man sich von Trägerseite her bewegt und eindeutig Vorgaben macht, wie das umzusetzen ist.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: 9 Prozent, 9 Prozent!)

Dann komme ich zum entscheidenden Punkt, nämlich auf die Finanzierbarkeit. 300 Millionen Euro im Jahre 2003, 347 Millionen Euro im Jahre 2004 und dann wird es möglicherweise auf eine Summe von circa 390 Millionen Euro plus X hinauslaufen, wie Sie selber heute noch einmal in der großen Tageszeitung erwähnt haben. Das heißt, dass wir innerhalb von zwei Jahren im Bereich der Kindertagesbetreuung eine Steigerung um circa 100 Millionen Euro haben, nämlich von 300 Millionen auf über 390 Millionen Euro. Das ist Ihre Konsequenz, wenn wir dem Gesetz nicht zustimmen. Ich werde gleich noch genau erläutern, was das rechtlich bedeutet.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: War klar!)

B

Das Zusammenbrechen der Steuereinnahmen von 220 Millionen bis 320 Millionen Euro jährlich und die Konsequenzen des Länderfinanzausgleiches parallel gesehen bedeuten ernsthaft darüber nachzudenken, ob diese Stadt, wenn sie dieses dann bezahlen muss, überhaupt noch finanziell für die nächsten Jahre abgesichert ist. Das bezweifle ich ganz stark.

(Beifall bei der CDU)

Schauen Sie in andere Kommunen, die sich auch geweigert haben, irgendwo irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen. Diese Kommunen haben dann in der Folge so massiv im Bereich der Kindertagesbetreuung abbauen müssen, dass diese quasi eingestampft wurde. Wenn wir dann 2010 über einen Haushalt debattieren, wird möglicherweise, wenn wir nicht heute eine solide Finanzierung auf die Beine stellen und diese nicht sichern, Kita langfristig gefährdet werden, weil dann auch nicht mehr möglich sein wird, noch nachzusteuern, weil das Geld einfach nicht vorhanden ist.

Also, das Ziel 2006 mit dem auskömmlichen Betriebshaushalt ist gerade unter der dauerhaften Finanzierung der Kindertagesbetreuung ein sinnvolles Ziel. Wenn Sie die Finanzierung nicht so richtig ansprechen wollen, kann ich das noch verstehen. Wenn wir aber fragen, wie Sie die Kindertagesbetreuung finanzieren wollen, kommt Herr Neuman immer mit seiner U 4. Herr Neumann hat aber die U 4 schon viele Male verbraten. Ich will auch gar nicht auf die Einzelheiten der Betriebskosten eingehen. Das ist mittlerweile sehr anstrengend, weil Sie und Herr Neumann alles mit dieser U 4 retten. Sie haben heute den Vorschlag gemacht, 21 Millionen Euro aus der Grundsteuererhöhung zu nehmen. Aber richtig, liebe Frau

Dr. Hilgers, ist, dass 21 Millionen Euro nur ein Teil einer Summe ist, die 70 Millionen Euro, 80 Millionen Euro oder 90 Millionen Euro betragen wird. Wo bleibt das andere Geld? Das konnten Sie heute nicht beantworten.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Hartz IV!)

Wenn Sie dann mit Ihrer Hartz IV-Geschichte kommen, würde ich auch sehr vorsichtig sein. Sie wissen gar nicht, was mit Hartz IV noch an Kosten auf uns zukommt.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Fragen Sie mal Peiner!)

Die Fragezeichen sind dermaßen groß, dass ich nur davor warnen kann, diese jetzt fest zu verankern, denn das, was von der Bundesregierung teilweise noch zu erwarten ist,

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Die Hälfte!)

wird grausam genug werden.

(Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Da gibt es eine Drucksache! Da steht die Summe drin, 140 Millionen!)

Nachdem diese drei Ziele klar definiert sind, kommen wir jetzt zur Frage der rechtlichen Substanz des Einführungsgesetzes. Ich werde Ihnen ein paar Punkte nennen.

Erstens: Nach wie vor ist es so, das wurde am Freitag auch bestätigt, dass diese Kündigung der Verträge – ordentlich, außerordentlich oder wie auch immer –, die auch kritisch gesehen wurde, rechtens ist. Wenn ein solch großes Vorhaben in dieser Stadt auf den Weg gebracht wird, dann ist es doch rechtens, dass man alt bestehende Verträge kündigt. Wenn wir keine Verträge kündigen können, dann macht das Ganze keinen Sinn mehr.

(Bernd Reinert CDU: Eben!)

Zweitens: Was passiert, wenn wir kein Einführungsgesetz haben? Hierzu haben Sie keine Stellung genommen. Ich komme wieder auf die Äußerungen der Anhörung und muss ganz klar feststellen, dass es einseitig keinen Spielraum mehr für die Stadt geben wird. Die Stadt ist zur Passivität verdammt.

(Zuruf von Thomas Böwer SPD)

– Herr Kollege Böwer, Sie und Ihre Kollegin sagen gerade, dass das ein Diktat über das Einführungsgesetz wäre. Ohne ein Einführungsgesetz gibt es ein anderes Diktat, das die Stadt dazu zwingt, die Kosten zu tragen beziehungsweise Gelder auszugeben. Dann hat sie keinerlei Einfluss mehr auf die Kostenfrage. Das wird dann letztendlich zulasten der gesamten Stadt gehen. Oder ein Zitat:

"Ohne Träger geht es dann gar nicht mehr, wenn es kein Einführungsgesetz gibt."

Drittens: Sie haben die Wahl zwischen Rechtsunsicherheit und

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Rechtswidrigkeit!)

Rechtswidrigkeit. Diese Rechtsunsicherheit – und das ist gerade der Sinn des Einführungsgesetzes – wird dadurch aufgehoben. Frau Dr. Hilgers, es geht ja nicht nur um die Stadt und um die Träger, sondern es geht darum, dass Eltern keine Verträge mehr haben. Was durch diesen Wirrwarr als Konsequenz passieren wird, davor kann man insbesondere nur die Eltern bewahren. Und das machen

C

D

- A wir mit diesem Einführungsgesetz, welches die Möglichkeit schafft, diese Rechtsunsicherheit zu beheben.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Es stellt sie her!)

– Frau Dr. Hilgers, lassen Sie mich doch bitte ausreden. Ich weiß nicht, ob die Präsidentin noch anwesend ist, sonst hätte sie schon eingegriffen.

(Oh-Rufe bei der SPD – Michael Neumann SPD: Krise, was?)

Viertens: Was machen eigentlich andere Länder? Sind wir jetzt die Ersten und Einzigen, die dieses rechtswidrige Gesetz auf den Weg bringen und damit die Träger diktieren? Es gibt andere Bundesländer wie Berlin, Brandenburg, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Hessen und Niedersachsen, die eine Rechtsverordnung oder Ähnliches haben. Es gibt auch ganz klare gesetzliche Vorgaben und immer noch ein Sozialgesetzbuch, woran man sich zu halten hat. Diese anderen Länder haben bereits eine solche Verordnung. Wir wollen diese Verordnung jetzt für den Notfall installieren und das Gesetz gibt den Rahmen. Dieses Gesetz – und das haben Sie auch unserer Pressemitteilung entnommen – schafft den Rahmen, um eine Verordnung einzusetzen. Diese Verordnung ist noch offen und das war auch der zweite Punkt dieses Beschlusses der Fraktion am Montag, dass wir sagen: Wir wollen den Rahmen haben, aber wir müssen, um auch Gefahren von der Stadt abzuwenden, gerade im Bereich der Finanzierung möglicherweise über eine Verordnung arbeiten.

- B Ein weiterer Punkt ist, dass, was in der Anhörung auch ganz deutlich geworden ist, man juristisch auch der Auffassung sein kann, dass es überhaupt keine Pflicht gibt, Vereinbarungen zu treffen. Das bestätigt die Frage, wie es die anderen Bundesländer machen. Wir sagen aber ganz deutlich, dass es Vereinbarungen geben sollte

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Dann brauchen Sie dieses Gesetz nicht!)

und beide Verhandlungspartner sind aufgefordert, dieses sich als Ziel zu setzen, sich auch zusammenzusetzen und zu Ergebnissen zu kommen. Trotzdem, rein rechtlich gesehen – und das ist ja das, worauf Sie abheben – gibt es die klare Äußerung: Das Ziel der Vereinbarung ist keine unbedingte Pflicht. Es ist eine Maßgabe. Sie haben auch richtig gesagt, dass es in Hamburg eine sehr lange Tradition gibt

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Eine gute Tradition!)

und das ist auch das übergeordnete Ziel.

Im Übrigen gibt es ein Missverständnis oder eine falsche Analyse. Was wir rechtlich als Stadt machen müssen, ist, dass wir Betreuungsplätze zur Verfügung stellen müssen. Das steht im Gesetz. Es kann also nicht das Interesse der Stadt oder der Politik in dieser Stadt sein, so zu agieren, dass alles scheitert, den Trägern etwas zu diktieren, was sie gar nicht annehmen können. Das würde in der Konsequenz bedeuten, dass diese Stadt gar nicht die Kindertagesbetreuungsplätze bereitstellen muss.

Das heißt also, dass die Stadt ein hohes Interesse hat, Vereinbarungen mit den Trägern zu finden, und dass die Träger diese Vereinbarungen eingehen. Dann werden sie auch Plätze bereitstellen. Es ist falsch zu denken, ganz oder gar nicht beziehungsweise das Diktat oder gar nicht.

- C Die Stadt und auch wir als CDU-Fraktion haben ein Interesse, gute Kindertagesbetreuung bereitzustellen.

(Michael Neumann SPD: Das glaube ich nicht!)

Zusammenfassend vier Punkte: Erstens war die Kündigung rechtens, zweitens wird der Rahmen durch das Einführungsgesetz geschaffen, drittens ist die Vereinbarung, die Rechtsverordnung, ein noch offener Prozess für den Notfall und viertens appellieren wir noch einmal deutlich, die Verhandlungen zum Ergebnis kommen zu lassen.

Dass wir heute darüber abstimmen – und wir werden dem Gesetz zustimmen –, ergibt sich aus der Kombination der drei genannten Ziele Quantität, Qualität und Finanzierbarkeit für die Kindertagesbetreuung. Die CDU-Fraktion hat auch am Montag als Ergebnis ihrer Besprechung gesagt, Folgendes ist uns wichtig.

Erstens: Wir wollen nach wie vor, dass beide Seiten über die Verhandlungswege zueinander finden.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Euch glaube ich das!)

Zweitens: Das Einführungsgesetz schafft den Rahmen, den wir dringend brauchen, um dieses Magengeschwür von der Stadt abzuwenden.

Drittens: Im Notfall wird es eine Rechtsverordnung geben und die Ausgestaltung dieser Rechtsverordnung ist zur Zeit noch offen. Aus diesem Grunde werden wir dem Einführungsgesetz heute zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

- D **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Das Wort bekommt die Abgeordnete Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Weinberg, um eine gute Kita-Betreuung zur Verfügung zu stellen, reicht das Interesse alleine nicht aus, man muss es auch tun. Ich möchte – Ihr Vortrag war ja sehr lang,

(Bernd Reinert CDU: Er war nicht nur lang, er war auch gut!)

wir können uns gerne noch einzeln darüber unterhalten – an einigen Stellen widersprechen. Er war für mich in vielen Punkten nicht schlüssig, aber ich möchte mit einigen Sachen ein bisschen aufräumen. Zwar haben Sie gesagt, wir hätten dem Gutscheinsystem nicht zugestimmt. Das ist so nicht richtig, denn die GAL und auch die SPD haben dieses Gutscheinsystem als nachfrageorientiertes System immer begrüßt. Aber die Art und Weise, wie man es umsetzt, war unser Problem und es hat sich auch bewiesen, dass wir dieses Problem richtig gesehen haben.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Herr Weinberg, Sie haben gesagt, es gehe um das finanzielle Überleben in dieser Stadt und die Finanzierbarkeit müsse gewährleistet bleiben. Das steht aber doch in einem direkten Widerspruch zu dem, dass Sie sagen, Sie wollten die Qualitätsstandards erhalten und ausbauen. Es muss auch für Sie einleuchtend sein, dass dieses Mehr an Qualität, dieses Mehr an Leistung und dieses Mehr an Kindern, die wir zusätzlich betreuen wollen, etwas kostet. Es geht hier keineswegs darum, dass die Kita-Träger nicht eingesehen haben, dass sie sich irgendwo bewegen

- A müssen. Das wurde eingesehen und Sie haben aus den Verhandlungen zitiert; dort gibt es Bewegungen. Es geht hier um die Art und Weise, wie Sie damit umgehen – ich komme gleich noch näher darauf zu sprechen –, denn das Einführungsgesetz ist sicherlich nicht die richtige Art und Weise, wie man damit umgeht.

Frau Hilgers ist gerade nicht da, dann nehmen Sie das entgegen, Herr Neumann: Es ging mir um die Finanzierung. Frau Hilgers kritisierte die GAL, dass wir noch keine Aussagen zur Finanzierung gemacht hätten. Wir machen die Aussagen erst dann, wenn wir auch wissen, wo wir das Geld aus dem Haushalt hernehmen. Ihre ewigen Beteuerungen zu Hartz-IV-Geldern und zur Grundsteuer sind zwar schön, aber dann sagen Sie uns bitte auch – dieses Geld ist schon im Haushalt eingestellt –, wo Sie es dort hernehmen.

(Beifall bei der GAL – *Michael Neumann SPD*: Doch wir nicht! Wir halten zur Rotgrün in Berlin!)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Bürgermeister ist nicht anwesend. Denken Sie ihn sich bitte einfach dort auf den Platz.

(*Frank-Thorsten Schira CDU*: Der Bürgermeister ist in Neuenfelde! – *Karl-Heinz Warnholz CDU*: Sie wissen doch genau, wo er ist!)

– Regen Sie sich nicht so auf, ich kritisiere das doch gar nicht, ich stelle nur fest, dass der Bürgermeister nicht da ist.

(Glocke)

- B **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich** (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Das Wort hat die Abgeordnete Blömeke.

Christiane Blömeke (fortfahrend): Ich kann mich auch über das Protokoll mit dem Bürgermeister unterhalten.

(*Michael Neumann SPD*: Der liest das bestimmt immer!)

Sie werden gleich verstehen, warum ich das gesagt habe. Ich möchte nämlich aus der Regierungserklärung von Ole von Beust zitieren.

"Um die Kindertagesbetreuung zu verbessern, und das will ich, müssen wir weitere mutige Schritte gehen. Das Ziel muss aber sein, in Hamburg eine vorbildliche Kinderbetreuung zu schaffen, die neue Maßstäbe für die ganze Bundesrepublik Deutschland setzt. Das ist unser Ziel und das werden wir erreichen."

Zitat Ole von Beust vom 31. März 2004.

Herr Bürgermeister, auch wenn Sie nicht anwesend sind: Wir stehen heute vor einem Scherbenhaufen Ihrer politischen Versprechen.

(*Olaf Böttger CDU*: Ne, vor der Steuerschätzung 2005 vom Mai!)

Sie wollen eine wachsende Stadt, Sie wollen eine familienfreundliche Stadt, Sie wollen die erschreckenden PISA-Ergebnisse verbessern. Und was tun Sie für diese Ziele?

(Zurufe von der CDU: Alles!)

– Nichts! Sie schweigen, wenn die Sozialbehörde jahrzehntelange Traditionen des partnerschaftlichen Miteinanders zwischen den Kita-Trägern auf der einen Seite

und der Stadt auf der anderen Seite verlässt. Sie schweigen, wenn die Sozialbehörde durch ein Einsparvolumen von mehr als 80 Millionen Euro die Kindertagesbetreuung nur noch aufs Naseputzen reduziert. Sie schweigen still, wenn hier ein Einführungsgesetz verabschiedet wird, das für Eltern und Stadt ein Maximum an Rechtsunsicherheit birgt, und da widerspreche ich Ihnen ganz energisch, Herr Weinberg. Ich werde nachher noch auf den Punkt kommen, wo die Rechtsunsicherheit liegt.

Damit, Herr Bürgermeister, haben Sie zusammen mit der Sozialsenatorin Frau Schnieber-Jastram dafür gesorgt, dass die Kindertagesbetreuung nicht nur an die Wand, sondern bis in den tiefsten Keller gefahren wird. Doch in einem Punkt haben Sie Ihr Ziel erreicht, Herr Bürgermeister. Mit der geplanten Verabschiedung des Einführungsgesetzes setzen Sie neue Maßstäbe.

(*Karl-Heinz Warnholz CDU*: Geisterdebatte hier! Unglaublich!)

In keinem anderen deutschen Bundesland – Herr Weinberg, da sind meine Informationen anders – benötigt eine Regierung ein solches rechtliches Druckmittel, um sich für die Verhandlungen mit Kita-Trägern zu rüsten. Wovor haben Sie eigentlich Angst, Frau Senatorin?

(*Karl-Heinz Warnholz CDU*: Frau Bürgermeisterin heißt das!)

Ich rede über ein Thema des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses und sage deshalb, Frau Senatorin:

(*Wolfgang Beuß CDU*: Na toll!)

Jahrzehntelang haben es Ihre Vorgängerinnen und Vorgänger jedenfalls immer geschafft, sich mit den Kita-Trägern auch ohne ein solches Gesetz zu einigen. Vielleicht benötigen Sie ja den Rückhalt eines solchen Gesetzes, weil Sie selber an der gesellschaftlichen Verträglichkeit von Einsparungen in dieser Größenordnung Zweifel haben, und wer zweifelt, Frau Senatorin, ist ein schwacher Verhandlungspartner.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Als öffentliche Rechtfertigung wollen Sie uns allerdings weismachen, dass ein solches Gesetz notwendig sei, um Verlässlichkeit und Rechtssicherheit herzustellen, das Gegenteil ist aber der Fall. Dieses Gesetz erzeugt ein Spinnwebgewebe an Widersprüchen und stürzt Stadt, Eltern und Kita-Träger in einen Zustand der Rechtsunsicherheit. Per Rechtsverordnung wollen Sie die städtischen Kosten für die Kindertagesbetreuung reduzieren. Zwei kritische Gutachten werden ignoriert, ein drittes, endlich etwas passenderes Gutachten, zeigt Ihnen die Möglichkeiten auf, über die Kita-Träger die Finanzierungslücke – und jetzt kommt es – durch die Eltern zu schließen. Klartext: Die Eltern müssen mehr bezahlen. Frau Senatorin, das ist familienfeindlich, doch nicht nur das. Es birgt ebenfalls die Frage der rechtlichen Zulässigkeit, da alle jetzigen Kita-Gutscheine ihre Gültigkeit behalten und eine nachträgliche Änderung der Finanzierung mit Sicherheit zahlreichen Eltern Klagemöglichkeiten eröffnet.

Darüber hinaus belasten Sie mit einer solchen Regelung natürlich mal wieder die Familien, deren Einkommen gering ist, denn diese laufen Gefahr, einen Kita-Platz nicht mehr bezahlen zu können. Auch hier ist mit Klagen zu rechnen, weil auch einkommensschwache Eltern natürlich ein Recht auf Kita-Plätze haben, die sie mit einer für sie verträglichen Finanzierung auch bezahlen können.

- A Meine Damen und Herren! Machen Sie sich bitte klar, dass verständlicherweise auch Kita-Träger nicht hinnehmen werden, dass sie durch ein solches Gesetz zu Befehlsempfängern degradiert werden. Sie wehren sich gegen eine Verletzung des Vereinbarungsprinzips und gegen Verordnungen, die ihnen vorschreiben, mit welcher Personalausstattung, mit welcher Gruppengröße und mit welcher Raumgröße sie ihre Arbeit zu tun haben und sie wehren sich zusammen mit tausenden von Eltern – wir hatten gestern das beste Beispiel – gegen eine Kinderbetreuung, in der Bildung und Förderung nicht mehr als geschriebene Worte sind. Diese Welle von Klagen, die gerichtliche Auseinandersetzung um die Prüfung der Rechtmäßigkeit des Gesetzes, die Sorgen der Eltern um die Qualität der Betreuung und die Ängste der zahlreichen Erzieherinnen und Hauswirtschaftskräfte um ihren Arbeitsplatz haben Sie, Frau Senatorin, und auch der abwesende Herr Bürgermeister zu verantworten.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Frau Senatorin ist auch Bürgermeisterin!)

War das das Ziel, das Herr Ole von Beust erreichen wollte?

Aber an dieser Stelle, Herr Weinberg, nehme ich auch die CDU-Fraktion in die Verantwortung, denn Sie tragen mit Ihrer angekündigten Zustimmung zu diesem Gesetz ebenso viel dazu bei. Sie entscheiden sich mit Ihrer Zustimmung, die Rechtsunsicherheit für Stadt, Eltern und Träger in Kauf zu nehmen. Sie entscheiden sich, die Kindertagesbetreuung in das finanzielle Korsett der Stadt zu pressen, anstatt fachpolitische Ziele zu definieren; das war eben auch wieder mehr als dürrig. Sie läuten mit Ihrer Zustimmung zum Einführungsgesetz eine neue Phase der Kindertagesbetreuung ein, eine Phase, in der Juristen über die Zukunft Hamburger Kitas entscheiden und in der die Behörde durch hoheitlichen Einfluss Verhandlungen zu ihren Gunsten entscheiden will.

B

Liebe Abgeordnete der CDU-Fraktion! Ich wünsche mir, dass Sie die nötige Courage haben, zu Ihren jüngst geäußerten Worten zu stehen und dass Sie die nötige Stärke haben, Einfluss auf die Entscheidungen Ihrer Behörde zu nehmen. Ich lasse mich auch gerne positiv überraschen; Sie tragen die Verantwortung.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort hat die Zweite Bürgermeisterin Frau Schnieber-Jastram.

Zweite Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir beraten heute erneut über das Einführungsgesetz zum Kinderbetreuungsgesetz, das sich in die konsequenten Schritte zu einer neuen Kindertagesbetreuung in Hamburg einreihet. Wofür benötigen wir dieses Gesetz?

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Ja, gute Frage!)

Wir benötigen es vor allen Dingen zur Vermeidung unkalkulierbarer Haushaltsrisiken.

Seit April dieses Jahres erhält jedes Kind berufstätiger Eltern auf Wunsch einen Kita-Platz und ab nächstem Jahr kann jedes Kind im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt, unabhängig von der Berufstätigkeit der Eltern, einen fünfstündigen Kindergartenplatz mit Mittagessen bekommen und das ist Inhalt des im April beschlossenen sogenannten KibeG. Das KibeG ergänzt außerdem ab

August 2006 die politische Betreuungsgarantie für Kinder berufstätiger Eltern um den korrespondierenden subjektiven Rechtsanspruch und das ist gut so im Interesse der Kinder, im Interesse der Eltern und im Interesse der Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Wir sprechen heute über ein Einführungsgesetz zum KibeG, weil wir die Finanzierung dieser neuen Ansprüche langfristig sichern möchten. Zum einen entstehen durch das KibeG Kosten für die Betreuung zusätzlicher Kinder, vor allen Dingen im teuren Krippenbereich, zum anderen gilt es, die Kindertagesbetreuung verlässlich zu gestalten. Junge Familien sollen ihre Lebensplanungen auf gegebenen Betreuungszusagen aufbauen können. Ein Rein-in-die-Kartoffeln/Raus-aus-den-Kartoffeln wie in der Vergangenheit darf es nicht wieder geben.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen wollen wir die Ausstattungsstandards auf einem Niveau vereinbaren, das wir langfristig durchhalten, auch dann übrigens, wenn die Nachfrage einmal anders sein sollte.

Welche Situation finden wir heute vor?

(Flugblätter und Wattebausche werden von der ersten Bürgerschaftsloge in den Plenarsaal geworfen und Beifall auf der oberen Zuhörertribüne. – Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Ich unterbreche die Sitzung, die Sitzung ist gestört. Ich bitte die anwesenden Polizeibeamten, die Störer von der Loge zu entfernen und die Personalien festzustellen.

D

Unterbrechung: 17.44 Uhr

Wiederbeginn: 17.48 Uhr

Meine Damen und Herren! Nehmen Sie bitte wieder Platz, ich denke, wir können fortfahren.

Dann bitte ich die Zweite Bürgermeisterin, Frau Schnieber-Jastram, weiterzusprechen.

Zweite Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram: Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich war unterbrochen worden, als ich die Frage stellen wollte, welche Situation wir heute vorfinden.

Hamburg nimmt mit seinem hohen Versorgungsgrad und seinen Ausgaben für Kindertagesbetreuung im Bundesvergleich eine Spitzenstellung ein

(Ingo Egloff SPD: Weil die SPD 44 Jahre gut regiert hat!)

und das sagt uns zweierlei. Erstens investiert Hamburg, auch wenn bisweilen das Gegenteil behauptet wird, sehr viel in seine Kinder. Es sagt uns aber auch, dass wir zu teuer sind und zu viel Geld ausgegeben wird.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Wo, wo?)

Letzteres wird verstärkt, wenn wir die 40 Millionen Euro hinzunehmen, die die Einführung des Kita-Gutschein-systems gekostet hat, ohne dass ein Kind mehr untergebracht wurde.

A (Beifall bei der CDU – *Bernd Reinert CDU*: Sehr richtig!)

Eines ist ebenso klar. Eine qualitative Spitzenstellung Hamburgs ist nur aufrechtzuerhalten, wenn der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit konsequent eingehalten wird. Die Zeit, in der die beste Sozialpolitik die war, die mehr Stellen geschaffen, mehr angeblich unabweisbare Aufgaben des Staates definiert und immer mehr Geld eingeworben hat, ist vorbei. Jeder Euro, den wir in die Kindertagesbetreuung oder auch in einen anderen Leistungsbereich stecken, muss erst verdient werden. Ausufernde staatliche Transferleistungen führen zu überhöhter Staatsquote und gefährden die öffentlichen Haushalte und damit gerade die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Gemeinwesens, die erforderlich ist, um soziale Leistungen zu finanzieren.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Zusammenhang dürfte sich inzwischen herumgesprochen haben. Zu teure Sozialpolitik sägt den Ast ab, auf dem sie sitzt. Daher achtet verantwortliche Sozialpolitik heutzutage selbst darauf, dass die Kosten ihrer Maßnahmen angemessen sind.

(Beifall bei der CDU – *Bernd Reinert CDU*: Das hat sich bis zur SPD in Hamburg noch nicht rumgesprochen!)

Genau aus diesem Grund müssen wir die Kosten pro Kind zum einen durch eine möglichst effiziente Nutzung der vorhandenen Plätze, zum anderen durch maßvolle Standardveränderungen senken. Wenn dem entgegengehalten wird, die Betreuung zusätzlicher Kinder gehe zulasten der Kinder, die bereits im System seien, so kann ich damit leben. Ich finde es gerechter, mehr Kinder zu etwas abgesenkten Bedingungen zu betreuen, als eine geringere Zahl zu schützen und andere außen vor zu lassen.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Stapeln Sie sie doch! – *Martina Gregersen GAL* wirft mit den noch im Plenarsaal befindlichen Flugblättern – Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Entschuldigung. – Frau Gregersen, ich rufe Sie zur Ordnung.

Zweite Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram (fortfahrend): Damit das ganz klar ist: Die Qualität in Hamburger Kindertageseinrichtungen muss durch dies alles nicht schlechter werden. Zwar ist unbestritten, dass mehr Personal möglicherweise zu mehr Qualität führt, aber genauso unbestritten ist es, dass Qualität in der Kindertagesbetreuung auch von anderen bedeutsamen Faktoren abhängt und nicht nur vom Personalschlüssel.

Zudem bin ich davon überzeugt, dass eine maßvolle Absenkung der Ressourcenausstattung zum Beispiel durch größere Anreize zur Effizienzsteigerung und Kostensenkung, durch zusätzliches Engagement oder auch durch eine veränderte Arbeitshaltung aufgefangen werden kann. Wir brauchen einen Wandel im Anspruchsdenken hin zum Denken, was wir uns leisten können, und hin zu Kostenbewusstsein.

(Beifall bei der CDU)

Erziehung ist nicht primär Aufgabe des Staates, sondern der Familie. Ich sage das angesichts mancher fachlichen

Verlautbarungen, bei der man den Eindruck gewinnen kann, das Großziehen von Kindern sollte am besten ab dem Krippenalter kollektiviert werden.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Ideologie!)

Gewiss werden wir auch Kindern aus sozial benachteiligten Verhältnissen helfen. Die Frage ist nur, was wirklich verantwortungsbewusste Hilfe ist. Sicher wird das in erster Linie sein, dazu beizutragen, einen Arbeitsplatz zu finden und die familiären Hilfen zu verbessern. Das hier weiter auszuführen, würde den Rahmen sprengen. Ich will deswegen nur darauf hinweisen, dass die Bildungschancen gerade sozial benachteiligter Kinder erhöht werden. Dafür haben wir in Zukunft das Fünf-Stunden-Angebot im Elementarbereich, das jedes Kind, unabhängig von der Berufstätigkeit seiner Eltern, wahrnehmen kann. Und Kinder brauchen Eltern und Erwachsene, die ihnen vorleben, dass jeder Mensch ein gutes Stück für sich selbst verantwortlich ist, dass nicht jedes Problem durch andere verursacht wird und dass das Leben im Gemeinwesen nicht nur aus Nehmen, sondern auch aus Geben besteht.

(Beifall bei der CDU)

Sie brauchen nicht Beliebigkeit, sondern Regeln, nicht Nachlässigkeit, sondern Konsequenz, sie brauchen Leit- und Vorbilder. Der in der Kindertagesbetreuung praktizierte Situationsansatz zum Beispiel ist in seiner Kerneinsicht richtig, dass Kinder im Vorschulalter situationsbezogen lernen sollen. Die Förderaktivität soll an spontane Interessen der Kinder geknüpft werden. Insofern gestalten Kinder ihren Bildungsplan mit – so weit, so gut. Man muss aber aufpassen, dass das Eingehen auf die Interessen der Kinder nicht umschlägt in Beliebigkeit der Aktivitäten und Ziele.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Wie bei Ihnen!)

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Diskussion über Bildungsempfehlungen für Kitas. Diese Diskussion wird manchmal so verkürzt, als ob es Hauptzweck der Bildungsempfehlung sei, hierüber Fortbildungsveranstaltungen für Erziehungskräfte zu veranstalten. Das zeigt, was ich mit einer notwendigen Änderung von Einstellungen meine. Hauptzweck von Bildungsempfehlungen muss es meines Erachtens sein, die Aufmerksamkeit aller darauf zu richten, welche Entwicklung Kinder bei Eintritt in die Grundschule durchlaufen haben sollen. Es geht in erster Linie um die Kinder, nicht um die Beschäftigten in den Einrichtungen.

(Beifall bei der CDU)

Nach dieser Prämisse gestalten wir unsere Kita-Politik und darüber verhandeln wir. Ich betone: Standardabsenkungen wollen wir nicht verordnen, sondern in Verhandlungen erreichen, aber eines ist auch klar: Ich werde keiner Vereinbarung zustimmen, die nicht zu einer Verringerung der Kita-Kosten pro Kind führt.

Was machen wir, wenn wir nun zum Jahresende keine Vereinbarung haben, wobei ich nicht davon ausgehe? Die Kinder werden weiter betreut. Es wäre ein aberwitziger Gedanke, sie nach Hause zu schicken. Und in dieser Situation erlaubt das Einführungsgesetz, insbesondere die Personalschlüssel durch Verordnung festzulegen. Wir sind zu dieser gesetzlichen Regelung berechtigt. Andere Bundesländer – Herr Weinberg hat es gesagt – regeln ihre Personalschlüssel auch in Verordnungen. Die gegen-

C

D

- A teilige Rechtsauffassung, die besagt, der öffentliche Träger der Jugendhilfe sei gezwungen, Vereinbarungen abzuschließen, und zwar zu den Bedingungen der Freien Träger und Verbände – dabei ist der öffentliche Träger Verpflichteter der gesetzlichen Ansprüche und zum überwiegenden Teil Träger der Finanzierung –, eine Rechtsauffassung, die die Vertragsfreiheit zwar den Verbänden, nicht aber der öffentlichen Hand zubilligt, ist, ganz abgesehen von der rechtlichen Bewertung, ausgesprochen undemokratisch. Sie bedeutet nämlich, dass über den Einsatz von Steuermitteln faktisch nicht die demokratisch legitimierten Organe, nämlich das Parlament, die Regierung, sondern in letzter Instanz Vertreter von Partikularinteressen entscheiden. Sie bedeutet weiterhin, dass wir die Eltern und die Stadt dem Preisdiktat der Träger unterwerfen würden

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Sie kennen Hamburg nicht!)

und das kann nicht Sinn der Sache sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Dann höre ich gelegentlich den Vorwurf, wir wollten die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Trägern und Verbänden aufgeben; das beabsichtigen wir selbstverständlich nicht.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Dann handeln Sie anders!)

- B Aber es muss im Bedarfsfall möglich sein, das Grundniveau der Kita-Leistungen, zu deren Erbringung und Finanzierung der Staat verpflichtet ist, durch die demokratisch legitimierten Organe festzulegen. Wir wollen nicht diktieren, aber wir wollen auch nicht dadurch erpressbar sein, dass wir beim Nichtzustandekommen von Vereinbarungen absehbar in ein finanzielles Desaster geraten.

(Beifall bei der CDU)

Am liebsten wäre es mir, wenn wir von der Verordnungsmöglichkeit nach Einführungsgesetz/Kinderbetreuungsgesetz keinen Gebrauch machen müssten, sondern uns in Verhandlungen auf neue Standards einigen könnten.

Sollten wir zum Beispiel zum Jahresende mit den Verhandlungen weit fortgeschritten, aber noch nicht zu Ende gekommen sein, benötigen wir die Verordnungen auch. Wir werden die Verordnungen inhaltlich dann dem erreichten Verhandlungsstand entsprechend ausgestalten. Die zusammen mit dem Gesetzesentwurf zur Kenntnis gegebenen Verordnungsentwürfe – ich sage das jetzt zum wiederholten Male – haben nur exemplarischen Charakter.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Erpresserischen!)

Hamburg soll für junge Familien attraktiv gemacht werden und dazu braucht es verlässliche Krippen, gute Kindergartenbetreuung und sichere Betreuung im Hort. Das zu gewährleisten ist nicht nur eine Frage des Geldes, sondern des Engagements der Eltern, der Erzieherinnen und Erzieher und der Leitungen in den Kitas. Hamburg ist bei der Kindertagesbetreuung auf einem guten Weg.

Aber es geht um viel Geld, es geht um handfeste Interessen von Verbandsvertretern, aber auch um Mitarbeiterinteressen und es geht darum, dass der Opposition nichts lieber ist als ein Scheitern. Schließlich ist es Ihnen, als

C Sie noch regierten, nicht besser ergangen. Sie haben den Kita-Bereich – viele von Ihnen werden sich daran erinnern – nicht in den Griff bekommen.

(Beifall bei der CDU – Thomas Böver SPD: Sie wollen doch nicht behaupten, dass Sie den Kita-Bereich in den Griff bekommen haben!)

Als ich diesen Bereich übernahm, war das Kind Kita noch weiter in den Brunnen gefallen. Über 40 Millionen Euro Mehrausgaben, ohne ein Kind mehr untergebracht zu haben, Krippenstopp, die SPD hatte im Wahlkampf auf tausenden von Plakaten von 18 000 fehlenden Plätzen gesprochen und was ist seitdem geschehen? Im April hat die Hamburgische Bürgerschaft das Kita-Gesetz beschlossen. Über 18 000 fehlende Plätze spricht niemand mehr. Der Krippenstopp wurde aufgehoben. Inzwischen haben alle Kinder berufstätiger Eltern, die dies wünschen, einen Platz. Hamburg ist relativ und absolut Spitze gegenüber allen westlichen Bundesländern. Die Unruhe, die von Interessierten weiter geschürt wird, statt konstruktiv mitzuwirken, fällt auf keinen fruchtbaren Boden. Die Eltern haben ihre Kita-Plätze, die Beschäftigten in den Kitas wissen, dass sie sich notwendigen Veränderungen stellen müssen. Sie wissen auch, dass die Kita-Versorgung bei guter Qualität kostengünstiger werden muss. Denken Sie daran, dass zum Beispiel ein zehnstündiger Krippenplatz den Steuerzahler über 1000 Euro monatlich kostet, durchschnittliche Elternbeiträge sind dabei schon abgezogen.

Worum geht es jetzt? Es geht darum, die Kita-Verbesserungen zu Beginn des nächsten Jahres umzusetzen. Die Verhandlungen mit den Trägern laufen unverändert und gut. Leider laufen sie nicht schnell genug. Das liegt aber an jenen, die danach schauen, ob uns nicht die Knie weich werden und sie beobachten uns sehr genau, denn es geht um sehr viel Geld.

Nun müssen wir verhindern, dass wir durch eine Verweigerung unkalkulierbare Risiken für die Stadt eingehen. Deshalb wurden die Verträge zum Ende des Jahres gekündigt, deshalb wurde auch dieses Einführungsgesetz entwickelt und aufgrund dieses Gesetzes kann der Senat die finanziellen Bedingungen per Rechtsverordnung festsetzen. Dieses Gesetz ist nach den Regeln der Kunst erarbeitet worden. Ich bin davon überzeugt, dass es deshalb auch vor Gericht Bestand haben wird, falls ein Gericht überhaupt angerufen wird, denn ich stehe weiterhin für eine Verhandlungslösung.

Meine Damen und Herren! Rotgrün ist damals die notwendige Kita-Reform nicht gelungen. Die vergangene Legislaturperiode bezüglich dieses Themas ist noch jedem vor Augen. Wir haben jetzt die Chance, dieses Problem in den Griff zu bekommen. Es geht um viel Geld, es geht um Veränderung, es geht darum, mit Steuermitteln sorgsam umzugehen und eine gute Qualität der Versorgung sicherzustellen. Es geht um eine moderne, eine verantwortungsvolle, eine innovative Großstadtpolitik und ich darf Ihnen sagen, dass ich sehr zuversichtlich bin, dass die Träger diese Chance erkannt haben und mit uns gemeinsam eine fortschrittliche, finanzierbare Kindergartenversorgung sicherstellen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Schulz.

A **Rüdiger Schulz** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Um ein Missverständnis von Herrn Weinberg auszuräumen – Frau Blömeke hat schon darauf hingewiesen –: Wir waren nie Kritiker dieses Wechsels, im Gegenteil. Der Wechsel vom Angebot- auf ein Nachfragesystem war doch auch Kernpunkt unserer Vorstellung gewesen. Sie können sich doch daran erinnern, dass wir die geradezu chaotische Umsetzung unter dem auch Ihnen bekannten Senator Lange kritisiert haben.

(Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe übernimmt den Vorsitz.)

Ich erinnere mich ganz genau, dass wir nicht die Einzigen waren, die unter dieser chaotischen Umsetzung gelitten haben. Das zu dem Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich das vorläufige Ende der Diskussion zusammenfasse, komme ich zu sechs Punkten.

Erstens: Dieses so genannte Einführungsgesetz zum Kinderbetreuungsgesetz ist überhaupt kein Einführungsgesetz. Es hat selbstverständlich eine Funktion: Es soll einen Teil der kostenträchtigen Vereinbarungen, die der Erste Bürgermeister mit der Initiative für eine bessere Kita-Betreuung geschlossen hat, wieder zurückschrauben. Sie wollen das, was der Erste Bürgermeister vereinbart hat, auf diese Art und Weise wieder aushebeln. Das genau ist die Funktion dieses Gesetzes.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, in Fachkreisen nennt man so etwas Camouflage, wenn man ein Gesetz so beschließt.

B Zweitens: Dieses Gesetz ist – und das ist die freundlichste Formulierung, die mir einfällt – juristisch zweifelhaft. Dazu ist auch schon eine Menge gesagt worden.

Dritter Punkt und der ist nun überhaupt nicht zweifelhaft. Das hat bei der Anhörung jeder, der sich zu Wort gemeldet hat, bestätigt. Dieses Gesetz hat mit vertrauenswürdiger Zusammenarbeit nichts, aber auch gar nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Jeder Träger, der mit der Behörde am Tisch sitzt, betrachtet dieses Gesetz als Drohung, als Drohgebärde, als Druckmittel.

(Petra Brinkmann SPD: Ist es ja auch!)

Das sagen die auch alle ganz laut und deutlich und Sie haben alle Ohren und können es hören. Das war unbestreitbar und so ist es ja auch gemeint. Natürlich ist das der Wink mit dem Zaunpfahl oder der Wink mit der Latte nach dem Motto: Du kannst bei den Verhandlungen zustimmen und wenn du es nicht tust, können wir auch ganz anders. Das ist die Funktion, die dieses Gesetz haben soll und dann reden Sie doch nicht darum herum. Nur, wenn das Ihr Verständnis von vertrauenswürdiger Zusammenarbeit ist, dann frage ich mich, was passiert, wenn jemand diese Senatorin als Gegner hat.

(Beifall bei der SPD)

Viertens: Auswirkungen auf die Träger. Bei der öffentlichen Anhörung ist deutlich geworden, dass ein ganz zentraler Schatz, den wir hier in Hamburg haben, in Gefahr ist: Das ist die Vielfalt der Trägerszene. Den CDU-Abgeordneten müssen die Ohren klingen, wenn sie an die Beiträge der Kirchen denken, die bei dieser Anhörung

gefallen sind, über den Druck, dem die Kirchen sich ausgesetzt sehen, eine ganze Reihe ihrer Einrichtungen zu schließen. Die kleineren Träger haben deutlich gemacht, was das für sie bedeutet. Wir werden, wenn dieses Gesetz Wirklichkeit wird und seine Wirkung entfaltet, eine ganze Reihe von Trägern verlieren. Trägervielfalt ist für Eltern, die wirklich Nachfragemacht haben wollen, die auswählen wollen, aber unverzichtbar. Sie vernichten hier einen Schatz, den diese Stadt hat.

(Beifall bei der SPD)

Fünftens: Auswirkungen auf die Mitarbeiter. 20 Prozent, vielleicht 25 Prozent der Arbeitsplätze stehen in diesem Bereich zur Disposition. Die Bezahlung wird für sehr viele schlechter werden. Die Arbeit wird verdichtet werden. Bei Neueinstellungen – wenn es die denn gibt – wird es Zeitverträge und Teilzeitverträge geben. Das werden die konkreten Auswirkungen bei tausenden von Frauenarbeitsplätzen sein.

(Doris Mandel SPD: Frauen interessieren die ja nicht!)

Das ist bei der Anhörung von jedem Träger so geschildert und von keinem bestritten worden.

Sechstens: Auswirkungen auf die, um die es hierbei wirklich geht: Kinder und Eltern. Die werden mit massiven Qualitätsverschlechterungen, Gruppenvergrößerungen, Betreuungsveränderungen fertig werden müssen. Die reale Lebenswelt der Kinder in dieser Stadt erfordert das genaue Gegenteil und Sie wissen, dass eigentlich das genaue Gegenteil erforderlich ist.

Und, Frau Senatorin, dieser Satz, den Sie da gesagt haben, es ginge hier um Kinder und nicht um Mitarbeiter, das ist der billige Versuch, zwei Interessen gegeneinander auszuspielen. Die Eltern wissen, dass mit schlechter bezahlten, schlechter ausgebildeten Mitarbeitern und weniger Betreuung eine gute Arbeit für ihre Kinder nicht möglich ist und dieses Ausspielen wird nicht funktionieren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn mir einer vor eineinhalb Jahren gesagt hätte, das Chaos, das Senator Lange angerichtet hat, der Frust, der Ärger, der Zorn, die Angst wären noch zu toppen, hätte ich gesagt, das sei unmöglich. Frau Senatorin, Sie sind dabei auf dem besten Weg, dieses noch zu toppen, und zwar völlig anders als Senator Lange.

(Beifall bei der SPD)

Der war zwar guten Willens, es war aber ein Chaot. Sie sind völlig anders. Sie sind kühl, Sie sind kalkulierend, Sie haben unleugbar eine gewisse Effizienz beim Umsetzen der Vorgaben, die Ihnen der Finanzsenator macht.

(Petra Brinkmann SPD: So ist es!)

Frau Senatorin, eine wirkliche Anwältin von Kindern aber würde völlig anders handeln.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Letzter Punkt. Kollege Weinberg und alle anderen in der CDU-Fraktion! Ich sehe das ja, ich bekomme Ihre inhaltlichen Positionen mit, ich erlebe Sie bei Auftritten, ich sehe das Dilemma, in dem Sie sind und sehe, wie der Spagat wehtut, auf der einen Seite die Politik des Senates zu stützen – Sie sind ja schließlich die den Senat tragende Partei –, und auf der anderen Seite möchten Sie sich,

C

D

- A wenn Sie in den Spiegel gucken, fachlich auch noch wiedererkennen. Ihr Dilemma sehe ich. Gerade wenn man Regierungspartei ist, Kollege Weinberg, gibt es aber Situationen, da braucht man als Abgeordneter nicht nur eine Wirbelsäule, da braucht man Rückgrat.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Jetzt hat Frau Blömeke das Wort.

Christiane Blömeke GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Senatorin, auch wenn Ihr Tonfall sehr beschwörend, fast beruhigend, fast hypnotisierend war, um uns weiszumachen,

(Michael Neumann SPD: Einschläfernd! – Gegenruf von *Bernd Reinert CDU*: Nein, überzeugend!)

– einschläfernd würde ich es nicht bezeichnen –, welche Vorteile wir von diesem Einführungsgesetz haben, können Sie inhaltlich dennoch nicht überzeugen.

Ich hatte bei einigen Ihrer Äußerungen fast das Gefühl – ähnlich wie bei der heftigen Frauenhausdebatte, die wir vorhin geführt haben –, dass es an der Realität vorbeigeht oder vielmehr, dass Sie die Realität so drehen, dass es passend ist. Das kann ich bei einigen Punkten nicht stehen lassen.

Sie haben gesagt, die Qualität hänge nicht vom Personalschlüssel ab. Natürlich tut sie das. Wovon soll sie sonst abhängen? Nur von der Raumgröße oder davon, wie eine Kita ausgestattet ist, mit den besten Möbeln? Nein, sie hängt im Wesentlichen, eigentlich ausschließlich nur von dem Personalschlüssel ab. Wer je schon einmal mit Kindern gearbeitet hat – und ich habe es getan –, weiß, was es bedeutet, wenn dort 20 Kinder sind und zwei Erzieherinnen. Wenn aber demnächst durch diese Verordnung – und ich weiß, Sie reden noch und es kann noch etwas ganz anderes dabei herauskommen –, wirklich nur eine Erzieherin und 23 Kinder da sind, dann kann genau das alles nicht umgesetzt werden, was Sie gerade in gewisser Weise vorbildlich dargestellt haben, was Ihre Kindertagesbetreuung leisten soll. Das geht einfach nicht.

Ein weiterer Punkt. Sie haben gesagt, dass eine verantwortliche Kindertagesbetreuung auf die Zukunft achtet. Das ist richtig, Frau Senatorin Schnieber-Jastram, aber das passt nicht zu diesen extremen Sparmodellen, die Sie hier einführen wollen, denn das, was Sie jetzt in der Kindertagesbetreuung einsparen, werden die Jugendhilfefälle von morgen sein. Würden Sie wirklich so weitsichtig in die Zukunft planen, wie Sie es gesagt haben, dann würden Sie uns allen viele, viele Kosten ersparen. Sie würden uns unter Umständen die geschlossene Unterbringung ersparen, weil wir all diese Kinder schon frühzeitig und rechtzeitig in einer Kita auffangen können, die eben mit einem ausreichenden Personalschlüssel hier vorhanden ist.

(Unruhe im Hause)

Ja, ich warte einen Moment. Das ist ja manchmal ganz hilfreich bis Sie sich dann wieder gefasst haben.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Machen Sie doch mal weiter!)

Lassen Sie mich noch zu einem Vergleich kommen. Frau Senatorin, Sie führen immer wieder die anderen Bundesländer an und dass Sie die Standards angleichen wollen.

Das kann so auch nicht ganz stimmen, denn es ist Ihnen sicherlich auch bekannt, dass gerade der Personalschlüssel in anderen Bundesländern viel besser ist als der in Hamburg. Ich möchte da Berlin anführen. Berlin hat einen wesentlich besseren Personalschlüssel als Hamburg und der Vergleich mit den anderen Bundesländern hinkt, genauso wie wir es vorhin in der Debatte hatten.

(*Bernd Reinert CDU*: Berlin lebt von Hamburger Steuergeldern!)

Es wird so zurecht gedreht, dass es irgendwo passend ist.

(*Thomas Böwer SPD*: Was Berlin angeht, da müssen Sie sich leider verbessern!)

Eine letzte Mitteilung noch, was die Bildungsempfehlung angeht. Dieses Thema wollen wir hier jetzt nicht groß rühmen. Es ist schön, wenn wir die Bildungsempfehlung angehen. Sie soll natürlich auch umgesetzt werden, aber dieses Thema haben wir ausreichend kritisiert. Wenn wir in Hamburg zu dem Zustand kommen, wie es im Moment ist, dass zwei verschiedene Bildungspläne für Vorschulen und Kitas erarbeitet werden für Kinder im Vorschulalter, dann kann ich mich damit nicht hinstellen, Frau Senatorin, und mich rühmen, denn das ist nicht das Ziel, was wir unter vorschulischer Bildung verstehen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Abschließend lassen Sie mich feststellen: Dieses ganze Einführungsgesetz ist so überflüssig wie ein Kropf. Wenn Sie die Vereinbarung wirklich so hoch hängen, was Sie hier immer wieder beteuern, dann ist es mir unbegreiflich, warum Sie als einzige Senatorin das nicht schaffen sollen, wo es – ich erwähnte es vorhin – jahrzehntelang andere Senatorinnen vor Ihnen geschafft haben. Warum Sie nicht, Frau Senatorin?

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort hat Herr Weinberg.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Bauchschmerzen! – *Thomas Böwer SPD*: Mach mal den Kragen zu!)

Marcus Weinberg CDU: – Ich möchte immer gut für Herrn Böwer aussehen.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Leider gestattet die Zeit mir nur einige Einlassungen. Herr Schulz, Ihre sechs Punkte hätte ich gerne ausführlich beantwortet. Natürlich haben Sie immer ein nachfrageorientiertes System unterstützt. Aber Sie haben konkret dieses Gutscheinsystem, das jetzt die positiven Ergebnisse erzielt, nicht mit unterstützt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Zweiter Punkt. Sie haben erwähnt und ermahnt, dass wir die Vielfalt der Träger gefährden würden. Ich darf daran erinnern, dass ein zentraler Punkt im Gutscheinsystem – auch ein zentraler Punkt der höheren Kosten – war, dass die Leitungswochenstunden massiv erhöht wurden, dass nämlich kleine Träger jetzt mehr die Möglichkeit haben, Bildungselemente zu verankern. Das war ein Schutz gerade der kleinen Träger mit diesem Gutscheinsystem und das war auch richtig so. Das bestätigen uns die Träger auch ganz offen.

A (Dr. Andrea Hilgers SPD: Ja, und nun!)

Nächster Punkt. Ich möchte nicht daran erinnern, wie das früher mit der Vereinigung war, als das – und jetzt achten Sie bitte auf den Begriff – zu Ihrer Zeit alles von oben verordnet wurde. Da war das nämlich etwas anders. Da gab es gewisse Träger – ich erinnere an die Diskussion mit der Vereinigung –, wo Pauschalen auch festgelegt wurden.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Herr Weinberg, entschuldigen Sie bitte die Unterbrechung, aber mein strenger Blick, als Frau Blömeke eben gesprochen hat, hat offenbar nicht gereicht. Mir ist es hier zu laut.

(Thomas Böwer SPD: Aber wir müssen auf die Kleiderordnung achten!)

Reduzieren Sie bitte Ihren Geräuschpegel. Herr Weinberg, fahren Sie fort.

Marcus Weinberg (fortfahrend): Sie hatten sich auch noch über die Entlassungen eingelassen. Das ist auch einer dieser Widersprüche. Man investiert mehr Geld – von 300 Millionen Euro auf 347 Millionen Euro –, kein Kind wird mehr betreut und es werden Mitarbeiter entlassen. Das ist tatsächlich ein Widerspruch, der bis heute noch unaufgeklärt ist. Den hat allerdings nicht die Politik oder die Behörde verursacht.

B Zu den letzten beiden Punkten, Frau Blömeke. Sie haben gesagt, die Finanzierbarkeit sei gar nicht mehr möglich, wenn das denn umgesetzt wird. Ich darf daran erinnern, im Jahr 2002, 2003 und zu Ihrer Zeit lag die Kindertagesbetreuung in der Finanzierung bei ungefähr 300 Millionen Euro. Ist sie denn damals zusammengebrochen? Ist sie auch nicht.

Letzter Punkt. Wir haben nie gesagt, dass wir die Elternbeiträge erhöhen. Wir haben immer gesagt, dass wir eine neue Struktur der Elternbeiträge entwickeln wollen. Das ist richtig.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Ah, ja!)

Wenn ich dem Vorwurf von Frau Blömeke folge, die sagte, wenn Sie die Elternbeiträge erhöhen, ist das eine familienfeindliche Politik. Dann, Frau Blömeke, erinnere ich Sie nur daran, dass wir die Elternbeiträge um 7 Millionen Euro gesenkt haben. Daraus schließe ich, dass es zu Ihrer Zeit eine familienfeindliche Politik war.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Blömeke, Sie haben das Wort.

Christiane Blömeke GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich muss in dieser Sache noch einmal etwas klarstellen, denn das könnte in den falschen Hals kommen. Ich habe nicht über Elternbeiträge gesprochen. Ich habe mich in meinen Ausführungen – da haben Sie vielleicht nicht zugehört – auf die Empfehlung des letzten Gutachtens bezogen, was wir in der Expertenanhörung von Dr. Hammerstein vorgestellt bekommen haben. Damit die Stadt Finanzen einspart, wird dort vorgeschlagen, die so genannte Kostenerstattung pro Platz zu reduzieren, die Elternbeiträge zunächst unverändert zu lassen

und diese Differenz, die da dann klafft, denn ein Kita-Platz ist wahrhaftig teurer als die dann reduzierte Kostenerstattung der Stadt, sollen sich die Kita-Träger bei den Eltern wieder reinholen. Jetzt können Sie sagen, de facto sind das die Elternbeiträge, richtig ausgedrückt sind sie es nicht, aber die Eltern werden herangezogen, um diese Mehrkosten zu tragen. Das wollte ich hier noch einmal ganz klarstellen.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und Beifall bei Dr. Andrea Hilgers SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Die SPD-Fraktion hat gemäß Paragraph 36 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung eine namentliche Abstimmung beantragt. Der Abgeordnete Harald Krüger hat mir mitgeteilt, dass er an der Abstimmung nicht teilnehmen wird, da er befangen ist.

Frau Thomas und Frau Martens werden Sie jetzt gleich in alphabetischer Reihenfolge aufrufen. Wenn Sie das Einführungsgesetz zum Hamburger Kinderbetreuungsgesetz in zweiter Lesung annehmen möchten, antworten Sie bitte mit Ja, wenn Sie es ablehnen wollen, mit Nein, und wenn Sie sich enthalten möchten, antworten Sie bitte mit Enthaltung und das möglichst klar und deutlich, damit Frau Thomas und Frau Martens das verstehen. Ich darf nun Frau Thomas bitten, mit dem Namensaufruf anzufangen.

Herr Dobritz hat mir gerade mitgeteilt, er werde auch nicht an der Abstimmung teilnehmen. Gibt es noch weitere Abgeordnete? – Das ist nicht der Fall. Frau Thomas, bitte.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen.)

Ist ein Mitglied der Bürgerschaft nicht aufgerufen worden? – Es sind alle aufgerufen worden. Dann erkläre ich die Abstimmung für geschlossen.

Meine Damen und Herren! Das Abstimmungsergebnis wird nun ermittelt und Ihnen in wenigen Minuten mitgeteilt. Ich unterbreche die Sitzung für fünf Minuten.

Unterbrechung: 18.25 Uhr

Wiederbeginn: 18.29 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, an Ihre Plätze zurückzukehren. Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Bei der Abstimmung über das Einführungsgesetz zum Hamburger Kinderbetreuungsgesetz in zweiter Lesung gab es 60 Ja-Stimmen, 56 Nein-Stimmen und keine Enthaltungen. Damit wurde das Gesetz auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen. *

(Beifall bei der CDU)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 48 auf, Drucksache 18/1031, Antrag der GAL-Fraktion: Keine Genehmigung für die Strompreiserhöhungen der HEW.

* Einzelergebnisse siehe Seite 683

**A [Antrag der Fraktion der GAL:
Keine Genehmigung für die Strompreiserhöhungen
der HEW – Drucksache 18/1031 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Wirtschaftsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Maaß, Sie haben das Wort.

Christian Maaß GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Hamburgischen Electricitäts-Werke beabsichtigen, ihre Tarifpreise zum 1. Januar 2005 um satte 4 Prozent bis 6 Prozent zu erhöhen. Man möchte sagen "schon wieder", denn die letzte Preiserhöhung liegt nun wirklich noch nicht lange zurück und schlägt sich in den Portmonees der Verbraucherinnen und Verbraucher in Hamburg immer noch nicht ganz unwesentlich nieder.

Aber wir müssen jetzt hier nicht nur klagen und jammern und das als Verbraucher bedauern, nein, die Politik und der Senat in diesem Fall kann und muss handeln.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Herr Maaß, eine kurze Unterbrechung. Auch die wenigen Abgeordneten, die hier sind, verursachen noch einen erheblichen Lärm. Ich bitte Sie, sich zu entscheiden, ob Sie sich wieder hinsetzen wollen oder vielleicht draußen ihre Gespräche fortführen. – Herr Maaß, bitte.

Christian Maaß (fortfahrend): Der Senat kann handeln und er muss handeln,

(Dr. Andreas Mattner CDU: Seit einem Jahr!)

B denn ein Missbrauch des Quasi-Monopols, das die HEW in Hamburg haben, ist dadurch zu verhindern, dass auf der Basis der Genehmigungspflicht, die nach der Bundesstarifordnung Elektrizität beim Senat liegt, hier die Strompreiserhöhung zu verweigern ist.

Nach dieser Vorschrift müssen die HEW nachweisen, dass die Tarifierhöhung erforderlich ist. Die Erforderlichkeit ist zentraler Bestandteil der Prüfung. Es besteht hier ein relativ weiter Prüfungsspielraum, sodass der Senat sich nicht damit herausreden kann, er dürfe nur nachrechnen, nein, es geht tatsächlich um die Erforderlichkeit. Auf diese Erforderlichkeit möchte ich später noch im Einzelnen eingehen, denn man wird schon beim groben Überschlag der Marktlage dazu kommen können, dass die Strompreise in Deutschland und insbesondere in Hamburg eindeutig zu hoch sind und dass hier ein Marktmissbrauch vorliegt.

Der Bund der Energieverbraucher hat errechnet, dass der durchschnittliche deutsche Energieverbraucher bereits im Jahre 2003 für Stromgebühren 120 Euro mehr abgeführt hat, als tatsächliche Kosten bei den Energieversorgern entstanden waren. In Deutschland liegen wir im EU-Vergleich ganz oben. Das trifft auch für die HEW in Hamburg zu. Wir sind in Bezug auf die Strompreise ein Hochpreisland. Das betrifft nicht nur die Industrie- – dazu hat es, angestoßen von Herrn Dr. Marnette, eine breite Debatte gegeben –, sondern auch die Verbraucherstrompreise.

Warum sind gerade in Deutschland die Strompreise für die Verbraucher so hoch? Auf die einzelnen Begründungen der Energiekonzerne werde ich noch eingehen. Da lässt sich ein Umstand als besonders einleuchtend heranziehen, und zwar hat es in Deutschland bisher – zu-

mindest noch nicht auf zentraler Ebene – noch keine strengen staatlichen Regulierungen der Preispolitik der Energieversorgungsunternehmen gegeben. Das wird sich durch das Energiewirtschaftsgesetz, das, wie Sie wissen, gerade in der Diskussion ist, glücklicherweise ändern.

Man muss den Eindruck gewinnen, dass die HEW die Situation der fehlenden Regulierung nur noch einmal ausnutzen wollen. Es geht den HEW darum, in einer Situation, in der es keine vernünftige Regulierung in Deutschland gibt, einen kräftigen Schluck aus der Strompreispulle zu nehmen, und das auf Kosten und zulasten der hamburgischen Verbraucherinnen und Verbraucher. Das darf nicht sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der GAL und bei Dr. Monika Schaal sowie Hans-Christoff Dees, beide SPD)

Wir sollten in einem kleinen Exkurs auf die Wasserprivatisierung eingehen, die auch immer noch im Gespräch ist. Lassen Sie uns hieraus doch eine Lehre ziehen. Hier haben wir tatsächlich einen Fall, in dem es ein Monopol und einen Marktmissbrauch gibt. Ein solches natürliches Monopol, wie es bei den Wasserwerken auch besteht, würde zwangsläufig zum Missbrauch führen und alleine schon deswegen muss eine solche Privatisierung ausscheiden.

Auch beim Strommarkt handelt es sich um einen Monopolmissbrauch. Die HEW oder die Stromversorger allgemein sind sehr kreativ, wenn es um die Begründungen für die neuerliche Strompreiserhöhung geht, die, wenn man sie sich im Einzelnen ansieht, aus unserer Sicht allesamt vorgeschoben sind.

D Zuerst wird das plausibelste Argument genannt, der Anstieg der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt sei der Grund für eine Strompreiserhöhung von 4 Prozent bis 6 Prozent. Nun muss man erst einmal sehen, dass die Steinkohle, die hauptsächlich von Preissteigerungen betroffen ist, den Strommarkt allenfalls zu einem Drittel beliefert und die anderen zwei Drittel durch andere Energieträger erzeugt werden, sodass sich dieser Anstieg alleine schon dadurch relativiert. Dazu kommen natürlich noch die anderen Entstehungskosten für Strom; es sind nicht allein die Rohstoffpreise, die den Preis bestimmen. Selbst wenn man gutwillig wäre und diese Rohstoffpreise mit einrechnen würde, dann käme man auf eine vielleicht gerechtfertigte Erhöhung, die sich im Promillebereich abspielt, aber keinesfalls im Bereich von 4 Prozent bis 6 Prozent. Solange wir in Deutschland ein generelles Strompreinsniveau haben, bei dem man von einem Marktmissbrauch ausgehen muss, kann man nicht die gestiegenen Rohstoffpreise dafür zur Begründung nehmen, dass man jetzt noch einmal von diesem sowieso viel zu hohen Niveau nach oben geht. Das Argument ist dann nur noch vorgeschoben.

Der zweite Grund, der für die Strompreiserhöhung genannt wird, ist Lieblingsfeind von dieser Seite des Hauses: die Windkraft, die Einspeisevergütung. Damit würde der Preis nach oben getrieben, heißt es, das sei ganz schlimm. Aber die Vergütung für die Einspeisung von Windenergie ist in diesem Jahr sogar gesenkt worden. Die tatsächlich angefallenen Kosten für Windenergie liegen gegenwärtig um circa 11 Cent pro Kilowattstunde niedriger, als sie letztlich auf die Verbraucher umgelegt werden, und den Versorgungsunternehmen brachte das allein im Jahr 2003 einen ungerechtfertigten Zugewinn von circa 500 Millionen Euro. Das heißt, dieser pawlow-

- A sche Reflex, Windenergie sei an allem Schuld, ist letztlich sachlich nicht gerechtfertigt.

(Beifall bei der GAL)

Auch das Argument der Instandhaltungskosten des Stromnetzes, das auch immer wieder vorgebracht wird, kann uns letztlich nicht überzeugen, denn sie sind durch die aktuellen Tarife überobligatorisch abgedeckt. Die gesamte Branche hat im letzten Jahr 2 Milliarden Euro in Maßnahmen zur Instandhaltung des Stromnetzes gesteckt, aber sie hat über 10 Milliarden Euro an Gebühren eingenommen. Nicht ohne Grund – das ist auch ein Indiz dafür, dass Marktmissbrauch vorliegt – verzeichneten die Versorgungsunternehmen allein im letzten Jahr Gewinnzuwachsrate von bis zu 30 Prozent.

Auch die gestiegenen Netznutzungsgebühren als Rechtfertigung für Preiserhöhungen zu nennen, sind ein richtig schöner Zirkelschluss. Die Netze sind bekanntlich in der Hand der Marktmonopolisten. Da wird gesagt, die Verbraucherpreise müssten erhöht werden, weil so hohe Durchleitungsgebühren und Netznutzungsgebühren genommen werden. Das heißt, man begründet sich sozusagen seine eigene Abzocke beim Verbraucher dadurch, dass sich die Versorger untereinander gegenseitig abzocken und Wegelagererei betreiben. Wenn das herangezogen wird, ist das wirklich absurd.

(Beifall bei der GAL)

Schließlich noch ein Argument, das hamburgspezifisch ist. Wir mussten in Hamburg nach der Privatisierung der HEW zur Kenntnis nehmen, dass die HEW durch Personalabbau Kosten reduziert haben. Das hat Arbeitsplätze gekostet, das hat wehgetan. Nun sollte man denken, dass diese veränderte Kostenstruktur wenigstens an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben wird. Aber das Gegenteil ist der Fall, die Preise steigen. Deswegen kann hier die Begründung der Kostenentwicklung nicht herangezogen werden.

B

Den letzten Lieblingsfeind darf ich natürlich auch nicht vergessen: Die Steuerlast als Begründung für neuerliche Strompreiserhöhungen, die Ökosteuer, die auch immer irgendwie an allem Schuld ist. Auch das kann letztlich nicht überzeugen, denn der Steueranteil am Strompreis beträgt zwar rund 40 Prozent, aber die betreffenden Steuern, insbesondere die Ökosteuer, sind im letzten Jahr nicht gestiegen und ebenso wenig ist eine Erhöhung der Ökosteuer für 2005 angekündigt. Sogar Herr Marnette, der unverdächtig ist, uns zu nahe zu stehen, sagt, dass für die Steigerung der Strompreise nun wirklich nicht die Ökologie und die Grünen zur Verantwortung zu ziehen sind. Daran können Sie sehen, dass jemand, der Ihnen nahe steht, sagt, hier liegt nichts anderes als Abzocke durch die Stromunternehmen vor.

(Beifall bei der GAL)

Wenn man alles durchprüft, dann muss das bedeuten, dass eine Strompreissteigerung nicht gerechtfertigt ist. Für die Verbraucher muss das bedeuten, dass sie sich überlegen sollten, ob sie ihren Stromanbieter wechseln. Wer das noch nicht getan hat, dem sollte diese Strompreiserhöhung Anlass sein, sich das noch einmal zu überlegen.

Aber nicht alle Verbraucherinnen und Verbraucher sind so mobil. Nicht alle haben sofort neue Telekommunikationsdienstleister, neue Stromdienstleister, sondern es gibt

da eine gewisse Trägheit. Genau für solche Fälle gibt es eine Preisaufsicht, damit die Marktmacht nicht missbraucht wird. Wann, wenn nicht jetzt, soll diese Preisaufsicht überhaupt einmal eingreifen? Wozu bezahlt der Senat Beamte, die prüfen sollen, ob Preiserhöhungen gerechtfertigt sind? Er bezahlt sie, damit sie einschreiten, wenn Marktmissbrauch vorliegt. Genau das scheint hier wirklich der Fall zu sein. Deswegen fordern wir den Senat mit unserem Antrag auf, hier endlich einzuschreiten und diese ungerechtfertigte Strompreiserhöhung nicht zu genehmigen.

C

(Beifall bei der GAL und bei *Dr. Monika Schaal* sowie *Hans-Christoff Dees*, beide SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Dr. Mattner hat das Wort.

Dr. Andreas Mattner CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es drängt sich hier schon ein wenig der Eindruck auf, dass uns die GAL mit ihrem Antrag vor dem schützen will, was Herr Trittin mit seiner Energiepolitik in Berlin verursacht hat. Wie immer im Leben ist es so, man muss das Problem bei den Ursachen bekämpfen und nicht bei den Auswirkungen.

Dass die Kollegen von der GAL in Wahrheit das ganze Ausmaß des Problems kennen, wird schon am Antragsaufbau sehr augenfällig. Gleich sieben Punkte werden aufgeführt – in vorweggenommener Replik –, welche Ursachen angeblich nicht für die Strompreiserhöhung in Betracht kommen. Dann macht man schnell am Ende der Erzeugerkette einen Schuldigen aus. Das ist in diesem Fall die HEW. Das ist mir zu einfach.

D

Natürlich sind die Strompreiserhöhungen zu hoch und zu kritisieren. Sie betragen im Übrigen 4,4 Prozent für private und 5,9 Prozent für Gewerbekunden. Ich werde nachher im Rahmen der Debatte über die Große Anfrage zur Energiepolitik noch im Einzelnen darauf eingehen.

(*Dr. Monika Schaal* SPD: Das sieht aber Herr Marnette ganz anders!)

Die Industriestrompreise sind von 1998 bis 2000 aufgrund der Liberalisierung des Marktes sogar noch gesunken und steigen seitdem wieder. Die Höhe von 1998 haben sie noch nicht erreicht; anders allerdings, das müssen wir auch sehen, die Privathaushalte, hier sind sie schon höher.

Allerdings ist mir irgendwie entfallen, wer die HEW privatisiert hat. Herr Maaß wird das bestimmt noch erinnern.

(*Uwe Grund* SPD: Die Privatwirtschaft macht alles besser und günstiger!)

Alle sind betroffen, die Verbraucher und die Wirtschaft. Das hat aber verschiedene Ursachen. Schauen wir uns die zwei Punkte aus dem GAL-Antrag an, also die Feindbilder von Herrn Maaß, wie wir eben hören konnten. Es steht dort, die Steuerlast rechtfertige keine Preiserhöhung. Wie die Wahrheit aussieht, wissen wir, wenn wir überhaupt alle Energieformen betrachten. Der staatliche Anteil an den Kosten für Benzin liegt heute bei 70 Prozent, beim Strom bei 40 Prozent, beim Gas bei 30 Prozent. Seit 1998 sind die Abgaben für Strom um fast 70 Prozent gestiegen. Ich will Ihnen das an einzelnen Zahlenwerten deutlich machen.

A (Christian Maaß GAL: Es geht um das letzte Jahr, Herr Mattner!)

– Es geht um die Entwicklung, Herr Maaß, denn die müssen Sie sehen, sonst wird insgesamt nicht deutlich, wie die Liberalisierung sich ausgewirkt hat und über welche Probleme wir uns jetzt unterhalten.

Die Steuerlast betrug 1998 4,4 Milliarden Euro. Das setzt sich zusammen aus 2,1 Milliarden Euro für die Mehrwertsteuer, damals noch 0,3 Milliarden Euro für das Erneuerbare-Energien-Gesetz, 2,0 Milliarden Euro für die Konzessionsabgabe. Jetzt betrachten wir 2004. Es sind schon 14,9 Milliarden Euro: 3,1 Milliarden Euro für die Mehrwertsteuer, 2,3 Milliarden Euro für das Erneuerbare-Energien-Gesetz, 2,2 Millionen Euro für die Konzessionsabgabe, 0,7 Millionen Euro für die Kraft-Wärme-Kopplung und 6,6 Milliarden Euro für die Stromsteuer. Das ist schon enorm.

Im europäischen Vergleich, den Sie vorhin versucht haben vorzunehmen, ist der Steueranteil an den Stromkosten privater Haushalte der zweithöchste, Herr Maaß.

Eine weitere GAL-These, die wir eben hörten, ist, die Windenergie rechtfertige keine Preiserhöhung. Um Irrtümern vorzubeugen, ich bin kein Freund von Feindbildern, auch aus Wirtschaftssicht müssen erneuerbare Energien und die Windkraft Teil unseres Energiemixes sein, das ist nicht zweifelhaft, aber der absolute Vorrang der Windenergie führt in die Sackgasse. Deutschland nimmt bei der Windenergie weltweit mit größtem Abstand den ersten Platz ein. Dafür, dass Gründe der CO₂-Vermeidung nicht erkennbar und schon gar nicht in der Windenergie lokalisierbar sind, ist der deutsche Anteil und damit verbundenen Kosten auffällig hoch.

B

Die gesetzliche Quelle ist bekanntlich das Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien und das führte im Jahr 2003 zu einer Mehrbelastung von 1,9 Milliarden Euro. 2004 sind es 2,34 Milliarden Euro und bis 2013 werden es 5 Milliarden Euro sein. Dann müssen wir diese Kosten noch im Kontext der staatlichen Aufwendungen für die Windenergie sehen. Erste Ergebnisse einer von der Deutschen Energieagentur (Tritin) beauftragten Studie prognostizierten 18 Milliarden Euro bis 2020. Das hat den Auftraggeber so erschreckt, dass jetzt diese Kosten und die Studie bestritten werden. Das Problem liegt auf der Hand. Wegen der Windschwankung muss praktisch hinter jedem Windkraftwerk ein konventionelles herfahren

(Christa Goetsch GAL: Das ist richtiger Quatsch, was Sie da erzählen!)

und das verteuert natürlich die Energiekosten.

Maßnahmen zur Windradverbesserung sind tendenziell günstiger als Investitionen in erneuerbare Energien.

Ich weiß nicht, ob von Ihnen der Einwand kam, hier wurde beispielsweise Herr Dr. Marnette als Zeitzeuge angeführt. Fragen Sie, ob er das nicht genauso sieht. Aber wahrscheinlich sagen Sie dann, das glauben wir ihm nicht.

Hinzu kommt die Wettbewerbsverzerrung durch die hohe Subventionierung der Windenergie. Es werden an Anleger bis zu 20 Prozent Rendite gezahlt, gewährt durch einen vorweg garantierten Erfolg. Das ist schon skurril.

Ferner sind die Kosten durch die Abnahmeverpflichtung und die Umwälzung hoch. Die Windenergie muss sich

daher künftig stärker dem Wettbewerb stellen. Nur am Rande sei noch zur GAL-Argumentation Folgendes erwähnt: Ursache für die Strompreiserhöhung sei nicht, dass die Börsenstrompreise Schwankungen unterlagen, sondern dass von 2000 bis 2004 die Kosten für Öl von 80 Euro auf 100 Euro und für Kesselkohle von 80 Euro auf 160 Euro gestiegen sind, also alles Kosten, die damit im Zusammenhang stehen.

Damit sind fast alle Punkte des GAL-Antrags so genannte Fremdleistungen, also Fremdkosten, die die HEW einkauft und nicht beeinflussen kann. Sie helfen uns also für die Argumentation nicht weiter.

Alle Bundesländer und die Fraktionen in Berlin sehen den Ansatz im Übrigen auch nicht am Ende der Erzeugerkette, sondern bundesweit. Das Stichwort "Stromregulierung" ist hier schon im Ansatz gefallen. In Berlin streitet man sich aber schon lange, ich glaube, über ein Jahr – das hat uns Herr Maaß aus gutem Grund verschwiegen – über den Gesetzentwurf, und zwar vor allen Dingen in der Koalition.

Es ist ein schwerer Rückschlag für Wirtschaftsminister Clement – so haben alle Zeitungen geschrieben –, dass dies noch nicht geregelt ist. Ich glaube, gestern war dazu die letzte Krisensitzung. Das heißt, meine Damen und Herren, Grüne und SPD sind sich dort nicht grün. Das hat mit der CDU überhaupt nichts zu tun. Im Gegenteil. Wie man auch in heutigen Zeitungen wieder lesen kann, sympathisieren in dem Fall die Grünen sogar mit der CDU. Das ist ungeheuerlich.

Ich gehe davon aus, dass die Regulierung aber kommen wird, ob als ex ante oder ex post mag dahingestellt sein, und wir werden dann natürlich ein Regulativ haben.

All das gehört natürlich noch zu einer umfassenderen Analyse, die wir in der Folgedebatte behandeln können. Daran wird sich der Wirtschaftsausschuss unter Zuladung der Umweltkollegen in einer Expertenrunde beteiligen können. So haben wir das in der letzten Woche auf Antrag der CDU-Fraktion einstimmig beschlossen. Dort werden wir uns im Übrigen auch von der HEW detailliert die Erhöhung der Kosten rechtfertigen lassen. Dann schauen wir weiter.

Die CDU-Fraktion möchte damit im Übrigen auch der Energiepolitik einen noch größeren Stellenwert im Parlament geben. Parallel dazu wird die Wirtschaftsbehörde noch ihre Bewertung im Rahmen des Verfahrens abschließen. Auch diese Erkenntnisse, die, wie wir wissen, noch gar nicht abschließend vorliegen, sind für die Beratung erforderlich. Aus dem Grund werden wir den GAL-Antrag als Teilaspekt der Gesamtdebatte um die Energiepolitik an den Wirtschaftsausschuss überweisen und dort gemeinsam unter anderem mit der Großen Anfrage debattieren. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Dr. Schaal, Sie haben das Wort.

Dr. Monika Schaal SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Mattner, ich finde es erschreckend, auf welchem Low-Level-Niveau sich Ihr Kenntnisstand befindet.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL – Oh-Rufe bei der CDU)

C

D

- A Sie haben sich Ihre Rede offensichtlich von interessierter Seite vorschreiben lassen, aber das ist ja Ihr gutes Recht. Aber unser gutes Recht in der Opposition und auch gegenüber den Stromverbrauchern ist es, ein bisschen mehr Transparenz in die Preisgeschichte hineinzubringen.

Für die Genehmigung der von der HEW beantragten Stromerhöhung gibt es keine Rechtfertigung. Das hat Kollege Maaß bereits zutreffend dargelegt. Die öffentlich vorgetragenen Begründungen, die Sie zitiert haben, kann man im Internet nachlesen, aber sie sind nicht überzeugend.

Kommen wir zu den Kosten der Windenergie. Windenergie belastet den Stromverbraucher mit 0,4 Cent pro Kilowattstunde. Dann können Sie nicht von dem großen Sprung reden. Außerdem hat Herr Maaß bereits darauf hingewiesen, dass die Kosten für die Windenergie aufgrund des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes zurückgegangen sind. Den Mechanismus sollten Sie sich vielleicht einmal angucken, Herr Dr. Matter. Sie sollten auch wissen, dass die Kernenergie erhebliche Mengen an Geld verschlungen hat. Seit 1957 sind über 400 Milliarden Euro in die Atomenergie geflossen. Das müssen Sie auch mitrechnen, wenn Sie über die Subventionen von einzelnen Energieformen reden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es liegt hier der Verdacht nahe, dass HEW/Vattenfall genau wie RWE, wie E.ON und EnBW noch einmal kräftig in die Preispulle gelangt hat, bevor die Regulierungsbehörde kommt und arbeiten kann. Denn nur die kann den Preiswildwuchs durchforsten und entsprechend ausholzen.

B

Niemand will den HEW einen angemessenen Gewinn streitig machen. Wir wollen nicht, dass es bei uns so ist wie in den USA und in Italien, dass die Netze die Belastung nicht mehr tragen können, die Kraftwerke ausfallen und alle im Dunkeln sitzen. Natürlich soll ein Unternehmen auch in der Lage sein, seine Investitionen dafür vorzunehmen und auch in den Umweltschutz und Klimaschutz zu investieren. Ich will auch ausdrücklich nicht das Sponsoring des Unternehmens im Sport, im Umweltbereich und im Medienbereich klein reden. Es soll auch nicht verschwiegen werden, dass die HEW eine Konzessionsabgabe in Höhe von über 89 Millionen Euro in den Hamburger Haushalt zahlt. Das ist eine gewaltige Leistung und ein großer Anteil des Finanzierungsvolumens. Aber es gibt schon einen Unterschied zwischen einer angemessenen und einer unangemessenen Preiserhöhung. Es muss nicht sein, dass die HEW sich jetzt plötzlich ihr Stromnetz noch einmal bezahlen lassen, und es muss auch nicht sein, dass sie sich die Kraftwerke noch zweimal bezahlen lassen. Das darf der Senat nicht mitmachen. Ich bin erstaunt, der Senat ist offensichtlich für Energie bei Herrn Nagel verortet.

Wir fordern den Senat auf, die beantragte Tarifierhöhung der HEW abzulehnen und vor allen Dingen Transparenz im Preisgefüge zu schaffen. Die Tarifstruktur selbst ist bei nur drei Tarifen ziemlich undurchschaubar. Warum ist zum Beispiel die Erhöhung des neuen Tarifs "Classic" genehmigungspflichtig, die Erhöhung von über 6 Prozent beim Tarif "Future", der übrigens billiger ist als "Classic", nicht genehmigungsfähig? Wenn "Classic" zum Beispiel mit 17 Cent teurer ist und man ihn jetzt noch einmal über 6 Prozent erhöht, würde dieser von den meisten Ham-

burgern gewählte Tarif teurer sein als der Öko-Tarif für ein "newpower" bei HEW. Da ist doch irgendetwas faul, meine Damen und Herren.

C

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Die Anwendung der Bundestarifordnung im Einzelnen und die Unterscheidung nach Standard- und Sondertarifen kann man hier in der Debatte nicht erörtern, wir werden das im Ausschuss machen und das ist auch gut so.

Bei den Strompreisen geht es aber nicht nur um die HEW, sondern es geht vor allen Dingen um viele Stromkunden, um die Hamburger Wirtschaft, den Handel, das Handwerk und die Industrie. Hier muss man sich als wirtschaftspolitischer Interessenvertreter auch einmal entscheiden, Herr Mattner, und ein bisschen kritische Distanz entwickeln.

(Dr. Andreas Mattner CDU: Seien Sie nicht so überheblich!)

Das Energiewirtschaftsgesetz ist heute im Bundeskabinett beschlossen worden und die HEW wird sich in Zukunft ungleich schwerer tun, mit solchen Preiserhöhungen zu reüssieren.

(Dr. Andreas Mattner CDU: Das hätten Sie schon vor einem Jahr haben können! Wenden Sie sich an das Bundeskabinett!)

– Dazu, dass es zu spät kommt, haben Sie auch Ihren Teil beigetragen. Die CDU/CSU hat das Gesetz im Bundesrat mit 50 Seiten Änderungsvorschlägen aufgehalten. Es könnte schon viel früher sein. Sie müssen sich einmal ein bisschen informieren, Herr Kollege.

D

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Es ist mir wieder zu laut. Ich bitte um mehr Ruhe im Plenarsaal. Danke. – Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal (fortfahrend): Herr Dr. Mattner, ich kann Ihnen und Ihren Kollegen von der CDU eine erfreuliche Mitteilung machen: Sie haben im Bundesrat sehr dafür gestritten, dass die Vorabkontrolle der Strompreise installiert wird. Da ist die rotgrüne Bundesregierung Ihnen entgegengekommen. Das wird es geben, aber es wird jetzt gerade für die bereits seit dem 1. August erfolgten Preiserhöhungen auch noch eine nachträgliche Kontrolle der Preise geben, sodass eventuell ungerechtfertigte Erträge abgeschöpft und Tarife korrigiert werden können, selbst wenn der Senat die Tarife jetzt noch genehmigen sollte. Die Hamburger Verbraucherinnen und Verbraucher und auch die Wirtschaft können also noch hoffen.

Es gibt zwar über 1500 Stromanbieter im Bundesgebiet, aber der Markt wird, wie Herr Maaß ausgeführt hat, von den vier Großen E.ON, EnBW, RWE und HEW/Vattenfall beherrscht. Jeder bedient sein eigenes Versorgungsgebiet und damit die anderen nicht drum herum wildern, wird ein Zaun gezogen und dieser Zaun besteht aus den Durchleitungsgebühren, die einen wirkungsvollen Wettbewerb auf dem Strommarkt nahezu unmöglich machen.

Deshalb muss dieser Zaun herunter und dazu ist die Regulierungsbehörde dringend vonnöten.

Die Preisregulierung muss auch dafür sorgen, dass die Stromkosten nicht dauernd als Waffe gegen den Ausbau

- A der erneuerbaren Energie missbraucht wird, wie Sie es getan haben, Herr Mattner, und man dann noch obendrein die Verbraucher für dumm erklärt. Darum muss endlich Transparenz in das Preisgefüge der Energieversorger kommen. Vielleicht ein Blick in die Zukunft, es wird in einiger Zeit auch eine Kennzeichnungspflicht für Strom geben. Strom ist dann nicht mehr gelb oder blau, sondern die Energieversorger müssen darauf hinweisen, wo oder wie sie ihren Strom herstellen, ob aus Wind, aus Atom, aus Kohle. Das ist sehr interessant. – Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort hat Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sie haben sehr interessante Ansätze gebracht, Herr Mattner. Teilweise verwundert mich das, weil Sie hier genau im Gegensatz zu Ihren Kollegen von der Union im Bundesrat operiert haben. Ich möchte das an einigen Punkten deutlich machen.

Natürlich hätte dieses Gesetz früher in Kraft treten können. Das ist aber unter anderem auch deshalb nicht geschehen, weil die Union im Bundesrat eine ganze Zeit lang für ex-post-Kontrollen gestritten hatte und erst vor kurzer Zeit auf die grüne Linie umgeschwenkt ist, das vorab zu tun. Wenn Sie das vorher gemacht hätten, wären wir dort wesentlich weiter.

- B Letztendlich ist es so, dass die Union im Bundesrat einer Regulierungsbehörde und ihrer Bedeutung wesentlich aufgeschlossener gegenüber steht, als ich es Ihrem Beitrag entnommen habe. Sie scheint das nicht besonders zu interessieren und haben die Notwendigkeit für Hamburg nicht sonderlich stark begründet. Insofern freuen wir uns natürlich, dass Sie diesen Antrag überweisen. Aber letztendlich geht es jetzt darum, dass keine weiteren Strompreiserhöhungen genehmigt werden, bevor die Regulierungsbehörde ihre Arbeit Anfang nächsten Jahres aufnehmen kann. Eine Anhörung am 17. Dezember wird uns wenig helfen, wenn die Wirtschaftsbehörde diese Tarife vorher genehmigt haben sollte.

Insofern fordere ich Sie auf, bei der Wirtschaftsbehörde, wenn Sie heute diesem Antrag nicht zustimmen sollten, darauf hinzuwirken, dass bis zu dieser Anhörung keine Preiserhöhung stattfindet. Denn diese Preiserhöhungen betreffen die Konsumenten und das Kleingewerbe, also den Mittelstand. Eigentlich ein Thema, das in Ihrer Fraktion immer sehr groß gewichtet wird. Bitte verhalten Sie sich dann auch dementsprechend.

Was allerdings sehr stark verwundert, ist das, was man aus der Wirtschaftsbehörde vernimmt. Nämlich dass sich die Wirtschaftsbehörde weniger mit diesen Preiserhöhungen für Konsumenten beschäftigt, sondern vielmehr, dass dort sehr weitgediehene Pläne existieren, dass Hamburg selber ein Kraftwerk bauen will. Für wen soll denn dieses Kraftwerk gebaut werden? – Für die vier größten Stromverbraucher in dieser Stadt. Das sind die Norddeutsche Affinerie, die Stahlwerke, die Alu-Hütte und die Hochbahn. Jetzt mag es natürlich sein, dass es dort einen Bedarf gibt, aber letztendlich zeigt es auch wieder, dass sich dieser Senat wieder nur für die Interessen der Großen einsetzt und die Interessen der Verbraucher und des Mittelstandes auf die lange Bank geschoben werden.

C Meine Damen und Herren! Seien Sie dort konsequent, stimmen Sie entweder diesem Antrag heute zu oder sorgen Sie dafür, dass bis zur Anhörung keine Strompreisgenehmigungen durch die Wirtschaftsbehörde erfolgen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/1031 an den Wirtschaftsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung einstimmig erfolgt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 10 auf, Drucksache 18/796, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Energiepolitik in Hamburg.

[Große Anfrage der Fraktion der CDU: Energiepolitik in Hamburg – Drucksache 18/796 –]

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Wirtschaftsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Mattner, bitte.

Dr. Andreas Mattner CDU: Jetzt muss ich Herrn Kerstan noch einmal dafür danken, dass er mit uns überwiesen hat. Verstanden habe ich das Ganze vom Ablauf her aber nicht, das muss ich auch nicht.

D Meine Damen und Herren! Wir brauchen einen neuen Energiekonsens in dieser Stadt und in diesem Land. Hamburg ist aufgrund seiner Struktur und der hohen Wirtschaftskraft im hohen Maße von energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig. Die Große Anfrage, die wir gestellt haben, hat übrigens mit dem Irrtum, der von Herrn Kerstan gerade noch einmal wieder vorgetragen worden ist und der sich auch schon vorher in vereinzelt Wortmeldungen von ihm äußerte, aufgeräumt, nur drei veraltete Industrien und die Hochbahn seien stromabhängig. Nein, meine Damen und Herren, stromabhängig ist der Mittelstand, typisch hanseatische Unternehmen, Logistikleistungen, moderne Branchen, wie etwa der Bereich der Gummi- und Kunststoffwaren.

Meine Damen und Herren! Wir müssen uns künftig stärker damit auseinander setzen, die Betroffenheit auch nach Branchen zu ermitteln. Das haben wir nur bis 1996 gemacht. Ich würde mich dafür aussprechen, das künftig wieder aufzunehmen, weil wir ja verlässliche Daten brauchen. Sehr zu begrüßen ist auch der von Senator Uldall gegründete Energiegipfel, der die Beteiligten an einen Tisch brachte und aus meiner Sicht fortgesetzt werden muss.

Auf Bundesebene tut eine stärkere Folgenabschätzung der Kosten bei staatlichen Regelungen, wie etwa der Ökosteuer, Not. Wichtig ist auch eine parlamentarische Begleitung, weil es hier lange keine umfangreichere energiepolitische Debatte gegeben hat. Das wird sich jetzt ändern, wie wir eben hörten. Wir werden dies im Wirtschaftsausschuss beginnen.

Meine Damen und Herren! Energiepolitik ist bekanntlich gleichermaßen ein Umwelt- wie auch ein Standortthema. Wenig rühmlich ist der Umstand, dass Deutschland beim CO₂-Ausstoß global weit vorn liegt, aber wir haben nach

- A den Kyoto-Zielen im europäischen Vergleich auch die höchste Einsparung erreicht.

Die Windkraft ist hier schon mehrfach andiskutiert worden. Sie ist Teil des Energiemixes. Aber was immer Sie auch in die einzelnen Strompreiserhöhungen einrechnen wollen, so möchte ich nochmals darauf hinweisen, dass die Kosten enorm sind. Ich habe eben die verschiedenen Milliardenbeträge erwähnt.

Meine Damen und Herren! Wenn erst nach 2013 – das sind ja nicht wir, sondern das ist auch das Bundesministerium – ein Sinken der Kosten und ihrer Auswirkungen prognostiziert wird, dann wird für viele Teile der Industrie jede Hilfe zu spät kommen. Zu den Kosten, die ich vorhin erwähnt habe, kommen im Übrigen noch prognostizierte weitere 18 Milliarden Euro für den Ausbau bis 2020 hinzu.

(Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Das EEG begründet eine Abnahmepflicht für EG-Strom durch Stromlieferanten, wobei im Gesetz leider nicht explizit geregelt ist, wie die Kosten auf die Stromverbraucher weitergewälzt werden. Dies führt in Kombination mit den Härtefallregelungen, die dieses Gesetz hat, überdies auch noch dazu, dass nichtprivilegierte Unternehmen noch stärker betroffen sind. Das sind dann übrigens häufig Mittelständler.

Das Ganze geht dann noch einher mit einer starken Abnahme von Kraftwerkskapazitäten. Wenn wir so weitermachen, werden wir deutschlandweit im Jahr 2020 nur noch ein Drittel der konventionellen Kapazitäten inklusive Kernkraft haben. In Norddeutschland verlieren wir dann nach Stade noch Brunsbüttel, Unterweser, Krümmel, Grohnde, Brokdorf,

- B

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

– ja, Sie klatschen, aber wir müssten 12 000 Megawatt ersetzen. Ich bin nicht sicher, Herr Maaß, ob wir beide dann noch hier stehen werden – ich glaube es nicht –, aber unsere Nachfolger würden sich dann mit riesigen Problemen rumschlagen müssen, wenn die Energiepreise dann in diesem Maße auch noch steigen werden.

Kommen wir noch einmal auf die vorhin andiskutierten Nutzungsentgelte zu sprechen. Bis 2002 hat sie die HEW in Hamburg nicht erhöht. Seit 2002 enthüllen sich die Entgelte für Hochspannungen in Hamburg in dem Bund. Das trifft zweifelsohne die Industrie. Einräumen und klarstellen muss man hier allerdings auch, dass sie für die Mittel- und Niederspannungen sogar gesunken sind. Anders sieht es dann auch noch bei Ländervergleichen aus. Im europäischen Schnitt liegt Deutschland bei Hochspannungen eher unterdurchschnittlich, bei Mittelspannungen am höchsten und bei Niederspannungen an dritter Stelle.

Vattenfall, RWE und EnBW haben eine Erhöhung der Durchleitungsentgelte bis zu 20 Prozent angekündigt. Das Bundeskartellamt, meine Damen und Herren, wird dies prüfen. HEW erklärt demgegenüber, dass ohne die Mehrkosten durch die Windenergie wegen interner Kosteneinsparungen sogar eine Senkung der Nutzungsentgelte möglich gewesen seien. Ich finde, das ist ein Aspekt, der so ungeheuer wichtig ist, dass wir uns dem bei der Expertenanhörung im Wirtschaftsausschuss besonders widmen müssen.

Jetzt erlauben Sie mir doch noch einmal, wenn ich schon darauf angesprochen worden bin, einen Exkurs zum

Mittelstand. Die Zahlen, die ich vorhin genannt habe, belegen die hohe Belastung der Unternehmen und Verbraucher durch die Windenergie. Kleine und mittelständische Unternehmen sind durch die Nichtprivilegierung und Weiterwälzung doppelt betroffen. Meine Damen und Herren, ich schätze, dass Mittelständler, die heute einen neuen Stromvertrag abschließen, derzeit mit einer Preissteigerung von 15 bis 20 Prozent rechnen müssen. Ich glaube, das ist allen noch nicht so recht deutlich geworden. Diese Kosten erweisen sich als wachstumshemmend, für viele kaum zu stemmen.

C

Ich habe in einer Runde mit der HEW und dem Industrieverband angesprochen, dass wir schauen müssen, ob wir wieder zu etwas Ähnlichem wie Sonder- und Tarifverbünden kommen könnten, und zwar insbesondere dann, wenn sich kleine und mittlere Unternehmen zusammenschließen würden.

Die HEW hat mir im Zusammenhang mit Gesprächen mit der Handelskammer signalisiert, dass es Gesprächsansätze genau in diese Richtung geben wird und, meine Damen und Herren, das ist wenigstens in dem Zusammenhang eine gute Nachricht.

(Beifall bei der CDU)

Gute Nachrichten kommen auch vom Senat.

(Bernd Reinert CDU: Von da kommen immer gute Nachrichten!)

Seit 2002 gibt es das Programm "Unternehmen für Ressourcenschutz – Das ist die Zukunft" mit dem Schwerpunkt Industrie und Gewerbe. In Kooperation mit den Kammern und dem Industrieverband werden Einsparpotenziale aufgespürt und Maßnahmen können mit bis zu 30 Prozent der Investitionskosten und bei kleinen und mittleren Unternehmen sogar bis zu 40 Prozent bezuschusst werden. Auch hier sehen Sie unseren Ansatz, uns gerade um kleine und mittlere Unternehmen zu kümmern.

D

Trotz globaler Abhängigkeit hat Hamburg insbesondere mit dem Programm von 2002 einen wichtigen Eigenbeitrag für die CO₂-Reduzierung geliefert. Besonders bestechend finde ich dabei die Kooperation mit der Wirtschaft statt staatlicher Verordnung und die Sondermühe um die kleinen und mittleren Unternehmen. Hier trägt die mittelstandsfreundliche Politik des Senates auch beim Umweltschutz Früchte. Das hamburgische Ressourcenschutzprogramm hat positive Resonanzen und erfreut sich auch einer steigenden Nachfrage. Bislang haben 333 Firmen mit verschiedenen Maßnahmen daran teilgenommen. 160 Firmen wurden mit einem Energiesparvolumen von 60 000 Megawatt pro Stunde gefördert. 770 700 Kubikmeter Trinkwasser wurden eingespart und 130 Tonnen Abfall wurden vermieden. Damit sparen diese Unternehmen 3 Millionen Euro Betriebskosten jährlich. Meine Damen und Herren! Ich finde, dieses Programm ist vorbildlich und hat enorme Ergebnisse erzielt.

(Beifall bei der CDU)

Die Senatsmittel sind dabei auch höchst effizient eingesetzt worden. Sie haben nämlich ein Mehrfaches an wertschöpfenden Investitionen der Unternehmen nach sich gezogen. Wir werden auch die Entwicklung um ein weiteres Kraftwerk in Hamburg verfolgen, Herr Kerstan, denn durch die Liberalisierung herrscht jetzt nun mal Marktwirtschaft, die Gesetzgebungskompetenz hat der Bund, aber

- A regionale Strukturen können wir immerhin noch durch planerische Ausweisung eines Kraftwerkstandortes beeinflussen. Ich glaube, mit dieser Rede auch noch einmal deutlich gemacht zu haben, dass es eben nicht um drei größere Industrieunternehmen, sondern um eine breite Fläche der Unternehmen in dieser Stadt und auch um den Mittelstand geht. Deswegen ist es geradezu unsere Pflicht zu prüfen, ob wir mit einem weiteren Kraftwerkstandort nach vorne kommen. Im Energiegipfel von Senator Uldall hat HEW Vattenfall die Prüfung einer Konzeptionierung zugesagt und ist dabei, diese jetzt umzusetzen.

Kommen wir zum ersten Fazit. Der Hamburger Senat hat in den letzten zwei Jahren gleichermaßen viele Innovationen im Bereich der Umweltfaktoren wie auch bei den wirtschaftlichen Voraussetzungen auf den Weg gebracht. Die bundespolitischen Vorgaben sind noch nicht stimmig. So muss die extreme Bevorzugung der Windenergie ein Ende haben.

(Dr. Monika Schaal SPD: Herr Marnette ist inzwischen auch schon weiter!)

– Ja, das mag so sein. Im Rahmen des Energiemixes leistet die Kernenergie nach deutschem Sicherheitsstandard derzeit einen nicht verzichtbaren Teil der wirtschaftlichen und umweltverträglichen Energieversorgung. Die Überlegung der Staatsrätin, Dr. Gundelach, dazu begrüße ich außerordentlich. Im Übrigen erinnere ich auch an den Bundesratsbeschluss im September zum erzwungenen Ausstieg aus der Kernenergie. Der Energiegipfel von Senator Uldall im Mai 2004 war ein wichtiger Beitrag für die Energiepolitik in Hamburg und muss fortgesetzt werden. Energiepolitik, meine Damen und Herren, darf nicht nur als Umweltpolitik gesehen werden, sondern ist auch ein wesentlicher Teil der Wirtschafts- und Standortpolitik. Wir brauchen deshalb ein Gesamtkonzept für die Energiepolitik Deutschlands und einen neuen Energiekonsens.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Schaal.

(Olaf Ohlsen CDU: Nicht schon wieder!)

Dr. Monika Schaal SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat den Senat bereits im Juni in einem Antrag aufgefordert, ein Energiekonzept vorzulegen. Erstens freut es mich, Herr Kollege Mattner, dass Sie sehen, wie wichtig das Thema ist und zweitens freut es mich auch, dass Sie das Thema drei Monate nach uns entdeckt und noch eine Große Anfrage nachgeschoben haben.

Es herrscht wohl Konsens – das ist wenigstens der eine Konsens –, dass beide Vorlagen im Wirtschaftsausschuss zusammen mit Wirtschafts- und Umweltexperten beraten werden und dass wir auch auswärtige Experten dazu anhören.

Meine Damen und Herren! In seiner Antwort auf die Große Anfrage erweckt der Senat den Eindruck, als habe er keinen Einfluss auf die Energiepolitik und dass das nur eine Bundesangelegenheit sei. Formal ist das vielleicht richtig. Die Gesetze werden im Bund gemacht und zunehmend ist auch die EU zuständig. Aber Hamburg macht durchaus Energiepolitik. Sie, Herr Mattner, haben selber einen Teil davon erwähnt. Das Programm "Res-

sourcenschutz" ist auch Energiepolitik. Auch Baupolitik ist Energiepolitik und das, was Sie da machen, ist auch gut so.

Der Senat mischt aber auch kräftig auf Bundesebene mit, wenn es im Bundesrat um Energiepolitik geht. Herr Mattner, Sie haben es erwähnt und auch schon die Katze aus dem Sack gelassen, dass es jetzt erklärte Politik des Senates ist, die Kernenergie wieder mit ins Kalkül zu ziehen. Sie sind der Auffassung, da Sie der entsprechenden Resolution zugestimmt haben, dass Kernenergien ...

(Unruhe im Hause – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren Kollegen! Sie sind mir überfraktionell zu kommunikativ. Dieses bitte nur draußen oder aber nehmen Sie bitte Platz. Die Sessel sind wunderbar für Sie hergerichtet. Bitte fahren Sie fort, Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal (fortfahrend): Der Senat hat sich der Entschließung des Bundesrates angeschlossen, aus der hervorgeht, dass Kernenergie global wie national unverzichtbar sei. Auf meine Schriftliche Kleine Anfrage zu den Äußerungen der Staatsrätin über die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke hat der Senat mit einem Zitat geantwortet, dass der Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie politisch erzwungen und aus ökonomischen wie ökologischen Gründen verfehlt sei.

Von den Energieversorgungsunternehmen, die den Energiekonsens vor vier Jahren mit der Bundesregierung geschlossen haben, war jedoch noch nicht vernehmbar, dass sie den vereinbarten geordneten Rückzug aus der Atomenergie rückgängig machen wollen. Was uns allerdings täglich immer lauter um die Ohren dröhnt, ist die PR-Maschinerie der Atomwirtschaft und Sie trommeln kräftig mit, Herr Mattner. Sie versuchen damit, die Versorgungsgängste der Bevölkerung schamlos auszubeuten. Aber eines sei mal ganz deutlich gesagt: Wir haben beim Strom keine Versorgungskrise, sondern es geht lediglich darum, wie und damit wer Strom produziert und verkauft und wie dieser ins Netz eingespeist werden soll. Das ist hier die spannende Frage. Es ist auch nicht von ungefähr, dass die großen überregionalen Zeitungen, von der "Süddeutschen Zeitung" bis zum "Handelsblatt", ausgerechnet heute am Tag der Entscheidung der Bundesregierung und einen Tag vor der Entscheidung des Bundestages morgens mit seitenweisen Beiträgen zu diesem Thema herauskommen. Aber das ist schlechte PR-Arbeit, das hätten Sie schon ein bisschen früher machen sollen. Wir erleben hier im Grunde genommen den heftigen Überlebenskampf einer auslaufenden Industrie, meine Damen und Herren. Wenn Sie in der Hamburger CDU weiter in alten Strukturen und Technologien verharren wollen, dann sollten Sie das auch ganz offen in einem Änderungsantrag entweder durch Ihre Kollegen dort im Bundestag einbringen lassen oder Sie sollten als Stadtstaat hier in Hamburg ein Änderungsgesetz zum Atomausstiegsgesetz im Bundesrat einbringen und sich nicht heimlich im Entschließungsradikalismus üben. Aber wahrscheinlich scheuen Sie sich davor, dieses Thema allzu laut zu kommunizieren, weil es letztendlich die zarten schwarzgrünen Bande belastet, die Sie allenthalben geschlossen haben.

(Unruhe im Hause – Glocke)

- A **Präsident Berndt Röder** (unterbrechend): Meine Damen und Herren Kollegen! Ich nehme die Sache mit den Sessions zurück und fordere nur noch auf, die Unterhaltung draußen zu führen. Fahren Sie bitte fort.

Dr. Monika Schaal (fortfahrend): Vielen Dank, Herr Präsident, aber trotzdem muss ich es noch einmal wiederholen. Sie kommen also mit der Botschaft, Atomenergie sei wieder das Größte und ganz wichtig und muss vorangebracht werden, nicht so ganz laut über die Rampe, weil Sie die zarten schwarzgrünen Bande, die Sie hier in Hamburg geknüpft haben, auch in anderen Bundesländern offensichtlich nicht zerreißen wollen.

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Wir schätzen es, wenn Sie auf uns Rücksicht nehmen!)

– Genau. Wenn Sie aber in der CDU die Atomkiste wieder aufmachen, garantiere ich Ihnen auch, dass das Chaos in Ihrer Partei noch größer wird, denn es ist keineswegs so, dass alle Mitglieder der CDU Anhänger der Atomenergie sind.

Meine Damen und Herren! Wir wissen alle, dass die Entsorgung des Atommülls nicht gelöst ist. Die Atomkraftwerke bergen enorme, ganz neue Sicherheitsrisiken. Was ist denn, wenn Terroristen mit einem vollgetankten Düsenjet in ein Atomkraftwerk reinrasen? Der Wucht einer solchen Explosion würde nahezu kein Kraftwerk widerstehen. Das ist im Bundestag diskutiert worden, dazu hat es Studien gegeben, alle wissen Bescheid. In Frankreich wird übrigens erwogen, um die Atomkraftwerke Flugabwehrraketen zu postieren. Wollen Sie das auch haben oder reicht Ihnen der Sprühnebel, falls ein Flugzeug zu nahe kommt?

B

Wie soll man dann andere Länder überzeugen, auf eine Technologie zu verzichten, mit der potenziell waffenfähiges Uran hergestellt werden kann, wenn man selbst nicht bereit ist, diese Technik aufzugeben? Wäre es nicht vernünftiger, sich geordnet von einer Technologie zu verabschieden, die aus den unterschiedlichsten Gründen nicht mehr in unsere Zeit passt, meine Damen und Herren?

(*Olaf Ohlsen CDU*: Was reden Sie denn da!)

Davon ganz abgesehen, Sie denken, Uran würde die Probleme lösen. Sie sollten sich klar machen, dass wir nicht nur ein Problem mit der Endlichkeit von Öl, sondern auch ein Problem mit der Endlichkeit von Uran haben. Experten werden Ihnen erklären, dass wir höchstens noch 40 Jahre Uran für die Brennstäbe haben werden.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Das Leben ist endlich!)

– Ja, das Leben ist endlich, nach mir die Sintflut, das ist eine tolle Politik.

Es führt aufgrund dieser Bedingungen aber kein Weg daran vorbei, dass Sie auf Atomenergie verzichten werden, dass Sie Energie einsparen werden, dass die Energieeffizienz weiter gesteigert wird und dass Sie erneuerbare Energien einsetzen. Da ist es nämlich richtig. Das machen Sie ja auch, dass Sie das Energiesparen im Rahmen Ihres Programms "Ressourcenschutz" unterstützen und das hat sich in der Wirtschaft auch schon durchgesetzt. 43 Prozent der Unternehmensbosse von Hamburg sind bereit, auf die hohen Energiekosten mit Einsparungen zu kontern. Das finde ich richtig.

(*Dr. Andreas Mattner CDU*: Das Leben ist eben nicht so schwarzweiß wie bei Ihnen!)

Leider ist es so, dass im Rahmen des Programms "Ressourcenschutz" viel zu wenig Innovationen enthalten sind. Sie fördern nur Altbekanntes und das haben Sie von Senatsseite auch in die Antwort auf die Große Anfrage reingeschrieben. Sie setzen viel zu wenig auf Innovation. Sie spielen viel lieber das Spielchen, die Förderung der erneuerbaren Energie als zu teuer und als grundsätzlich zu wenig effizient darzustellen und das in der Antwort mit uralten Zahlen. Das finde ich nicht seriös und das ist unheimlich durchsichtig, meine Damen und Herren.

C

Effizienzförderung ja, aber nicht, um sie gegen die erneuerbaren Energien auszuspielen. Beides gehört zusammen und muss aufeinander zulaufen, denn Effizienzförderung wird mit steigendem Einsatz immer teurer, während die Förderung der erneuerbaren Energien mit wachsender Förderung immer billiger wird.

Schon heute werden 10 Prozent der gesamten Energieversorgung durch die erneuerbaren Energien abgedeckt. Bis 2020 sollen es 20 Prozent sein und die Enquete-Kommission "Nachhaltige Energieversorgung" des Deutschen Bundestages hat bereits 2002 eine Prognose gewagt und hält die Vollversorgung bis 2050 durch erneuerbare Energien für möglich.

Wir sollten auf jeden Fall das Wachstumspotenzial dieser erneuerbaren Energien nutzen und unsere weltweit führende Position auf diesem Sektor ausbauen, statt sie klein zu reden, denn auch in Hamburg gibt es eine Reihe von Unternehmen, die mit erneuerbarer Energie ihr Geld verdienen und auch mit den Dienstleistungen und vor allen Dingen mit den Handwerksleistungen auf diesem Gebiet. Nicht nur die Windenergie ist im Aufwind, meine Damen und Herren, auch die Photovoltaik. Der Markt von Solarmodulen ist bis zum Ende des Jahres leergefegt. Raten Sie mal, warum?

D

Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung hat die richtigen Instrumente bereitgestellt, um die Energiewende voranzubringen. Auch Hamburg sollte die Instrumente des Bundes benutzen und energiepolitisch konsequent anwenden. Eine ideologische Rolle rückwärts in den Atomstaat sollten wir nicht mitmachen. Wenn Sie jetzt davon anfangen zu reden und auf der anderen Seite die HEW eine Kraftwerksplanung im Köcher hat, würde das die Planer nur verunsichern.

Es ist richtig, dass bis 2020 30 Prozent der heutigen Kraftwerkskapazitäten vom Netz gehen, aber sie sind damit nicht verschwunden, sondern sie müssen in dem Maße ersetzt werden, wie sie noch gebraucht werden. Dabei geht es nicht nur um die Atomkraftwerke, meine Damen und Herren, sondern auch um alte ineffiziente Kohlekraftwerke.

Die erneuerbaren Energien werden in der Tat die Lücke nicht ganz schließen können. Wir brauchen einen Energiemix und wie der aussieht, das wird der Gegenstand unserer Diskussion sein. Fest steht aber, dass nur Investitionen in zukunftsweisende Technologien langfristig auf dem Weltmarkt Wettbewerbsvorteile schaffen und auch die deutsche Position auf dem Strommarkt sichern helfen. Veraltete Technologien, wie Atomstrom oder CO₂-Schleudern, werden auf der Strecke bleiben. Bis 2020 ist noch Zeit. Wir dürfen sie aber nicht verschenken. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

- A **Präsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Kerstan.

Jens Kerstan GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die bisherige Debatte und diese Große Anfrage finde ich insbesondere aus einem Aspekt sehr interessant. Herr Mattner, Sie haben da wirklich sehr viele Aspekte abgefragt. Bei ganz vielen Fragestellungen hört man aber sehr deutlich den Wunsch heraus, Munition gegen bestimmte energiepolitische Weichenstellungen der Bundesregierung geliefert zu bekommen. Wenn man diese Große Anfrage liest, stellt man fest, dass sich der Senat in der Antwort auf die Große Anfrage praktisch in keinem Punkt negativ über das Erneuerbare-Energien-Gesetz äußert oder über den Emissionshandel, sondern durchaus herausstellt, dass dort auch wichtige und bedeutsame Weichenstellungen für den Klimaschutz, aber auch für arbeitsmarktpolitische Effekte getroffen werden. Das mag verwundern,

(Dr. Andreas Mattner CDU: Das Leben ist eben nicht schwarzweiß!)

wenn man Ihre Reden in diesem Hause und auch die Reden des Wirtschaftssenators hört, denn von diesen positiven Effekten, die der Senat in dieser Anfrage auführt, reden Sie überhaupt nicht, sondern hier finden immer nur ideologische Debatten von vorgestern statt. Leider haben Sie sich von dieser Tendenz auch heute nicht verabschieden können. Denn, meine Damen und Herren, die Energieversorgung hat in drei Bereichen eine wichtige Rolle in dieser Gesellschaft.

- B Erstens als standortpolitisches Instrument, als eine wichtige Rahmenbedingung für die Wirtschaft. Davon haben Sie hinlänglich geredet, Herr Mattner.

Zweitens, dass auch die Energieversorgung im Bereich Klimaschutz eine ganz entscheidende Rolle spielt,

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Wir hatten eigentlich eine Verständigung herbeigeführt, was das Lesen von Tages- und Wochenzeitungen im Plenum angeht. Fahren Sie bitte fort, Herr Kerstan.

Jens Kerstan (fortfahrend): Natürlich spielt auch der Klimaschutz im Bereich Energieversorgung eine ganz entscheidende Rolle. Diesen Bereich haben Sie in Ihren Ausführungen zur Großen Anfrage überhaupt nicht erwähnt, Herr Mattner.

Drittens, meine Damen und Herren, ist natürlich auch die Energieversorgung ein wichtiger Bereich, in dem in den letzten 10 bis 20 Jahren ein bedeutender innovativer Schub in der Wirtschaft stattgefunden hat mit gravierende Auswirkungen auf zukunftssichere Arbeitsplätze. Auch diesbezüglich gibt es in der Beantwortung dieser Großen Anfrage Aussagen des Senats. Aber bezeichnend ist wieder, Herr Mattner, dass Sie auf diesen Bereich überhaupt nicht eingegangen sind. Deshalb möchte ich diese beiden Bereiche noch einmal eindeutig herausheben und genauer darauf eingehen. Ich möchte auch noch einmal die von Ihnen immer wieder ideologisch geführte Debatte über die Bedeutung der Windenergie für den Standort Hamburg bewerten, Herr Mattner. Selbst wenn man Ihrer Argumentation folgt, die in vielen Bereichen wirklich sehr holzschnittartig und oberflächlich ist, muss man feststel-

len, dass für die Strompreise in Hamburg die Windenergie praktisch überhaupt keine Rolle spielt

(Volker Okun CDU: Wollen Sie Windräder auf dem Rathausmarkt?)

und das sehen Sie ganz eindeutig daran, wenn Sie die Antwort des Senats auf Ihre Fragen betrachten. Wenn Sie sich nämlich ansehen, wie groß die installierte Leistung im Stadtgebiet Hamburgs ist, meine Damen und Herren, die ja für die HEW für die Berechnung ihrer Kosten für Hamburg eine Rolle spielen, dann stellen Sie fest, dass Hamburg in diesem Bereich von 16 Bundesländern auf Platz 15 liegt, meine Damen und Herren.

(Dr. Andreas Mattner CDU: Das ist doch selbstverständlich!)

Dort kann man keine besondere Bedeutung für die Versorgung Hamburgs feststellen, meine Damen und Herren. Von daher möchte ich auf weitere Punkte kommen,

(Dr. Andreas Mattner CDU: Das glauben Sie doch selber nicht!)

die eine wichtigere Rolle spielen.

Meine Damen und Herren! Der Bereich Klimaschutz, so ist es der Antwort des Senats zu entnehmen, ist ein wichtiger Bereich. Auch dieser Senat will mit Maßnahmen einen Beitrag leisten zum deutschen Beitrag im Kyoto-Protokoll mit einer Einsparungsverpflichtung von bis zu 21 Prozent.

Wenn man sieht, wo Deutschland heute steht, eine erreichte Minderung von 18 Prozent, dann könnte man, wenn man dieses Problem oberflächlich betrachtet, sagen, wir sind auf einem guten Weg, man bräuchte in Hamburg nur den bisherigen Pfad weitergehen.

Wenn man sich die Antwort des Senats genauer ansieht, dann stellt man fest, dass von 1990 bis 2001 in Hamburg der CO₂-Ausstoß nicht gesunken ist, sondern im Gegenteil, um 13 Prozent gestiegen ist. Wenn man sich dann ansieht, dass die Bereiche, in denen eine Minderung stattgefunden hat, ausschließlich in Ostdeutschland stattgefunden hat, wo ganze Industrien weggebrochen sind. Es ist sehr deutlich, dass in Hamburg bei der CO₂ – Einsparung weitere Anstrengungen notwendig sind. Leider, meine Damen und Herren, habe ich von Herrn Mattner keine weiteren Aussagen gehört, wie der Beitrag in Hamburg aussehen könnte. Das Programm "Ressourcenschutz" des Senats ist sicher ein gutes Best-practice-Programm, aber für die Größenordnung der Maßnahmen, die dort notwendig wären, ist es nicht ausreichend, meine Damen und Herren.

Letztendlich – daran haben die Experten eigentlich keinen Zweifel – müssen in diesem Bereich die sosehr von Ihnen bekämpften erneuerbaren Energien in Zukunft die entscheidende Rolle spielen. Wir unterstützen ganz massiv den Kurs der Bundesregierung und werden in Zukunft dafür sorgen, dass auch hier in Hamburg ein Beitrag dazu geleistet wird.

Dann kommen wir zum Standort Hamburg. In den letzten Jahren sind in Deutschland in den Bereichen der traditionellen Industrien, – Automobilbau, Maschinenbau, Elektrotechnik und Chemie –, Arbeitsplätze unter Druck geraten und die deutsche Wirtschaft hat es bisher nicht geschafft, in anderen zukunftsweisenden Bereichen zusätzliche Arbeitsplätze zu produzieren. Man muss feststellen,

C

D

- A dass es einen Bereich gibt, wo Deutschland das geschafft hat, in einem zukunftsfähigen innovativen Bereich Weltmarktführer zu werden. Lassen Sie uns raten, welcher Bereich das ist. Das ist der Bereich, den Herr Mattner und die CDU immer wieder heftig bekämpfen, der Bereich erneuerbare Energien.

(Beifall bei der GAL)

Dort sind zehntausende von Arbeitsplätzen entstanden und in diesem Bereich hat gerade Hamburg einen Standortvorteil. Hamburg hat hervorragende Ausgangswettbewerbsbedingungen gerade im Bereich der Windenergie, die Sie ja insbesondere bekämpfen wollen. Es gibt viele weltweit führende Anbieter im norddeutschen Raum, die in Cuxhaven, in Husum sitzen, die zunehmend internationale Projekte verfolgen und durchaus darüber nachdenken, den Standort Hamburg für ihre internationalen Verbindungen zu nutzen. Sie bekommen aber von diesem Senat und den wirtschaftspolitischen Sprechern der Union eindeutig den Eindruck vermittelt, sie seien hier nicht willkommen. Damit schaden Sie dem Standort Hamburg und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen in Hamburg.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der SPD)

Diese Große Anfrage wäre eigentlich eine große Chance für die Union, über Alibiveranstaltungen und Sonntagsreden hinaus in dem Bereich aktiver zu werden, die Chancen des Standorts Hamburg zu nutzen, Hamburg zu einem national und international bedeutenden Standort der erneuerbaren Energien auszubauen,

(Volker Okun CDU: Ammenmärchen!)

- B ein Kompetenzzentrum, wo auch Arbeitsplätze entstehen. In Ihren Ausführungen, Herr Mattner, habe ich von Strategien, die das befördern, leider nichts gehört. Wir als GAL-Fraktion werden uns auf Landesebene zum Wohle Hamburgs und auch zukunftsfähiger Arbeitsplätze dieses Themas weiter annehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und bei Dr. Monika Schaal SPD)

Präsident Berndt Röder: Ich gebe das Wort Senator Dräger.

(Ingo Egloff SPD: Seit wann hat der Ahnung vom Fach! – Dr. Monika Schaal SPD: Das wird ja immer lustiger!)

Senator Jörg Dräger: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine sichere, kostengünstige und umweltgerechte Versorgung mit Energie gehört zu den elementaren Voraussetzungen für eine moderne und leistungsfähige Volkswirtschaft.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen misst der Senat – Senator Freytag ist heute in Japan und Senator Uldall in Neuenfelde – dem Thema Energie und Klimapolitik einen hohen Stellenwert bei

(Beifall bei der CDU)

und dies natürlich auch vor dem Hintergrund der Auswirkungen, die die Energiepolitik auf den Mittelstand und die Industrie und damit auf die Arbeitsplätze in diesen Bereichen hat.

Die energiepolitischen Gestaltungsmöglichkeiten – das ist schon mehrfach erwähnt worden – liegen heute im We-

sentlichen beim Bund und zunehmend auch bei der EU. C Deswegen vertritt der Senat mit Nachdruck in den entsprechenden Gremien die Interessen Hamburgs beim Bund und bei der EU.

Die Themen, die Hamburg andererseits in eigener Kompetenz gestalten kann, werden von uns offensiv und auch unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte und Belange auf den Weg gebracht. Ich möchte hierzu vier Beispiele nennen.

Erstes Beispiel: Wir setzen Standards in den öffentlichen Gebäuden für die effiziente Energieverwendung. Die Erfahrungen in den öffentlichen Gebäuden sind wiederum eine wichtige Stütze auch für die Formulierung der Förderprogramme für die Privaten.

Zweites Beispiel: Auch die gewerbliche Wirtschaft wird von uns bei der effizienten Energieverwendung und der Einführung neuer Technologien beraten und gefördert. Dies geschieht zum Beispiel im Rahmen unseres Programms "Unternehmen für Ressourcenschutz", das Herr Mattner schon erwähnte, und in der Umweltpartnerschaft Hamburg, die sich mittlerweile zu einer festen Institution in Hamburg entwickelt hat.

Drittes Beispiel: Im Rahmen der "Wachsenden Stadt" soll der zusätzliche Energiebedarf für die neuen Wohnungen durch Energieeinsparungen im Gebäudebestand ausgeglichen werden. Dazu bedarf es wiederum der Beratung der Grundstückseigentümer, der Gebäudeeigentümer sowie der finanziellen Förderung der fortschrittlichen Energiestandards. Hier läuft seit mehreren Jahren die Initiative "Arbeit und Klimaschutz", hier zeigen sich aber auch die Grenzen lokalen Handelns. Hamburg kann alleine nicht den Durchbruch schaffen. Hier ist vor allem die Bundesregierung gefragt, die energetische Sanierung des Gebäudebestands jeweils durch geeignete Instrumente zu fördern. D

(Zuruf von der GAL: Global denken, lokal handeln!)

Viertes und letztes Beispiel: Hinsichtlich der zukunftsweisenden Entwicklung der erneuerbaren Energie orientieren wir uns an den Rahmenbedingungen eines Stadtstaats. Im Bereich der solaren Wärmeerzeugung unterstützen wir durch Beratung, teilweise auch durch finanzielle Förderung, das Handwerk und bei der schrittweisen Implementierung der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie ist Hamburg zwar nicht Produktionsstandort, jedoch ein überregional bedeutender Anwenderstandort.

Meine Damen und Herren! Bei diesem Programm, das haben die vier Beispiele eben gezeigt, legen wir Wert auf eine enge Zusammenarbeit mit der privaten Wirtschaft. Was jedoch die Bundespolitik betrifft, so ist zu kritisieren, dass die deutlichen Strompreisentlastungen im Zuge der Liberalisierung der Energiemärkte durch die Energiepolitik der Bundesregierung seit 1998 grundlegend konterkariert worden sind. Lassen Sie mich das nur an einer einzigen Zahl verdeutlichen. Gegenüber 1998 hat sich die durch den Staat verursachte Belastung der Strompreise von damals rund 2 Milliarden Euro auf heute 12 Milliarden Euro versechsfacht.

(Dr. Monika Schaal SPD: Man muss die andere Seite auch mal sehen!)

Insofern muss man konstatieren, dass die rotgrüne Bundesregierung durch Maßnahmen im Bereich der Strom-

- A steuer, durch Gesetze für erneuerbare Energien und das Gesetz zur Kraft-Wärme-Kopplung für die stromintensiven Unternehmen in Hamburg und den Standort Deutschland insgesamt

(Christian Maaß GAL: Das behauptet noch nicht einmal Herr Marnette!)

einen ganz erheblichen Wettbewerbsnachteil und damit auch teilweise einen volkswirtschaftlichen Schaden, Herr Maaß, angerichtet hat.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal den Zusammenhang zum vorangegangenen Debattenpunkt herstellen. Zu dem Antrag, die für den Jahresbeginn geplante Strompreiserhöhung der HEW nicht zu genehmigen, kann ich nur darauf verweisen, dass der Senat sich hier an Recht und Gesetz zu halten hat und daran gebunden ist. Es sind doch letztlich gerade die genannten bundespolitischen Weichenstellungen,

(Bernd Reinert CDU: Eben!)

die in äußerst kontraproduktiver Weise die Preisspirale bei den großen Energieversorgern in Bewegung halten. Die Energiepolitik der Bundesregierung lässt doch den Blick für den Gesamtansatz vermissen. Die Bundesregierung hat keinerlei Vorstellungen, wie der Energiebedarf in unserem Land in 20 Jahren gedeckt werden soll und das nenne ich in hohem Maße verantwortungslos

(Beifall bei der CDU)

nicht nur gegenüber der deutschen Wirtschaft, sondern auch gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, deren Arbeitsplätze direkt und indirekt davon betroffen sind. Wir wissen doch alle, Energiepolitik ist Standortpolitik.

- B

(Volker Okun CDU: Keine Abschreibungspolitik!)

Und daher brauchen wir in Deutschland wettbewerbsfähige Energiepreise als eine elementare Voraussetzung für Wachstum, Beschäftigung und auch Innovation. Dabei, Herr Kollege Mattner hatte es betont, geht es nicht nur um die großen Industriebetriebe, sondern in gleichem Maße um das Handwerk und den Mittelstand. Daher wird der Senat auch weiterhin die Energiepolitik als ein prioritäres Handlungsfeld aktiv begleiten und gestalten und dazu gehört aktuell, bei der Beratung der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes im Bundesrat dafür Sorge zu tragen, dass durch eine schlanke Regulierung ein diskriminierungsfreier und kostengünstiger Netzzugang für alle Wettbewerber erreicht wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Egloff.

Ingo Egloff SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wenn eine Zeit lang die Debatte dieser Anfrage nur wenig Aufmerksamkeit im Plenum gefunden hat, haben wir hier eines der wichtigsten Themen gefunden, mit denen wir uns unter Standortgesichtspunkten in dieser Stadt in den nächsten Jahren werden beschäftigen müssen. Deswegen bin ich auch außerordentlich froh, dass wir am 17. Dezember im Wirtschaftsausschuss gemeinsam diese Themen mit Experten diskutieren werden und das wir dies nach dieser Diskussion natürlich für unsere jeweiligen politischen Positionen auswerten müssen.

Deswegen werde ich in der heutigen Debatte keine endgültigen Wahrheiten verkünden, sondern sehr wohl abwarten, was in der Anhörung am 17. Dezember zu dem einen oder anderen Punkt gesagt wird, um Dinge auch besser beurteilen zu können, denn die Zusammenhänge sind relativ komplex.

C

Aber ein Punkt, der hier auch angesprochen worden ist und wo zumindest verbal Einigkeit bekundet wurde, ist, dass Energiepolitik Standortpolitik ist. Die Frage ist, welche Konsequenzen man am Ende daraus zieht. Hier ist auch deutlich geworden, dass wir bei der Kraftwerksversorgung in Norddeutschland in den nächsten 20 Jahren erhebliche Probleme bekommen werden und uns trotz der Ansätze der regenerativen Energie Gedanken darüber machen müssen, wie wir Kraftwerkskapazitäten ersetzen, wenn 12 000 Megawatt vom Netz gehen; diesen Punkt müssen wir diskutieren.

Ein dritter Punkt in der Debatte ist, wie wir mit Monopolstrukturen in der Stromversorgung umgehen. Das ist uns früher vielleicht leichter gefallen, weil die Energieversorgungsunternehmen halbstaatlich waren und die Bundesländer und Gemeinden durch Konzessionsabgaben und so weiter auch etwas davon gehabt haben. Die Liberalisierung beziehungsweise Privatisierung ist ja auch mit dem Ziel eingeführt worden, einen Markt zu schaffen. Wenn der Markt dann aber letztlich aus vier großen Unternehmen besteht, die den Markt untereinander aufgeteilt haben, dann haben wir eigentlich aufgrund der Leitungssituation eine schlimmere Situation als im Mineralölsektor und dann ist es auch angebracht, dass der Staat regulierend eingreift, um derartige Marktmacht zu beschneiden im Sinne des gesamten Standorts Deutschland.

D

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist es gut, dass die Bundesregierung heute festgelegt hat, wie in der Frage weiter verfahren werden soll, dass heute beschlossen worden ist, in Zukunft auch rückwirkend zu kontrollieren. ...

(Unruhe im Hause – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren, es ist bereits aus baustatistischen Gründen nicht gut, wenn sich die Abgeordneten wundersam dort hinten im Stehbereich mehren.

Ingo Egloff (fortfahrend): Deswegen ist es auch gut, dass rückwirkend überprüft wird, wie die Energieversorgungsunternehmen ihre Preise kalkulieren und gegebenenfalls dort eingegriffen werden kann.

Wir sollten uns davor hüten, in alte Gräben zurückzugehen: Kernenergie hier, regenerative Energie da. Man muss ganz nüchtern vor dem Hintergrund die Situation diskutieren, dass Deutschland ein Staat ist, der wenige fossile Brennstoffe hat. Außer Stein- und Braunkohle und ein ganz wenig Erdöl haben wir nicht viel und jeder kennt die Endlichkeit dieser Ressourcen. Deswegen ist es auch angebracht, sich Gedanken darüber zu machen, wie die zukunftsgerichtete Energiepolitik aussehen soll. Bei allem Verständnis dafür, dass die Unternehmer ein Interesse an geringen Strompreisen haben, muss man auch gucken, dass man Geld dafür ausgeben muss, um zukunftsgerichtete Energien, die diesem Staat auch nützen, zu unterstützen und zu schaffen.

A (Beifall bei der SPD)

Frau Dr. Schaal hat vorhin genannt, wie viel Geld in die Atomenergie geflossen ist. Diese Energieform wäre nie wettbewerbsfähig gewesen, wenn der Staat nicht in dieser Art und Weise eingegriffen hätte. Das ist viele Jahre Konsens in diesem Land gewesen und ich würde mir wünschen, dass bei zukunftsgerichteten Energien, wie beispielsweise der Windenergie, der Fotovoltaik und anderen Dingen dieser gesellschaftliche Konsens in diesem Land auch gefunden würde, weil das auch eine Chance ist, im Rahmen der Technologiepolitik diese Dinge zu produzieren und auch zu exportieren. Das ist eine Chance für die deutsche Wirtschaft und Herr Kerstan hat auf die Arbeitsplatzauswirkungen hingewiesen. Wenn wir diese Chance aus kurzfristigen Zielen heraus nicht nutzen, dann werden wir das in 20 Jahren bereuen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Lassen Sie mich ein letztes Wort zum Thema Standortplanung sagen. Herr Senator Dräger hat hier eben verkündet, die Stadt Hamburg hätte nicht so viel Einfluss, das sei Bundessache, das sei EU-Sache. Ich denke schon, dass der Senat vor dem Hintergrund dessen, was ich bei den Kraftwerkskapazitäten geschildert habe, hier eine Verpflichtung hat, im Zusammenspiel mit den norddeutschen Bundesländern – diese 12 000 Megawatt betreffen alle fünf norddeutschen Bundesländer – zu überlegen, wie die Energiepolitik in der Gesamtregion gestaltet werden soll, wenn wir nicht darauf angewiesen sein wollen, irgendwann die Energie per Leitung irgendwo herzubekommen und überhaupt keinen Einfluss und keine Gestaltungsmöglichkeiten mehr zu haben. Da ist der Senat gefordert. Der hier mehrfach zitierte Energiegipfel kann doch nicht heißen, dass der Wirtschaftssenator nur moderierend zwischen den Grundstoffindustriunternehmen dieser Stadt und den HEW auftritt, sondern die Aufgabe des Wirtschaftssenators ist es, hier auch zu gucken, was diese Grundstoffindustriunternehmen an Energiepolitik in dieser Stadt brauchen, und sich im Sinne des Standorts gegenüber den Energieversorgungsunternehmen dann auch zu verwenden. Das erwarten wir von einem Wirtschaftssenator, das ist er bisher schuldig geblieben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Kruse.

Rüdiger Kruse CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herrn Egloffs Rede hat schon mehr in Richtung Konsens geführt und das begrüße ich auch sehr. Ich habe mich gefragt, wie ich denn nun reagiere. Tue ich das, was Frau Schaal vermutet, dass wir zarte schwarzgrüne Bande knüpfen und greife das auf, wo Konsens besteht, oder weise ich die Angriffe von Herrn Kerstan gegen die Position von Herrn Mattner, die er ausgeführt hat, weil er ihn nicht richtig verstanden hat, aufs Schärfste zurück.

(Frank-Thorsten Schira CDU: Beides! und Beifall bei Wolfhard Ploog CDU)

– Genau, ich mache beides und freue mich darüber, dass das Plenum immer voller wird, was wahrscheinlich eher daran liegt, dass die Abstimmung naht.

(Dr. Till Steffen GAL: Ne, an Ihnen liegt das!)

– An mir liegt das, das ist nett.

Wir haben Verschiedenes gehört, unter anderem einen Streit darüber, ob es denn in Ordnung sei, die Windenergie so stark zu fördern und ob das das Ende des Standorts Deutschland sei. Ich glaube, wir sind uns in einer Sache einig: Es gibt einen Unterschied zwischen Windenergieanlagen, Braunkohlebergbau und der Lüneburger Heide. Letzteres ist ein von uns bewusst gewolltes Landschaftsbild und darum subventionieren wir auch die Erhaltung. Windkraftwerke, aber auch Löcher für Braunkohle macht keiner, um Landschaft zu gestalten. Das heißt, hier werden keine Gelder aufgewandt, um etwas für die Nachwelt zu schaffen, ...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, meine Äußerung gegenüber einem anderen Abgeordneten, was das Tageszeitung-Lesen angeht, gilt für jeden in diesem Hause.

Rüdiger Kruse (fortfahrend): ... sondern wir tun das einfach, um die Energieversorgung zu sichern. Schauen wir uns einmal an, wo denn eigentlich der Konsens zwischen uns liegt. Von der einen Seite ist gesagt worden, die Windenergie werde stark und mit Milliardenbeträgen gefördert, das ist richtig.

(Beifall bei Dr. Monika Schaal SPD und Christian Maaß GAL)

Ja, es ist richtig, dass das gemacht wird, Frau Dr. Schaal. Sie haben das vorweggenommen, insofern freue ich mich, dass wir uns da heute so einig sind, es ist auch in der Sache richtig. Die Idee ist in einer Zeit entstanden, als in der Bundesregierung maßgeblich die CDU saß. Als konservative Partei ändern wir unsere Meinung ja nicht so schnell und darum finden wir das nach wie vor gut.

(Dr. Monika Schaal SPD: Den Eindruck hat man nicht bei Ihnen, da herrscht doch Chaos!)

– Darum spreche ich auch jetzt, damit Sie mich und meine Union wieder lieb gewinnen.

Die Atomenergie oder Kernenergie – je nachdem, wie man das Ding nennen will – ist natürlich auch mit Milliardenbeträgen gefördert worden und die Steinkohleversorgungs fördern wir auch mit Milliardenbeträgen; offensichtlich geben wir ständig Milliardenbeträge für Energieversorgung aus. Sie kritisieren zu Recht, dass bei Energieträgern, die eigentlich schon extrem lange etabliert sind, immer noch Geld ausgegeben wird. Ich war sehr glücklich darüber, als im Wahlkampf im Saarland der CDU-Kandidat gesagt hat, wenn er gewählt würde, gäbe es keine saarländische Unterstützung mehr für die Steinkohle.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Peter Müller heißt der, das kann gesagt werden!)

– Peter Müller heißt er, danke, ich finde das immer schick, ich lasse mir meine Reden nicht schreiben, sondern lasse sie mir zuflüstern.

Peter Müller hat mit dieser, im Saarland wahrscheinlich selbstmörderischen, Ansage die Wahl gewonnen, sodass man sagen kann, man kann auch in der Energiepolitik mit Ehrlichkeit die Wahlen gewinnen.

A (Dr. Andrea Hilgers SPD: Haben Sie auch so ein Ding wie Bush hinten?)

– Nein, das geht bei uns viel subtiler. Wir verstehen uns einfach gut und das tun wir, weil wir zu einem Konsens gefunden haben, den wir Nachhaltigkeit nennen. Wir haben nicht mehr das Hickhack, dass da die Ökologen, da die Wirtschaftsleute und in der Mitte diejenigen sitzen, die das soziale Thema machen, sondern wir haben das zusammengefasst.

Wenn Sie jetzt die Standortdebatte nehmen, dann habe ich ein bisschen den Eindruck, um das Fragment einmal aufzugreifen, Herr Kerstan hat den Erfolg in der Absenkung von CO₂ so begründet, dass es eigentlich daran lag, dass veraltete Industrie in den neuen Bundesländern stillgelegt worden ist. Damit sind 18 Prozent erzielt worden und daraus will er jetzt die Lehre ziehen, auch in Hamburg diese Industrie stillzulegen. Wenn wir die Norddeutsche Affi, die Aluminiumwerke und den energieintensiven Mittelstand stilllegen, dann wird Hamburg tatsächlich weniger CO₂ emittieren. Ziel erreicht: Lokal ja, global nein.

Da Klimapolitik global ist, bedeutet das – das müssen Sie doch wissen –, dass für jede Produktionseinheit, ob Kupfer, Aluminium oder was auch immer, die nicht mehr in Hamburg, nicht mehr in Deutschland produziert, sondern in China, Taiwan oder auch in Polen, ein Schmutzfaktor hinzukommt – das ist ganz logisch – und die werden unter schlechteren Bedingungen produzieren.

(Beifall bei der CDU)

B Die Klimabilanz geht also nicht auf und die Grünen sind in einem Dilemma,

(Dr. Monika Schaal SPD: Nein, die CDU ist ein Dilemma!)

da sie viel Erfolg mit zwei Themen hatten. Sie hatten auf der einen Seite die wertkonservativen umweltschützerischen Ziele und auf der anderen Seite die Anti-Atombewegung und beide Ziele wollen und müssen sie bedienen. Umweltschutz ist inzwischen nach den vielen Maßnahmen, die wir getroffen haben, zum großen Teil Klimapolitik. Jetzt kommen Sie in das Dilemma, dass Sie, weil Sie Ihre Anti-Atomkraftbewegung bedienen müssen – Sie haben sich mit dem vorzeitigen Abschalten bestehender Kernenergieanlagen ja einen politischen Erfolg eingekauft –, uns damit eine Last in der Klimapolitik aufbürden, nämlich eine Last von 150 Millionen Tonnen zusätzlichem CO₂. Und wenn Sie jetzt sehen, dass Deutschland insgesamt aus Energie 850 Millionen Tonnen macht, dann sind das keine Peanuts. Das ist eine sehr große Dimension, die Sie zusätzlich obendrauf tun. Das heißt, indem Sie das eine bedienen, vermarmeln Sie Ihre umweltpolitischen Ziele.

(Beifall bei der CDU)

Sie müssen jetzt abwägen, ob Sie die Glaubwürdigkeit gegenüber Ihrer alten, in Brokdorf und Wackersdorf kämpfenden Garde erhalten wollen – das ist sicherlich auch ein Ziel – oder ob Sie sich klimapolitisch verantwortlich verhalten wollen. Klimapolitisch verantwortlich bedeutet, den Ersatz von heutigen Kernenergieanlagen möglichst so lange hinauszuzögern, wie es die Laufzeitmöglichkeit hergibt, damit man es erstens mit sauberer Technologie ersetzen kann, zweitens die Maßnahmen zu Energieeinsparungen greifen können und man drittens

mit diesem standortpolitischen Vorteil, nämlich billigem Strom aus existierenden Anlagen, die Innovation auf anderen Gebieten der Energieversorgung finanzieren kann.

Wir haben ja keinen reinen Binnenmarkt, wir sind in einer Konkurrenzsituation, sodass wir nicht nur durch die Verteuerung von Energie in Deutschland alles retten können. Wir sind uns einig, dass die fossile Energie immer teurer wird, von daher besteht weltweit ohnehin ein Innovationsdruck. Die Politik muss so geschickt sein, in Deutschland die Energiekosten um einen gewissen Teil höher zu halten, damit in Deutschland mehr Innovation gemacht wird, die wir dann wiederum – was Sie auch zu Recht sagen – als Marktvorteil international ummünzen können. Aber es muss so bleiben, dass unsere Industrie und unsere Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Und da liegt der energiepolitische Konsens. Sie haben völlig zu Recht festgestellt, Herr Kerstan, dass die Antwort des Senats – da bin ich dann bei Schwarzgrün – aus grüner Feder hätte stammen können. Sie hätte auch aus der Feder von Frau Dr. Schaal und Herrn Egloff stammen können, weil hier die richtige Linie liegt, ein vernünftiger Energiemix, das klare Ziel, bei hoher Produktivität und hoher Beschäftigung den Energieverbrauch deutlich abzusenken und Raum und Platz für Innovation und neue Technologie zu finden. Das wäre ein guter gemeinsamer Hamburger Weg. – Danke sehr.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Sodann bekommt das Wort der Abgeordnete Maaß.

Christian Maaß GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kruse, es war vieles richtig, was Sie gesagt haben,

(Karen Koop CDU: Na, Mensch!)

aber ob das wirklich überparteilich und vor allem innerhalb der CDU der Konsens ist, da habe ich doch, wenn ich mir so manche Gesichter dieser Seite angucke,

(Dr. Andreas Mattner CDU: Sie können keinen Keil zwischen uns treiben, Sie nicht!)

während Ihrer Rede so meine Sorgen gehabt, ob das nun wirklich der Fall sein soll.

(Beifall bei der GAL)

Zu Herrn Dräger noch eine Klarstellung. Da wurde doch tatsächlich wieder die Mär aufgewärmt, dass die Öko-steuer, das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz standortschädigende Maßnahmen insbesondere für die deutsche Industrie gewesen seien – so kam das mehr oder weniger wortwörtlich. Das behauptet in solcher Form noch nicht einmal Herr Marnette. Wir waren vor Ort bei den Hamburger Aluminiumwerken und haben uns das angeguckt. Wir haben gefragt, was sie belastet.

(Dr. Andreas Mattner CDU: Falsche Firma!)

Die dortige Belastung ist diese Wegelagerung bei den Netznutzungsentgelten, die die Strompreise in die Höhe treiben,

(Beifall bei der GAL)

- A denn sowohl bei der Ökosteuer als auch beim Erneuerbare-Energien-Gesetz ist die Großindustrie, sind die großen Stromabnehmer doch explizit ausgenommen, weil wir genau wissen, dass wir diese Industrie auch in Deutschland brauchen, die hier sehr effizient und auch effektiv wirtschaften kann

(Bernd Reinert CDU: Sie wissen nicht mal, dass Herr Marnette bei der Affi ist!)

und dass eine solche Industrie in Ländern wie China oder anderen Ländern, die nicht diese Effizienz walten lassen, sondern einfach Dreckschleudern hinsetzen, nicht im Sinne des Klimaschutzes ist. Wir sind doch nicht blöd, deswegen gibt es doch diese Ausnahmeregelung in den Gesetzen und deswegen unterstellen Sie uns nicht so etwas.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, so herum dürfen Sie es gerade noch sagen.

(Beifall bei der CDU)

Christian Maaß (fortfahrend): – Ich habe auch nichts anderes gesagt, wir sind doch nicht blöd.

Das Zweite, was ich klarstellen möchte. Es wurde von Herrn Senator Dräger gesagt, es gebe kein Szenario, wie die Stromversorgung in 20 Jahren in Deutschland aussehen solle. Da gibt es nun wirklich genug Gutachten, auch vonseiten der Bundesregierung, vonseiten des wissenschaftlichen Beirats für globale Umweltveränderungen, die sogar ein globales Szenario ausgearbeitet haben, wie in 20, wie in 50 Jahren eine globale Energieversorgung aussehen kann, die hauptsächlich darauf basiert, dass Energie effizient bewirtschaftet wird und es erneuerbare Energien gibt. Das sind die drei Säulen, auf denen unsere Energiepolitik aufbaut: erneuerbare Energien, Energieeinsparungen und Energieeffizienz. Das sind die drei E's und das werden die Säulen sein, auf die die Energiewirtschaft in 20 Jahren und in 40 Jahren nicht nur in Deutschland, sondern global fußen muss, weil es aufgrund der Endlichkeit der Ressourcen gar nicht anders geht.

(Beifall bei der GAL)

Wir müssen doch gemeinsam zur Kenntnis nehmen, dass wir vor einem riesigen Strukturwandel in den Industriestaaten stehen. Wir befinden uns im Moment noch im Ölzeitalter. Wir sind so abhängig vom Öl wie wahrscheinlich noch nie. Das müssen wir doch auch zur Kenntnis nehmen. Wir sehen, was ein Ölpreis von 50 Dollar pro Barrel für Folgen auch für die Volkswirtschaften hat. Wir nähern uns aber – der genaue Zeitpunkt ist noch nicht klar, da gibt es unterschiedliche Gutachten – dem Zeitpunkt, wo die steigende Energienachfrage global, hervorgerufen durch Länder wie China und Indien, nicht mehr durch eine Ausweitung der Förderung von fossilen Rohstoffen, namentlich von Öl, gedeckt werden kann. Das ist möglicherweise heute schon nicht mehr möglich. Die internationale Energieagentur hat gesagt, spätestens im Jahre 2030 sei dieser Scheitelpunkt erreicht und ab da stehen, wenn wir weiterhin vom Öl abhängig sind, unsere Volkswirtschaften vor einem riesigen Problem, und zwar nicht nur vor einem Klimaproblem, sondern vor dem Problem, dass der steigende Energiebedarf dann nicht mehr gedeckt werden kann.

Deswegen müssen gerade wir Industriestaaten, die wir bisher an der Spitze der technologischen Entwicklung gestanden haben, vorbereitet sein. Deswegen müssen wir vorbereitet sein, ein Energieszenario zu schaffen, das zu diesem Zeitpunkt dann einsetzen und immer noch genug Energie für die Bedürfnisse der Menschen auf dieser Welt bereitstellen kann, und davon wollen wir Industrieländer auch profitieren.

Auch wir Hamburger wollen zu den Profiteuren eines solchen notwendigen Strukturwandels gehören; darauf hat Herr Kerstan hingewiesen. Diejenigen Industrieländer, die, wenn dieser Scheitelpunkt eintritt, erneuerbare Energie bereitstellen können, sie energieeffizient nutzen können – solche Technologien werden dann sehr, sehr nachgefragt sein –, werden dann einen riesigen Vorteil haben. Wir möchten, dass Hamburg hiervon profitiert und deswegen setzen wir auch in Hamburg auf den Ausbau von erneuerbaren Energien und die Schaffung von Ressourcen für Energieeffizienz und neue Technologien. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann stelle ich fest, dass die Große Anfrage, Drucksache 18/796, besprochen worden ist.

Wer stimmt einer Überweisung an den Wirtschaftsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 14 auf, Drucksache 18/865, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Mattscheibe oder digitales Fernsehen für alle? Hamburg muss die Einführung des digitalen Antennen-Fernsehens optimal organisieren.

[Große Anfrage der Fraktion der SPD: Mattscheibe oder digitales Fernsehen für alle? Hamburg muss die Einführung des digitalen Antennen-Fernsehens optimal organisieren – Drucksache 18/865 –]

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Wirtschaftsausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Grund bekommt es.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Uwe Grund SPD: meine Damen und Herren! In zwölf Tagen kommt das digitale terrestrische Überall-Fernsehen nach Hamburg. Wir freuen uns, dass die norddeutschen Länder diesen Schritt nun gemacht haben. Die DVB-T-Einführung – eine schwierige Abkürzung für das Überall-Fernsehen, das ich jetzt so bezeichnen möchte – hat in Berlin begonnen, wurde im Ruhrgebiet fortgesetzt und soll, nachdem es jetzt im Norden eingeführt wird, bald in der ganzen Republik stattfinden.

Damit wird das kostenlose Antennenfernsehen qualitativ wieder wettbewerbsfähig. Die neue Technologie heißt nicht umsonst Überall-Fernsehen. Es bringt uns eine neue Fernsehfreiheit und macht das Empfangen von Fernsehen an allen Orten möglich, im Wald und auf der Heide, in Schrebergärten, auf Reisen und bald auch auf dem Laptop oder über das Handy. Überall-Fernsehen

- A lockt den Zuschauer aus der Sofaecke hervor, so muss man das wirklich sagen. Mit DVB-T bekommt das Fernsehen Beine. Es beginnt die terrestrische digitale Zukunft in Hamburg, wie auch schon in anderen Ländern.

Das hört sich interessant an, aber nicht allein die Frage der Sofaecke und des Fernsehgeräts sind entscheidend, sondern mit diesem neuen Überall-Fernsehen hat es eine Menge Inhaltliches auf sich. Es gibt jetzt eine hochwertige Alternative zu den Kabelnetz- und Astra-Satelliten-Betreibern. Man darf zu Recht davon ausgehen, dass sich dieser neue Wettbewerb, durch DVB-T ausgelöst, auch als preisregulierende Maßnahme auf diesem Sektor auswirken wird. Bei den Kabel- und Satelliten-Betreibern ist die Unruhe auch groß. Inzwischen wird in diesem Zusammenhang über einen Rechtsvorstoß bei der EU nachgedacht.

Wie wichtig ist diese Angelegenheit für die Stadt? Von DVB-T profitieren in Hamburg 8,5 Prozent der Haushalte; das sind 80 000 Haushalte, rund 140 000 Menschen, also keine Bagatelle. Nicht zu vergessen ist, dass über die antennenbetriebenen Zweit- und Drittgeräte noch viele weitere Nutzerinnen und Nutzer hinzukommen werden. Dies ist eine interessante und gute Entwicklung für die Stadt mit vielen weiteren positiven Perspektiven.

Es wird möglicherweise nicht mehr sehr lange dauern, bis der Präsident im Parlament ein neues Problem bekommt, denn säße hier vorne auf Ihrem Platz, Frau Koop, noch unser Hardcore-Technikfreak Müller-Sönksen, bin ich fest davon überzeugt, dass er seinen PC nicht nur zum Tippen seiner letzten Pressemeldungen nutzen, sondern sich nebenher auch noch die neuesten Nachrichten von NTV anschauen würde.

- B Aber wie dem auch sei, DVB-T kann eben mehr als nur Fernsehen. Es ist ein drahtloser breitbandiger Datennetzzugang für jedermann. Mit Hilfe der Antennendigitaltechnik lassen sich auf ein und demselben Weg Fernsehen, Radio und Internet empfangen, die Bedeutung ist also beachtlich.

Nach Ansicht der "Stiftung Warentest", die bisher die angebotene Produktpalette überprüft hat, gibt es bei den Decodern noch eine ganze Menge Entwicklungen, die nicht abgeschlossen sind; wir sind also weit hinter den Visionen zurück. Außer dem tragbaren TV-Gerät und einer Empfangstechnik für Computer-Notebooks ist bisher noch nicht viel zu merken; machbar wäre aber mehr.

Der Blick nach Berlin und Nordrhein-Westfalen ist interessant, weil dort die Einführung bereits erfolgt ist und sich die Frage stellt, wie man dort damit umgegangen ist. In Berlin und Nordrhein-Westfalen sind eine Menge Probleme aufgetreten. Es wurde eine Hotline für technische Fragen eingerichtet, die auch in Hamburg von ganz besonderer Bedeutung und Güte wäre. In Berlin gab es weit über 20 000 Anrufe von Nutzerinnen und Nutzern bei der allgemeinen Hotline im Zusammenhang mit dieser Technik, also fast jeder siebte Nutzer dieser Technik hat von diesem Angebot Gebrauch gemacht.

Ein anderer Schwachpunkt ist bei dem Thema Antenne zu sehen. Die "Stiftung Warentest" sagt, dass von 14 getesteten Produkten nur drei wirklich den Ansprüchen genügen. Als das Überall-Fernsehen nach Bonn gekommen ist, war gerade Fußball-Europameisterschaft. Aufgrund technischer Probleme blieb beim Fußballspielen der Bildschirm schwarz. Das ist ja der mediale Super-GAU in der Fußballnation und wir alle hoffen, dass uns

das in Hamburg erspart bleibt, da die Spiele des HSV inzwischen wieder interessanter werden und es sich lohnt, sich das auch anzugucken.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Das Problem, auf das ich eigentlich zu sprechen kommen will, ist die Sozialverträglichkeit der Technikumstellung. In Berlin konnten die Sozialhilfeempfänger beim Sozialamt Decoder beantragen. In Zusammenarbeit mit der Rundfunkhilfe e. V., der Medienanstalt und dem Senat wurden noch vor dem Start der Einführung 4000 Geräte bestellt und bereitgehalten. Die Antragsteller mussten nachweisen, dass sie von der Rundfunkgebühr befreit waren und in der Wohnung kein anderer Empfang möglich war. Nach Prüfung der Genehmigung wurden die Geräte von der Rundfunkhilfe ausgegeben. Die Antragsteller mussten nur ein Viertel des Gerätepreises bezahlen. Insgesamt wurden in der Bundeshauptstadt knapp 6000 Empfangsgeräte gegen Antrag vergeben. Die Kosten von circa 1 Million Euro wurden zu 75 Prozent von der Medienanstalt Berlin-Brandenburg getragen, ein Viertel übernahm das Sozialamt. Das ist in Hamburg anders. Der Haushalt der HAM – also unsere Landesmedienanstalt – ist durch diesen Senat bereits so geplündert, dass dort wahrscheinlich für solche Zwecke nichts zu holen sein wird. In Hamburg denkt man nicht einmal daran, weitere Handreichungen für die Betroffenen zu prüfen. Es wird weder über Teilzahlungsmodelle nachgedacht, noch mit Lieferanten über Rabatte gesprochen, um entsprechende Großanschaffungen zu organisieren. Die betroffenen Menschen werden mit dem Problem allein gelassen.

In unserer Stadt will man sich seitens der politisch Verantwortlichen ganz offensichtlich um den Sachverhalt herummogeln. Da ARD, NDR und ZDF nach der Umstellung noch eine Parallelschaltung mit der üblichen bisherigen Antennenleistung machen, soll das noch sechs Monate analog zu empfangen sein. So argumentiert man in der Sozialbehörde, das genüge für die Grundversorgung, man könne sich ja im Einzelfall noch umentscheiden.

Was dieser Senat in diesem Zusammenhang für die betroffenen einkommensschwachen Haushalte plant, verdient nur ein Wort: Der Senat plant das Sparfernsehen für Arme. Ich frage mich, was denn nach diesen sechs Monaten kommt, wenn genau diese Übertragungsmöglichkeiten im Bereich der bisherigen Regelung nicht mehr existieren. Die Sozialbehörde argumentiert weiter, nach dem 1. Januar sei der Regelsatz für Sozialhilfe ja höher und die Hilfeempfänger sollten die rund 150 Euro für ein wirklich brauchbares Gerät samt Antenne selber finanzieren.

Wie das gehen soll, darüber macht sich Frau Schnieber-Jastram offensichtlich keine Gedanken. 150 Euro sind für viele einkommensschwachen Haushalte ein Betrag, der nicht mal so eben aus der Tasche oder aus Rücklagen zu leisten ist. Wer heute als Sozialhilfeempfänger bei der DVB-T-Hotline anruft, dem wird empfohlen, sich an das zuständige Sozialamt zu wenden und damit beginnt dann das Verwirrspiel. Im Sozialamt weiß man von einer Einzelfallregelung, die vom Senat angesprochen wird, überhaupt nichts. Also ist die Frage an den Senat, wie diese Einzelfallregelung, Frau Schnieber-Jastram, denn aussehen soll. Weshalb wurde nicht im Vorfeld eine vernünftige Konstruktion für einkommensschwache Haushalte geschaffen? Man kann davon ausgehen, dass in Hamburg – um die Größenordnung darzulegen – etwa 3000 bis 4000 Haushalte betroffen sind, die bei der Anschaffung des

- A Decoders auf Unterstützung angewiesen wären und diese Unterstützung übrigens auch rechtlich beanspruchen können.

Eine weitere Frage ist, was eigentlich mit den Empfängern von Arbeitslosengeld II passiert. Müssen sie die Geräte selber anschaffen? Wer beim Arbeitsamt nachfragt, erhält keine Antwort, die irgendwie weiter hilft. Ganz offensichtlich sagt man, auch diese Betroffenen sollten das alles aus eigener Tasche leisten. Ich habe den Eindruck – das war auch das Kalkül der Senatorin –, dass das Ganze in der großen Hartz-Debatte untergehen soll. Das Nachsehen haben am Ende dann die Betroffenen.

Was aber spricht eigentlich dagegen, jetzt noch eine sozialverträgliche Lösung zu schaffen? 12 Tage sind nicht mehr viel Zeit, aber man kann ja etwas tun; gegen eine solche Lösung spricht wirklich nichts. Es ist eine überschaubare Anzahl von betroffenen einkommensschwachen Haushalten, die unterstützt werden müssen, das Problem ist zu meistern, also handeln Sie, Frau Senatorin. Demokratie lebt von der Kommunikation und damit vom Medienzugang. Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts aus dem Jahr 1997 hat jeder Mensch in Deutschland das Recht auf Fernsehen. Es wird gesagt, alte, kranke und behinderte Menschen hätten die Möglichkeit, sich an die Arbeitsgemeinschaft für freie Wohlfahrtsverbände zu wenden, dort könnten sie ein Empfangsgerät beim Verein Rundfunkhilfe beantragen. Aber meine Recherchen bei den betroffenen Verbänden haben ergeben, dass man dort auf das Problem kaum vorbereitet ist; Senatsunterstützung? Auch hier nichts als Fehlanzeige.

- B Meine Damen und Herren! Die ARD-Mediaforschung äußert sich zur DVB-T-Einführung in Bremen, Niedersachsen und Berlin positiv. Die Zahl der neuen Techniknutzer steigt. Eine Begleitforschung, wie sie in Berlin vorgesehen war, wird allerdings in Norddeutschland abgelehnt. Auch hier stellt sich die Frage, warum eigentlich. Möglicherweise läßt das terrestrische digitale Fernsehen viele Hamburger zum Abschied aus dem bisherigen Kabel- oder Satellitenempfang ein. Das gebührenfreie Überall-Fernsehen ist langfristig günstiger. Wir haben insbesondere in Mehrfamilienhäusern ein Problem mit den laufenden Kabelverträgen. Wir hatten Kontakt mit den Mieterverbänden und der Mieterverein sagte uns, dass das Problem existiere, dass man diese Verträge kündigen müsse, aber die Laufzeiten sehr lange seien. Zwei Jahre sind in der Tat eine sehr lange Zeit und ich hoffe, dass hier in Kürze eine rechtliche Klärung herbeigeführt werden kann.

Zusammengefasst: DVBT ist eine tolle Sache und diese tolle Sache wird in Zukunft noch besser. Vom Senat verlangen wir, diejenigen Menschen, die Unterstützung bei der Einführung der neuen Technik brauchen, nicht im Stich zu lassen. Wenn die Lokomotive des digitalen Fernsehens weiter Richtung Süden fährt, darf im Norden niemand vor der Mattscheibe sitzen bleiben und dafür zu sorgen, ist Ihr Job; machen Sie ihn.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Rusche.

Dietrich Rusche CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn man die Rede von Herrn Grund eben

gehört hat, dann muss man denken, es kommt etwas ganz Furchtbares auf uns alle zu.

(Petra Brinkmann SPD: Ganz im Gegenteil, das hat er doch gesagt!)

Richtig ist das genaue Gegenteil. Wir können uns darüber freuen, dass das digitale Fernsehen demnächst in Hamburg Einzug hält und wir in Hamburg und in Norddeutschland damit an der Spitze der technischen Entwicklung stehen zusammen mit Berlin und Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CDU)

Der Süden Deutschlands, der uns in vielen Dingen immer als Beispiel vorgestellt wird, hinkt kräftig hinterher. Wir gehören in Hamburg zu den ersten, die von dieser technischen Neuerung mit Freude Gebrauch machen können.

In der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der SPD ist diese Tatsache im Detail erörtert worden und da blieb keine Frage unbeantwortet. Der Beitrag von Herrn Grund hat dazu auch nichts mehr beitragen können mit einer Ausnahme und das verwundert mich wirklich. Die positive Tatsache ist, dass die rund 7 Prozent bis 8 Prozent, die in Hamburg noch mit einer simplen Haus- oder Zimmerantenne mehr oder weniger ihr Fernsehprogramm betrachten können, künftig mit Hilfe eines Zusatzgeräts, das es ab 100 Euro gibt, eine Vielzahl von Programmen in deutlich verbesserter Qualität werden sehen können.

(Gesine Dräger SPD: Das hat Herr Grund eben alles gesagt!)

Das ist das Positive, das ist die Botschaft, um die es eigentlich geht. Nun kann man natürlich – das ist in Deutschland leider oft der Fall, wenn die Reichsbedenkenträger kommen – alles schlecht reden und so klang es eben in der Rede von Herrn Grund. Natürlich gibt es in unserer Stadt wie in allen Städten auch Sozialhilfeempfänger, denen es schwer fällt, die Fernseh- und Rundfunkgebühren zu bezahlen, und dafür gibt es geregelte Vorschriften, dafür gibt es Gesetze und Vorschriften. Und genau nach diesen Vorschriften, die Ihnen ja bestens bekannt sind, Herr Grund, wird auch in diesem Falle vorgegangen werden. Jeder, der einen berechtigten Anspruch auf finanzielle Unterstützung beim Kauf eines solchen Geräts hat, wird den vorgeschriebenen Weg gehen und nach entsprechender Prüfung auch seine Unterstützung bekommen. Das muss man hier nicht in aller Breite diskutieren, man kann es natürlich tun, aber dazu haben wir auch den Ausschuss. Die GAL hat die Überweisung an den Ausschuss beantragt, wir werden dem zustimmen, damit wir diese und vielleicht noch weitere Bedenken dort in aller Ruhe diskutieren können.

Ich bleibe bei dem, was ich eingangs gesagt habe. Ich freue mich, dass Hamburg demnächst in puncto Fernsehempfang die modernste Stadt Deutschlands sein wird. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Müller.

(Uwe Grund SPD: Nicht zugehört! – Gesine Dräger SPD: Vielleicht hört er ja jetzt bei Ihnen zu!)

Farid Müller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Freuen tun sich bestimmt einige Leute, die Frage ist nur, ob Sie sich auch freuen, Herr Rusche. Haben Sie

C

D

- A denn Antennenfernsehen? Wahrscheinlich nicht. Sie werden wahrscheinlich, wie die Mehrheit der Hamburger und Hamburgerinnen, Kabel haben.

Da ist nämlich schon der Punkt. Diese 8,5 Prozent der Hamburger und Hamburgerinnen, die noch analog empfangen, sind meistens ältere Menschen und meistens arme Menschen.

(Zuruf von *Klaus-Peter Hesse CDU*)

– Meistens, Herr Hesse.

Wir freuen uns, dass auch diese Menschen mehr Programme empfangen können. Aber wir freuen uns nicht darüber, dass der Senat sich keine Gedanken darüber gemacht hat, wie man den älteren Menschen hilft, die vielleicht das Geld, aber technische Probleme haben, damit umzugehen. Es gibt auch keine entsprechenden Informationen von der HAM. Es wäre schon Aufgabe des Staates

(*Bernd Reinert CDU*: Einen staatlichen Fernseh-techniker zu besorgen!)

und in diesem Falle der CDU-Senatorin, die für beides verantwortlich ist, erstens für die Älteren und zweitens für die Sozialhilfeempfängerinnen, dafür zu sorgen, damit diese technische Neuerung nicht diskreditiert wird und alte und arme Menschen in dieser Frage nicht alleine gelassen werden.

Den nächsten Punkt hat Herr Grund zu Recht angesprochen: Es gibt offensichtlich in Hamburg keine einheitliche Regelung, wie die Sozialämter damit umzugehen haben. Hier muss von der Sozialbehörde ein Erlass kommen, der genau regelt, ...

B

(Unruhe im Hause – Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Müller, Entschuldigung. Ich würde Ihnen gerne etwas mehr Gehör verschaffen. Wir sind bei der letzten Debatte dieses Tages und vielleicht ist es möglich, dass sich alle etwas disziplinieren und leise sind.

Herr Müller, bitte.

Farid Müller (fortfahrend): Vielen Dank.

Dieser Erlass sollte genau regeln, wie die Menschen einheitlich in dieser Stadt behandelt werden können, wenn sie es sich nicht leisten können, einen solchen Decoder zu kaufen. Das fehlt noch, da muss nachgearbeitet werden.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Es ist natürlich nicht hinzunehmen zu sagen, für die nächsten Monate gibt es dann halt nur die öffentlich-rechtlichen Programme wegen der Doppelsendetechnik und bei den Privaten ist zappenduster. Das Bundesverfassungsgericht hat sehr deutlich gesagt, dass es eine Grundversorgung mit elektronischen Medien gibt und wir wissen alle, dass dazu inzwischen auch die Privaten gehören. Es kann also kein Argument sein, den Menschen zu sagen, ihr habt ja noch ein paar Monate die öffentlich-rechtlichen Sender und bis dahin könnt ihr das Geld für einen Decoder ansparen. So geht es nicht und das wissen Sie auch alle. Aber ich fürchte, dass diese Argumentation genau bei den Menschen greifen soll, die sich dagegen nicht wehren können, denn wer geht dafür

schon zum Bundesverfassungsgericht; darauf wird natürlich spekuliert.

C

Meine Damen und Herren! Eben ist von Herrn Rusche zu Recht hingewiesen worden, dass dies eine technische Neuerung ist, und wir Grünen begrüßen dies auch, denn es passiert in einem Markt, der bisher im Wesentlichen von zwei Anbietern bestimmt wurde, nämlich von den Kabelbetreibern – vormals die Telekom, jetzt privatisiert – und den Satellitenempfängern. Wir haben einen dritten Übertragungsweg und das ist digital-terrestrisch. Das Gute daran ist, dass damit die Marktmacht der Verbraucherinnen gestärkt wird. Sie können sich jetzt mehr entscheiden, ob sie auf terrestrisch umsteigen, denn wie wir alle inzwischen gelesen haben, ist es auch günstiger. Es ist die einmalige Anschaffung des Decoders, für manche auch noch eine kleine Antenne, und dann entfallen die Kabelgebühren.

Von der Senatorin würde ich mir noch eine Antwort auf die Frage vieler Menschen wünschen, wie man vom Kabelempfang umsteigen kann. Bisher gab es Empfehlungen des Mieterbundes, die aber noch ein bisschen vage sind. Auch der Senat eine Pflicht, Empfehlungen herauszugeben, wie man sich zu verhalten hat, wenn man als Mieter in einer größeren Einheit wohnt, denn wir haben alle ein Interesse daran, dass die Monopole in dieser Form – die Kabelbetreiber und auch die Satellitenbetreiber – nicht mehr alleine den Markt beherrschen.

Wenn wir es denn gut finden, dass mehr Bewegung in den Markt kommt, was ich und auch wir als Grüne gut finden, dann stellt sich doch die Frage – Herr Grund hat das zu Recht angesprochen –, wieso Hamburg hier nicht eine große Vorreiterrolle spielen kann, was die Vermarktung dieser mobilen Geräte betrifft, denn das ist der eigentliche wirtschaftliche Clou daran. Die mobilen Geräte, die Handys, aber auch die Laptops werden demnächst nicht mehr über das Internet empfangen, sondern über DVBT und das ist ein großer Markt. Hier hätte man als Hamburger Senat durchaus einmal ein Forschungsprojekt auf den Weg bringen können mit kleinen Unternehmensgründungen, wie das für uns in dieser Stadt ausgenutzt werden kann, wo wir doch eine sehr starke IT-Wirtschaft haben. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir erkennen würden, dass das ein Markt ist, in den wir Hamburger gehen, und das nicht Braunschweig überlassen. Für diejenigen, die es nicht wissen: Braunschweig hat DVBT erfunden, nicht Hamburg.

D

Meine Damen und Herren! Diese Chancen sind bisher nicht erkennbar genutzt worden, wir sollten im Ausschuss darüber sprechen. In diesem Falle arbeiten wir alle am Wohle Hamburgs, denn Arbeitsplätze sind rar und wir sollten sie nicht nur bei Airbus suchen. Insofern muss man jede kleine Chance, die sich ergibt, wahrnehmen.

Vor diesem Hintergrund fasse ich noch einmal zusammen: Die Sozialverträglichkeit sollte Aufgabe auch des Senats sein, er sollte das wirklich ernst nehmen. Es kann schnell zu einer Diskreditierung auch dieses neuen Systems in den Medien kommen, wenn die Mattscheibe demnächst dunkel ist. Das wollen wir nicht und wir wollen es auch für die Betroffenen nicht. Die wirtschaftliche Ausnutzung dieser neuen Technik ist bisher hier verschlafen worden. Da wünsche ich mir ein bisschen Nacharbeit einerseits von Herrn Dräger – Forschungsschwerpunkt – und andererseits von unserem Wirtschaftssenator. – Vielen Dank.

A (Beifall bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stelle ich fest, dass die Große Anfrage, Drucksache 18/865, besprochen worden ist.

Wer einer Überweisung der Drucksache an den Wirtschaftsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dem ist einstimmig stattgegeben worden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 41, Bericht des Wissenschaftsausschusses zu den Themen:

Erstens: Bericht des Ärztlichen Direktors über die aktuelle Lage des UKE.

Zweitens: Qualitätssicherung – Aufbau und Stand des Systems der Qualitätssicherung im UKE am Fachbereich Medizin.

Drittens: Projektstand Masterplan – bauliche Entwicklung.

[Bericht des Wissenschaftsausschusses:

1. Bericht des Ärztlichen Direktors über die aktuelle Lage des UKE

2. Qualitätssicherung – Aufbau und Stand des Systems der Qualitätssicherung im UKE am Fachbereich Medizin in Krankenversorgung, Forschung und Lehre

3. Projektstand Masterplan – bauliche Entwicklung (Selbstbefassung) – Drucksache 18/1025 –]

Die Fraktionen haben sich einvernehmlich darauf geeinigt, auf eine Debatte zu verzichten.

B Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zum Punkt 44 der Tagesordnung, Antrag der CDU-Fraktion: Aufbau einer IT-Projekt-Datenbank zur zentralen Erfassung von IT-Projekten in der Bundesrepublik Deutschland.

[Antrag der Fraktion der CDU:

Aufbau einer IT-Projekt-Datenbank zur zentralen Erfassung von IT-Projekten in der Bundesrepublik Deutschland – Drucksache 18/947 –]

Auch hier haben sich die Fraktionen einvernehmlich darauf geeinigt, auf eine Debatte zu verzichten.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Antrag aus der Drucksache 18/947 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei einer Anzahl von Enthaltungen ist der Antrag angenommen.

Die GAL-Fraktion hat eine nachträgliche Überweisung der Drucksache 18/947 an den Haushaltsausschuss beantragt. Wer stimmt dem zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einvernehmlich so beschlossen worden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 21, den Berichten des Eingabenausschusses, Drucksachen 18/913 bis 18/917.

[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben – Drucksache 18/913 –]

[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben – Drucksache 18/914 –]

[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben – Drucksache 18/915 –]

[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben – Drucksache 18/916 –]

[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben – Drucksache 18/917 –]

Zunächst zum Bericht 18/913.

Wer zu der Eingabe 304/04 der Ausschussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieses ist mit Mehrheit angenommen worden.

Wer sich der Empfehlung anschließt, die der Ausschuss zur Eingabe 336/04 abgegeben hat, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei einer großen Anzahl von Gegenstimmen ist dieses angenommen.

Wer den Ausschussempfehlungen zu den übrigen Eingaben zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieses ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Bericht 18/914. Zunächst zur Ziffer 1.

Wer zur Eingabe 390/04 der Ausschussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei einer großen Anzahl von Enthaltungen ist dieses angenommen worden.

Wer sich der Empfehlung anschließt, die der Ausschuss zur Eingabe 471/04 abgegeben hat, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei nicht totaler Beteiligung ist dieses mit Mehrheit angenommen.

Wer den Ausschussempfehlungen zu den übrigen Eingaben zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch dieses ist mit Mehrheit angenommen.

In Ziffer 2 wird eine Kenntnisnahme empfohlen. Diese ist erfolgt.

Wir kommen zum Bericht 18/915, zur Ziffer 1.

Wer zu der Eingabe 244/04 der Ausschussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei einer großen Anzahl von Gegenstimmen ist dieses angenommen.

Wer den Ausschussempfehlungen zu den übrigen Eingaben zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieses ist einstimmig angenommen.

Wer das Ersuchen in Ziffer 2 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieses ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Bericht 18/916.

Wer zur Eingabe 464/04 der Ausschussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Mit einer großen Anzahl von Gegenstimmen ist dieses angenommen.

Wer schließt sich der Empfehlung an, die der Ausschuss zur Eingabe 491/04 angegeben hat? – Gegenprobe. –

C

D

- A Enthaltungen? – Dieses ist ebenso bei einer großen Anzahl von Gegenstimmen angenommen.

Wer den Empfehlungen zu den Eingaben 429, 497 und 499, alle aus 2004, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieses ist mit Mehrheit angenommen.

Wer die Ausschussempfehlungen zu den übrigen Eingaben annimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Wer sich der Empfehlung anschließt, die der Ausschuss außerdem zu der Eingabe 473/04 abgegeben hat, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Wer sich der Empfehlung anschließt, die der Ausschuss außerdem zu der Eingabe 491/04 angegeben hat, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei einer großen Anzahl von Gegenstimmen ist dieses angenommen.

Wir kommen zum Bericht 18/917.

Mit ist mitgeteilt worden, dass hierzu aus den Reihen der GAL-Fraktion gemäß Paragraph 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt wird. Wer wünscht es? – Frau Möller und sie bekommt es. Sie haben das Wort für maximal fünf Minuten.

Antje Möller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dies ist mehr eine formale Geschichte. Wir haben uns im Eingabenausschuss zu der Eingabe 253/04 nach langer intensiver Diskussion auf drei Empfehlungen verständigt. Das geht nicht eindeutig aus dem Bericht hervor. Deswegen möchte ich darauf hinweisen, dass zu der Eingabe 253/04 lediglich einmal mit Mehrheit beschlossen wurde und es zu zwei Empfehlungen ein einstimmiges Votum gab. Ich bitte um Berücksichtigung dieser Abstimmung.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Bericht vorliegen, dann kommen wir zur Abstimmung, zunächst zur Ziffer 1.

Wer sich der Empfehlung anschließt, die der Ausschuss hinsichtlich der Aufhebung der Radwegebenutzungspflichten zur Eingabe 253/04 abgegeben hat, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei einer großen Anzahl von Nein-Stimmen ist dieses angenommen.

Wer sich den übrigen Empfehlungen zur Eingabe 253/04 anschließt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Wer der Empfehlung zur Eingabe 301/04 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei einer großen Anzahl von Enthaltungen ist dieses angenommen.

Wer die Ausschussempfehlung zu den übrigen Eingaben annimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Zu den Ziffern 2 bis 4 werden Kenntnisnahmen empfohlen. Diese sind erfolgt.

Wer das Ersuchen in Ziffer 5 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht*

haben Sie erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer den Überweisungsbegehren unter B zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so angenommen worden.

Wer sich den Ausschussempfehlungen unter C anschließt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist einstimmig erfolgt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 16, Senatsantrag zum Haushaltsjahr 2004, "Wohngeld, Zweckzuweisungen an die Bezirke", hier: Nachträgliche Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben nach Paragraph 37 Absatz 4 Landeshaushaltsordnung.

[Senatsantrag:

Haushaltsjahr 2004

6100.681.86 "Wohngeld, Zweckzuweisungen an die Bezirke"

hier: Nachträgliche Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben nach § 37 Absatz 4 LHO

– Drucksache 18/993 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen. Wer stimmt dem zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dem Überweisungsbegehren ist nicht stattgegeben worden. Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Wer den Senatsantrag annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Mit einer großen Anzahl von Gegenstimmen ist dieses angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senatsvertreter gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Beschluss in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 20 a, Vorlage des Präsidenten der Bürgerschaft: Volkspetition "Kopfloses Sparen gefährdet Innere Sicherheit!"

* Siehe Anlage 2 Seite 685

A [Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Volkspetition "Kopfloses Sparen gefährdet Innere Sicherheit!" – Drucksache 18/1063 –]

Die Bürgerschaft hat gemäß Paragraph 6 Absatz 4 Satz 1 des Gesetzes über Volkspetitionen über das Zustandekommen der Volkspetition zu entscheiden.

Wer beschließen möchte, dass die Volkspetition "Kopfloses Sparen gefährdet Innere Sicherheit!" zustande gekommen ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig erfolgt.

Gemäß Paragraph 6 Absatz 4 Satz 3 des Gesetzes über Volkspetitionen haben wir die Volkspetition nun an einen Ausschuss zu überweisen.

Die Fraktionen haben gemeinsam vorgeschlagen, dass dieses der Innenausschuss behandeln soll.

Wer einer Überweisung der Drucksache 18/1063 an den Innenausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 37, Bericht des Stadtentwicklungsausschusses: Gesetz über den Bebauungsplan Hamburg Altstadt 32/HafenCity 1.

[Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 18/377:

Gesetz über den Bebauungsplan Hamburg-Altstadt 32/HafenCity 1 (Senatsantrag) – Drucksache 18/989 –]

B

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 18/1057 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der SPD:

Gesetz über den Bebauungsplan Hamburg-Altstadt 32/HafenCity 1 Alternative Trasse für den Anschluss an den ÖPNV – Drucksache 18/1057 –]

Ich lasse zunächst über den SPD-Antrag abstimmen.

Wer den SPD-Antrag annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt worden.

Wir kommen nun zur Ausschussempfehlung.

Wer sich Ziffer 1 anschließt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen worden.

Wer Ziffer 2 folgen und das Gesetz über den Bebauungsplan Hamburg-Altstadt 32/HafenCity 1 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei einer Anzahl von Enthaltungen ist dies angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senatsvertreter gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Das ist nicht der Fall.

Wer das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das

Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Somit ist das auch in zweiter Lesung und damit beschlossen worden.

In Ziffer 3 wird eine Kenntnisnahme empfohlen. Diese ist somit erfolgt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 38, Bericht des Haushaltsausschusses: Rahmenplanung nach dem Hochschulbauförderungsgesetz, erstens Unterrichtung der Bürgerschaft nach Paragraph 10 Absatz 12 und 3 Satz 3 der Landeshaushaltsordnung und zweitens Änderung des Haushaltsplans 2004.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 18/574:

**Rahmenplanung nach dem Hochschulbauförderungsgesetz
1. Unterrichtung der Bürgerschaft nach § 10 Absatz 1 und 3 Satz 3 der LHO
2. Änderung des Haushaltsplans 2004 (Senatsvorlage) – Drucksache 18/1005 –]**

Wer sich den Ausschussempfehlungen anschließt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig erfolgt.

Im Hinblick auf den zweiten Spiegelstrich des Senatsantrags bedarf es einer zweiten Lesung.

Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senatsvertreter gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Das ist nicht der Fall.

Wer den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Somit ist das auch in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 39a, Bericht des Haushaltsausschusses zum Thema Haushaltsjahr 2004, Einzelplan 3.1, Nachforderung von Kassenmitteln in Höhe von 63 Millionen Euro.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 18/885:

Haushaltsjahr 2004, Einzelplan 3.1 – Behörde für Bildung und Sport, Deckungskreis 13 "Hochbau- und Einrichtungsinvestitionen für Schulen und sonstige Bildungseinrichtungen" hier: Nachforderung von Kassenmitteln in Höhe von 63 000 Tsd. Euro (Senatsvorlage) – Drucksache 18/1048 –]

Wer sich der Ausschussempfehlung anschließt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig passiert.

Es bedarf auch hier einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senatsvertreter gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Das ist nicht der Fall.

C

D

- A Wer die soeben in erster Lesung gefassten Beschlüsse in zweiter Lesung fassen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist somit auch in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen worden.

C

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 40, Bericht des Verfassungsausschusses über die Prüfung der gegen die Gültigkeit der Wahlen der Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 29. Februar 2004 eingegangenen Wahleinsprüche.

**[Bericht des Verfassungsausschusses:
Prüfung der gegen die Gültigkeit der Bürgerschaft
und zu den Bezirksversammlungen am
29. Februar 2004 eingegangenen Wahleinsprüche
– Drucksache 18/1013 –]**

Wer sich der Empfehlung des Ausschusses anschließt, die Wahleinsprüche zurückzuweisen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig passiert.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 50, Antrag der GAL-Fraktion: Neue Arbeitsmarktpolitik: Besser betreuen, motivieren und qualifizieren!

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Neue Arbeitsmarktpolitik: Besser betreuen, motivie-
ren, qualifizieren! – Drucksache 18/1033 –]**

- B Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Wirtschaftsausschuss überweisen. Wer diesem Überweisungsbegehren zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Somit ist der Wunsch auf Überweisung abgelehnt worden.

D

Ich lasse in der Sache über den Antrag aus der Drucksache 18/1033 abstimmen. Wer ihn annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt worden.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung. – Danke.

Schluss: 20.35 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Stefan Kraxner und Dr. Diethelm Stehr

Anlage 1

Zu Punkt 15

(Seite 661 C)

Namentliche Abstimmung

über die Drucksache

18/768: Entwurf eines Gesetzes

Einführungsgesetz zum Hamburger Kinderbetreuungsgesetz (EGKibeG)

– Regelungen für den Übergang ab dem 1. Januar 2005 –

– Senatsantrag –

<u>Name</u>	<u>Abstimmungsergebnis</u>	<u>Name</u>	<u>Abstimmungsergebnis</u>
Ahlhaus, Christoph	Ja	Fuchs, Michael	Ja
Bestmann, Tanja	Nein	Gienow, Hanna	Ja
Beuß, Wolfgang	Ja	Goetsch, Christa	Nein
Bliebenich, Bettina	Ja	Goldberg, Thies	Ja
Blömeke, Christiane	Nein	Grapengeter, Jens	Ja
Boeddinghaus, Sabine	Nein	Gregersen, Martina	Nein
Böttcher, Niels	Ja	Grund, Uwe	Nein
Böttger, Olaf	Ja	Güclü, Nebahat	Nein
Böwer, Thomas	Nein	Hamann, Jörg	Ja
Brinkmann, Petra	Nein	Harlinghausen, Rolf	Ja
Brüning, Dr. Barbara	Nein	Hecht, Heiko	Ja
Buss, Wilfried	Nein	Heinemann, Robert	Ja
Claußen, Bruno	Ja	Heintze, Roland	Ja
Cords, Ingrid	Nein	Hesse, Klaus-Peter	Ja
Dees, Hans-Christoff	Nein	Hilgers, Dr. Andrea	Nein
Dietrich, Lars	Ja	Hochheim, Dr. Natalie	Ja
Dräger, Gesine	Nein	Husen, Katja	Nein
Dressel, Dr. Andreas	Nein	Jäger, Dr. Manfred	Ja
Drews, Wolfgang	Ja	Jensen, Hans Heinrich	Ja
Duden, Barbara	Nein	Kerstan, Jens	Nein
Eggers, Karin	Ja	Kienscherf, Dirk	Nein
Egloff, Ingo	Nein	Kleibauer, Thilo	Ja
Ehlers, Inge	Ja	Kloof, Rolf-Dieter	Nein
Engels, Hartmut	Ja	Köncke, Gudrun	Nein
Ernst, Andreas	Ja	Koop, Karen	Ja
Ernst, Britta	Nein	Kretschmann-Johannsen, Lutz	Nein
Fiedler, Luisa	Nein	Kruse, Rüdiger	Ja
Finck, Henning	Ja	Langhein, Dr. A. W. Heinrich	Ja
Fischer, Lydia	Ja	Lappe, Dr. Verena	Nein
Frank, Günter	Nein	Lein, Gerhard	Nein
Frankenberg, Egbert von	Ja	Lemke, Dittmar	Ja
Freistedt, Marino	Ja	Lieven, Claudius	Nein
Frommann, Jörn	Ja	Lühmann, Jörg	Nein

Name	Abstimmungsergebnis	Name	Abstimmungsergebnis
Maaß, Christian	Nein	Veit, Carola	Nein
Machaczek, Bettina	Ja	Voet van Vormizeele, Kai	Ja
Mandel, Doris	Nein	Vogt-Deppe, Silke	Nein
Martens, Brigitta	Ja	Wankum, Andreas C.	Ja
Marx, Wolfgang	Nein	Warnholz, Karl-Heinz	Ja
Mattner, Dr. Andreas	Ja	Weinberg, Marcus	Ja
Meyer-Kainer, Marita	Ja	Wersich, Ekkehart	Ja
Möller, Antje	Nein	Zuckerer, Walter	Nein
Müller, Farid	Nein		
Neumann, Michael	Nein		
Niedmers, Ralf	Ja		
Nieting, Clemens	Ja		
Ohlsen, Olaf	Ja		
Okun, Volker	Ja		
Opitz, Dr. Heike	Nein		
Özoguz, Aydan	Nein		
Petersen, Dr. Mathias	Nein		
Ploog, Wolfhard	Ja		
Pumm, Erhard	Nein		
Quast, Jan	Nein		
Reinert, Bernd	Ja		
Riecken, Jan Peter	Nein		
Röder, Berndt	Ja		
Rogalski-Beeck, Karin	Nein		
Roock, Hans-Detlef	Ja		
Rosenfeldt, Jenspeter	Nein		
Rusche, Dietrich	Ja		
Sarrazin, Manuel	Nein		
Schaal, Dr. Monika	Nein		
Schäfer, Dr. Martin	Nein		
Schira, Frank-Thorsten	Ja		
Schmidt, Jürgen	Nein		
Schulz, Rüdiger	Nein		
Spethmann, Viviane	Ja		
Stapelfeldt, Dr. Dorothee	Nein		
Steffen, Dr. Till	Nein		
Stehr, Dr. Diethelm	Ja		
Strasburger, Stefanie	Ja		
Tants, Henning	Ja		
Thomas, Elke	Ja		
Timmermann, Karin	Nein		
Trepoll, André	Ja		

Anlage 2

(siehe Seite 680 C)

**Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO
für die Sitzung der Bürgerschaft
am 27. Oktober 2004****A. Kenntnisnahmen**

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
19	18/1026	Feststellung des Senats über das Zustandekommen zweier Volksbegehren hier: Volksbegehren „Bildung ist keine Ware“ und „Unser-Wasser-Hamburg“
22	18/872	Bericht des Gesundheitsausschusses
23	18/882	Bericht des Innenausschusses
24	18/894	Bericht des Kulturausschusses
25	18/901	Bericht des Umweltausschusses
26	18/902	Bericht des Stadtentwicklungsausschusses
27	18/905	Bericht des Wirtschaftsausschusses
28	18/988	Bericht des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses
29	18/990	Bericht des Schulausschusses
30	18/991	Bericht des Sportausschusses
31	18/1017	Bericht des Sozialausschusses
32	18/944	Bericht des Wissenschaftsausschusses
42	18/1029	Bericht des Europaausschusses

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	Überweisungsantrag von	Überweisung an
17	18/883	Zusammenfassender Bericht der Aufsichtskommission gemäß § 23 Absatz 4 des Hamburgischen Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (HmbPsychKG) über ihre Tätigkeit in den Jahren 2000 und 2001	GAL	Gesundheitsausschuss
18	18/884	Unterrichtung der Bürgerschaft über die im Jahr 2003 durchgeführten Maßnahmen akustischer Wohnraumüberwachung	SPD	Kontrollgremium nach dem Gesetz zur Umsetzung von Artikel 13 Abs. 6 GG
20	18/999	Jugend im Parlament	CDU	Familien-, Kinder- u. Jugendausschuss (federf.) Gesundheitsausschuss, Innenausschuss, Schulausschuss, Sozialausschuss, Stadtentwicklungsausschuss, Umweltausschuss, Wirtschaftsausschuss, Wissenschaftsausschuss

C. Einvernehmliche Ausschussempfehlungen

TOP	Drs-Nr.	Ausschuss	Gegenstand
34	18/976	Stadtentwicklungsausschuss	47. Änderung des Landschaftsprogramms einschließlich Arten- und Biotopschutzprogramm für die Freie und Hansestadt Hamburg (Grüne Ringe)
35	18/977	Stadtentwicklungsausschuss	50. Änderung des Flächennutzungsplans für die Freie und Hansestadt Hamburg (Wohnen am Rönneburger Kirchweg) sowie 48. Änderung des Landschaftsprogramms einschließlich Arten- und Biotopschutzprogramm für die Freie und Hansestadt Hamburg
36	18/978	Stadtentwicklungsausschuss	51. bis 65. Änderung des Flächennutzungsplans für die Freie und Hansestadt Hamburg (Sammelverfahren Vier- und Marschlande) sowie 49. Änderung des Landschaftsprogramms einschließlich Arten- und Biotopschutzprogramm für die Freie und Hansestadt Hamburg
39	18/1006	Haushaltsausschuss	Anmietung von Büroflächen für Teile des Amtes für Gesundheit und Verbraucherschutz der Behörde für Wissenschaft und Gesundheit hier: Abschluss eines Mietvertrages mit 15-jähriger Laufzeit